

THEMA **GESCHICHTE UND ERINNERUNG,**
BEITRÄGE ZUM ERSTEN WELTKRIEG
BERICHTE · REZENSIONEN



I/2014

Mitteilungen

ARCHIV DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG



1914-1918



AUTOREN



**Bodo
Brücher**



**Günter
Gaus**



**Dörte
Hein**



**Vincent
Knopp**



**Matthias
Kordes**



**Günter
Regneri**



**Alexander J.
Schwitansky**



**Barbara
Stambolis**



**Wolfgang
Uellenberg-van
Dawen**

Autorinnen und Autoren der Ausgabe I/2014

Bodo Brücher geb. 1926. Akademischer Direktor i.R., Universität Bielefeld. Leiter der universitätsgeförderten Projekte SOPAED (1976 – 1991). Zunächst Volksschullehrer und später Hauptschulrektor in Düsseldorf. Studium in den Fächern Deutsch und Geschichte. Staatsprüfung Lehramt für Realschulen. Promotionsstudium in Erziehungswissenschaft und Geschichtswissenschaft. Staatsprüfung für das Lehramt der Sekundarstufe II in den Fächern Sozialpädagogik als berufliche Fachrichtung und Geschichte. Promotion zum Dr. phil. mit dem Schwerpunkt Geschichte der Erziehung. Nebenamtliche Tätigkeit am Pädagogischen Institut Düsseldorf, an Volkshochschulen und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« (1982 – 2004).

Günter Gaus geb. 1960, Berufsausbildung zum Chemiefacharbeiter, Studium der Mathematik an der FU Hagen mit dem Abschluss Diplom. Ehemaliges langjähriges Mitglied bei den JUSOS und in der SPD.

Dörte Hein geb. 1979, ab 1999 Studium der Geschichte, Ethnologie und Politikwissenschaft in Hamburg, 2006 Abschluss Magistra Artium. Freiberufliche Bildungs- und Archivarbeit, ehemalige Bildungsreferentin bei der SJD – Die Falken LV Schleswig-Holstein, seit November 2013 Leiterin des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.

Vincent Knopp geb. 1986, Studium der Sozialwissenschaften und Jura, Abschluss des Masters in Soziologie. Von 2012 bis Ende 2013 Bildungssekretär bei der SJD – Die Falken Kreisverband Essen, und seit 2014 Archivpädagoge im Archiv der Arbeiterjugendbewegung. Veröffentlichte Artikel in der Anderen Jugendzeitschrift der SJD – Die Falken.

Matthias Kordes Dr., geb. 1961, Studium der Geschichte, Germanistik und Historischen Hilfswissenschaften in Köln. Promotion mit einer Arbeit über das päpstliche Urkundenwesen des Hochmittelalters, anschließend wissenschaftliche Ausbildung für den höheren Archivdienst in Detmold und Marburg. Seit 2001 ist Matthias Kordes Leiter des Stadt- und Vestischen Archivs Recklinghausen und Herausgeber der Vestischen Zeitschrift, seit 2006 Mitglied der Historischen Kommission für Westfalen.

Günter Regneri geb. 1963, gelernter Elektroniker und ehemaliger Gewerkschaftssekretär. Studium der Geschichte, Germanistik und Soziologie in Berlin und London mit dem Abschluss Magister Artium. Autor einer Biographie über Luise Kautsky (1864 – 1944). Derzeit als Bildungsreferent im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick.

Alexander J. Schwitanski Dr. geb. 1971, Studium der Geschichte und Philosophie. Promotion im Fach Neuere Geschichte zum Thema: Die Freiheit des Volksstaats: *Die Entwicklung der Grund- und Menschenrechte und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Ende der Weimarer Republik*. Er ist ehemaliger Leiter des Archiv der Arbeiterjugendbewegung und seit Oktober 2013 Leiter des Archivs für Soziale Bewegungen im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum.

Barbara Stambolis Prof. Dr. geb. 1952, Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Paderborn; ihre Forschungsfelder sind u. a.: Geschichte der Jugendbewegung, Jugend- und Generationengeschichte, Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg, Adoleszenz im 20. Jahrhundert. Aktuelle Veröffentlichung *Jugendbewegt geprägt. Essays zu autobiographischen Texten von Werner Heisenberg, Robert Jungk und vielen anderen, Göttingen 2013*. Sie ist Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Archivs der Jugendbewegung und Mitherausgeberin der Reihe »Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung« und wiederholt Mitherausgeberin des »Jahrbuchs des Archivs der deutschen Jugendbewegung«.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen Dr., geb. 1950, Promotion im Fach Geschichte, Leiter des Ressorts Politik und Planung in der Ver.di Bundesverwaltung, Vorsitzender des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«.



Mitteilungen I/2014

Archiv der Arbeiterjugendbewegung · Oer-Erkenschwick



EDITORIAL
Mitteilungen
I/2014



... auf dem guten Weg zu einem »Mehrgenerationenarchiv«!

Liebe Genossinnen und Genossen,

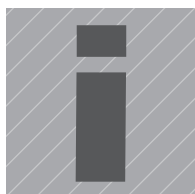
die diesjährige Archivtagung stand zwar unter dem Thema *Arbeiterjugend im Ersten Weltkrieg*, aber die Referate der Tagung erweiterten den Blick von der Sozial- und Organisationsgeschichte der Arbeiterjugend auf die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in der Biografie der Kriegsgeneration, in der musealen Darstellung, in der Fotografie und im Film. Darum haben wir das Thema der Mitteilungen auch erweitert: *Geschichte und Erinnerung – Beiträge zum Ersten Weltkrieg* lautet der Schwerpunkt der Aufsätze in diesem Heft. Damit spinnen wir den Roten Faden, den wir bei der Archivtagung zur Geschichte der Arbeiterjugendtage 2013 begonnen haben, weiter. Die Geschichte der Arbeiterjugend – vor allem ihre Sozial-, Kultur- und Organisationsgeschichte bilden nach wie vor den Leitfaden für die Themenstellung. Aber zugleich wollen wir stärker auch die Frage nach dem Wie der Darstellung behandeln. Wie wurde und wird diese Geschichte dokumentiert, in Bildern, Plakaten, Filmen, in Ausstellungen und kritischen Nachbetrachtungen und vor allem mit welchem Ziel? Das soll als gleichberechtigte Fragestellung aufgegriffen werden. Diejenigen, die sich heute mit der Geschichte der Arbeiterjugend in ihrer historischen Einbettung auseinandersetzen, haben eher aktuelle gesellschafts-, bildungs- und geschichtspolitische Fragen als »rein wissenschaftliche« Interessen. Gerade der wachsende Anteil jüngerer Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den SJD – Die Falken wie die Themen des Verbandes rechtfertigen eine solche Ausweitung unserer Arbeit. Darum wird sich die nächste Archivtagung im Januar 2015 mit den Gedenkstättenfahrten als Zeichen der politischen Erinnerungskultur befassen.

Da für das Erinnern auch ganz konkret Genossinnen und Genossen, die damals dabei waren, angefragt werden sollen, versuchen wir neben der Archivtagung ein neues Format zu finden: die Archivgespräche. Mit diesen Gesprächen wollen wir die Erinnerungen von Beteiligten und Zeugnisse aus den Beständen des Archivs zusammenbringen, um die vielen Lücken in der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in der Nachkriegszeit zu füllen. Als erstes Thema sollen die Beziehungen zwischen der FDJ und den SJD – Die Falken im Kalten Krieg und in der beginnenden Entspannungspolitik aufgearbeitet werden.

Wie konkret, methodisch phantasievoll und jugendgemäß der Umgang mit der eigenen Geschichte aussehen kann, wird derzeit von Vincent Knopp, dem neuen Jugendbildungsreferenten im Archiv vorbereitet und umgesetzt. Wenn alles klappt, sind wir auf dem guten Wege zu einem »Mehrgenerationenarchiv«.

Freundschaft!

Wolfgang Uellenberg-van Dawen



INHALT

Mitteilungen I/2014

THEMA – DER ERSTE WELTKRIEG

- 4** *Bodo Brücher*
Zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges
- 6** *Dörte Hein*
Die Arbeiterjugend und der Erste Weltkrieg
- 14** *Barbara Stambolis*
**»Die Väter gingen stumm ins Feld und fielen«
Kindheit und Jugend zwischen Erster Weltkrieg
und Weltwirtschaftskrise**
- 20** *Wolfgang Uellenberg-van Dawen*
Die Rolle der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg
- 26** *Alexander J. Schwitansky*
**Der fortdauernde Krieg. Eine Einführung zum Film
All Quiet on the Western Front, 1930**
- 34** *Matthias Kordes*
**Der Centenaire 14–18 und die Erinnerungskultur
in Deutschland und Frankreich**

NEUE BÜCHER

- 40** *Wolfgang Uellenberg-van Dawen*
Unverzichtbar für einen wachen Antimilitarismus
Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich · Deutschland im Ersten Weltkrieg
- 42** *Günter Regneri*
Jung-Spartakus in der erbarmungslosen Wirklichkeit
Heiko Müller · »Kinder müssen Klassenkämpfer werden!«
Der Kommunistische Kinderverband in der Weimarer Republik (1920 – 1933)
- 44** *Günter Gaus*
Das Wiedererleben von Geschichte und Geschichten
Thilo Scholle/Jan Schwarz · »Wessen Welt ist die Welt«:
Eine Geschichte der Jusos

BUCHANKÜNDIGUNG

- 47** *Günter Regneri (Hsg.)*
Karl Kautsky · Wie der Weltkrieg entstand
Berlin (Elektrischer Verlag) 2013

AUS DEM ARCHIV

- 48** Vincent Knopp – Ein neues Gesicht im Archivteam
- 49** Ein Archiv geht auf Reisen ...

VERANSTALTUNG

- 52** Archivgespräch im Herbst · 29. Nov. 2014
**Die Kontakte der SJD – Die Falken
und der Freien Deutschen Jugend (FDJ)
in den 1960er Jahren**



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**

Vaterländ. Frauen-Verein Recklinghausen-Stadt.
Von Donnerstag, den 30. Mai, bis Sonntag, den 9. Juni ds. Js. einschließlich
im Saale des Gesellenhauses zu Recklinghausen:

Au.H. Wiefenmüller.



**Kriegs-Wohlfahrts-Ausstellung
„Aus allen Ecken“**
(Schirmherr: Obdörfermeister Heuser.)
Eintrittspreis 25 Pfennig, Kinder 10 Pfennig.

Geöffnet:
Wochentags nachmittags
von 3—5 Uhr.

Geöffnet:
Sonntags nachmittags
von 3—5 Uhr.

Wir halten durch! Propaganda-Plakat zur sog. Kriegswohlfahrts-Ausstellung
im Kolpinghaus Recklinghausen · Juni 1918

Ausbruch

Zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges

BODO BRÜCHER



1. AUGUST 1914 · 2 UHR

Fritz und Lui sind heute Morgen um 10 Uhr nach Wilhelmshaven abgefahren. Der ganze Bahnhof voll von Menschen. Die katzenjämmerlichste Stimmung herrschte, die ich je erlebt habe. Mütter, Frauen und Bräute und die übrigen Angehörigen bringen die jungen Männer zum Zuge und weinen. Alle haben das Gefühl: es geht direkt zur Schlachtbank. Trotzdem sinkt die Hoffnung auf Rückkehr natürlich bei keinem. Einige haben ihre Angst in Alkohol er-säuft. Sie grölen Abschiedslieder, keine patriotischen oder gar kriegsbegeisterten Gesänge. Nicht die Spur! Man versucht, Witze zu machen. Sie gelingen nicht. Auf dem Bahnsteig spielen sich unangenehme Abschiedsszenen ab. Die alte Mutter umarmt ihren Sohn, und beide verharren lange Zeit in dieser Stellung. Abfahrt. Man winkt. Man weint. – Gestern hat der Kaiser für Deutschland den »Zustand der drohenden Kriegsgefahr« befohlen.



Plakat zur 70. Wiederkehr
des Jahrestages des Reichs-
vereinsgesetzes, 1978

AAJB PL-B 538



Ludwig Frank
AAJB 2/77 · Künstler unbekannt

Viele Hoffnungen zerbrechen

Erster Weltkrieg. Vier Tage nach der Mobil-machung schreibt Wilhelm Eildermann, Mit-glied der Jungen Garde in Bremen, gerade erst 17 Jahre alt, diese Zeilen in sein Tagebuch. Wie mag ihm selbst an diesem Tage zumute gewesen sein. Waren doch viele Menschen in Hochstim-mung angesichts des Kriegsausbruches. Wie empfanden die Jugendlichen der Arbeiterjugend-bewegung dieses Geschehen? Waren sie doch stets gegen Militarismus und Krieg eingestellt. Es gibt leider nicht viele zeitgenössische Berichte darüber. Bei der Nachbetrachtung der Tagung im Januar dieses Jahres erinnerte ich mich an das Buch von Wilhelm Eildermann »Jugend im ersten Weltkrieg«, das im Dietz Verlag Berlin 1972 erschien.¹ Es ist wahrscheinlich die um-fassendste Aufzeichnung von Tagebuchaufzeich-nungen, Briefen und Erinnerungen von Ange-hörigen der Arbeiterjugendbewegung zum Ersten Weltkrieg. Die beeindruckenden und informa-tiven Tagebuchnotizen Eildermanns zeichnen ein Bild von den Kriegsjahren mit den Erleb-nissen und Gefühlen eines Jugendlichen, der in der Arbeiterjugendbewegung aufwuchs.

Wenn wir die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung im Ersten Weltkrieg, fern jeder recht fertigenden Rückschau auf der einen wie auf der anderen Seite, betrachten und die Geschichte aus ihrer Zeit heraus und aus den Auffassungen der Menschen zu verstehen suchen, lässt sich vielleicht erahnen, wie bestürzt die zwiespältigen Ereignisse um die Tage und Wochen des Kriegsausbruchs bewältigt werden mussten, und das insbesondere in ihrer Wirkung auf die junge Generation.

Erinnern wir uns doch einmal an die fast traumatischen Zusammenhänge, die diese Empfindungen auslösten! Nach dem Verbot politischer Vereine, so auch der Arbeiterjugendbewegung durch das Reichvereinsgesetz vom 8. April 1908, übernahm die »Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands« es, »die Agitation für die sozialistische Jugendbewegung zu fördern und die gleichzeitig zu bildenden Jugendausschüsse zu unterstützen«² Diese Zentralstelle hatte während des Krieges die leitende Funktion und hier hatten fast ausschließlich Erwachsene das Sagen; die Zentralstelle zum einen mit Friedrich Ebert an der Spitze und Persönlichkeiten wie Ludwig Frank oder Karl Liebknecht zum anderen, die zudem für viele Jugendliche Vorbildfunktion hatten. Vielleicht lassen sich die Enttäuschungen verstehen, wenn wir uns den Widerspruch der Ereignisse vor Augen halten: Jahrelang gegen Militarismus und Krieg eingestellt, und dann – sozusagen über Nacht – durch die einen die Unterstützung der Kriegspolitik der deutschen Regierung und die absolute Gegnerschaft gegen eben diese Politik durch die anderen.

Die Zentralstelle war angelehnt an die Politik der Sozialdemokratischen Partei und durfte deren Entscheidung nicht unberücksichtigt lassen. So enthielt sie sich nach dem Kriegsausbruch einer wertenden Stellungnahme, sprach sich also weder für noch gegen den Krieg aus.³ Man rief beispielsweise stattdessen auf, sich an Hilfsdiensten oder bei der Einbringung der Ernte zu beteiligen. Die andere Seite, beeinflusst von Karl Liebknecht, stand diesen Auffassungen radikal gegenüber, was einer konsequenten Fortführung der politischen Haltung in den vorangegangenen Jahren entspricht.

Doch gab es in den Jahren nach dem Erlass des Reichvereinsgesetzes und der Auflösung der Organisation schon einen latenten Konflikt in einzelnen Regionen mit der Führung. Münzenberg beschrieb das später in dem von ihm 1919 veröffentlichten Buch »Die sozialistische Jugendorganisation vor und während des Krieges«. Schon vor dem Krieg hatten sich in Berlin, Dresden, Stuttgart und anderen deutschen Städten Oppositionsgruppen unter den Jugendlichen gegen die tantenhafte Art der Jugendpflege durch die Berliner Zentralstelle gebildet. Die nach dem Kriegsausbruch eingenommene Haltung der Zentralstelle und ihrer Zeitung, der *Arbeiterjugend*, musste die seit Jahren gärende Opposition zur Auslösung bringen. Die Zentralstelle blieb sich treu. Außer einigen wehleidigen Artikeln brachte ihre *Arbeiterjugend* keine Zeile gegen den Krieg.«⁴

An Ludwig Frank, der in seinen Reden leidenschaftlich gegen das Wettrüsten und gegen die drohende Kriegsgefahr eingetreten und Vorbild für die arbeitende Jugend war, wie Hedwig Wachenheim schrieb, zeigt sich beispielhaft, wie diese Entwicklung zum Beginn des Krieges Menschen veränderte. Frank sagt wenige Tage vor Kriegsbeginn in einer Friedenskundgebung in Mannheim: »Wir vaterlandslosen Gesellen wissen aber, dass wir, wenn auch Stiefkinder, so doch Kinder Deutschlands sind und dass wir uns unser Vaterland gegen die Reaktion erkämpfen müssen. Wenn ein Krieg ausbricht, so werden also auch die sozialdemokratischen Soldaten gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen.«⁵

Für viele junge Menschen zerbrachen in diesen Tagen Hoffnungen. ■



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

1 Wilhelm, Eildermann, Jugend im ersten Weltkrieg. Dietz Verlag, Berlin 1972.

2 Bodo Brücher/Karl Heinz Jahnke, Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung in Daten., 1900 bis 1920. Heft 1. Paegelitverlag Gerda Brücher. Werther 1991, S. 14.

3 Vgl. *Arbeiterjugend*, vom 15.8.1914.

4 Willi Münzenberg, Die sozialistischen Jugendorganisationen vor und während des Krieges. Verlag Junge Garde. Berlin 1919, S. 112.

5 Ludwig Frank. Ein Vorbild der deutschen Arbeiterjugend. Aufsätze, Reden und Briefe. Ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim. Verlag für Sozialwissenschaft GHMB Berlin SW 68 (o.), S. 128.

ARBEITER- JUGEND

Die Arbeiterjugend und der Erste Weltkrieg

DÖRTE HEIN



Wer von euch arbeitslos und von anderen Verpflichtungen frei ist, soll sich unverzüglich bei den von den Gewerkschaften eingerichteten Stellen zur Einbringung der deutschen Ernte melden und sich zu Diensten der werktätigen Menschenliebe den Samariterabteilungen anschließen.»³

So wie wir heute nicht von der Jugend als Ganzes sprechen können, können wir auch nicht von der Arbeiterjugend als homogene Gruppe für die Zeit Anfang des 20. Jahrhunderts ausgehen. Die jugendlichen Reaktionen auf die politischen Umstände der Vorkriegs- und Kriegszeit waren äußerst verschieden und reichten von Akzeptanz, über Handlungsohnmacht bis hin zu einem hohen Maß an politischem Engagement. Die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterjugend repräsentierte ebenfalls nicht die Gesamtheit junger Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie stellte lediglich eine strukturell organisierte Form einer Minderheit in diesem Feld dar, das die Erforschung dieser Gruppe, nicht zuletzt aufgrund einer ansatzweise systematischen Quellenüberlieferung in Form von organisationsinternen Publikationen und Dokumenten, um einiges erleichtert.

Die Anfangsjahre der selbstverwalteten Vereine der Lehrlinge und Arbeiterinnen und Arbeiter sind geprägt von einem steten Zulauf von Jugendlichen, die darin die Möglichkeit sahen, Missstände im Umgang mit jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu thematisieren und zu bekämpfen. Bereits im August 1907 nahmen Vertreterinnen und Vertreter der jungen Vereine der Arbeiterjugendbewegung an der ersten internationalen Konferenz der sozialistischen Ju-

gendorganisationen in Stuttgart teil, an der sich Delegierte aus 13 Ländern beteiligten. Der Grundtenor der Veranstaltung war der postulierte Kampf gegen den Militarismus und die Gründung der »Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen«, deren erster Präsident Karl Liebknecht war.¹ Dieser Konferenz folgten zwei weitere in Kopenhagen 1910 und in Bern 1915. Auch dort widmete man sich dem Protest gegen die zunehmende bzw. real existierende Kriegsgefahr. Die neuentstandenen Vereine sahen sich wachsendem staatlichem Misstrauen gegenüber und waren massiven Restriktionen und Gegenpropaganda durch Staat und der konservativ-bürgerlichen Gruppierungen ausgesetzt. Die Novellierung des Reichsvereinsgesetzes 1908, wonach Jugendlichen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten wurde, bedeutete de facto das Todesurteil für diese mit sozialpolitischen Zielsetzungen gegründeten selbstverwalteten Vereine der arbeitenden Jugend. Vor diesem Hintergrund beschloss die SPD, gegen den Widerstand der Parteilinken und zahlreicher Jugendlichen, die Jugendarbeit enger an die Partei und Gewerkschaften zu binden und richtete eine überregional agierenden »Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands« ein. Diese war Herausgeberin der ebenfalls überregional erschienenen Zeitschrift

Arbeiter-Jugend. Die Anzahl der selbstständigen Arbeiterjugendvereine ging drastisch zurück. Nur die örtlich bestehenden Jugendvereine durften weiter bestehen. Fortan bestimmten Erwachsene die Stoßrichtung der organisierten arbeitenden Jugend.

Zwischen Ratlosigkeit und Akzeptanz – Die organisierte Arbeiterjugend und der Kriegsausbruch

Die Verschärfung der internationalen Lage Ende Juli 1914 und der Kriegsausbruch riefen in der Arbeiterschaft und SPD Fraktion widersprechende Haltungen hervor. So hatte der Parteivorstand noch im Juli zu Massenversammlungen gegen die Kriegsgefahr aufgerufen, jedoch am 4. August 1914 die notwendigen Kriegskredite einstimmig bewilligt und damit alle Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse beiseite gelegt. Dies bedeutete zugleich die Zustimmung des Burgfriedens mit dem Kaiserreich. Die Gewerkschaften entschlossen sich, ebenfalls zugunsten der Burgfriedenspolitik, alle Lohnkämpfe einzustellen, um einer innenpolitisch labilen Lage zugunsten des Kampfes und der Verteidigung des Vaterlandes vorzubeugen. Dies bedeutete jedoch nicht im Umkehrschluss, dass die Arbeiterbewegung von der Kriegsbegeisterung erfasst war, vielmehr war die Stimmung in der Arbeiterschaft am ehesten mit Orientierungslosigkeit zu beschreiben.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse stellt sich die Frage, welche Rolle dabei der »Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands« zukam. Die Haltung der Zentralstelle wurde durch die Entscheidungen der Partei und der Gewerkschaften maßgeblich mitbestimmt und ähnlich wie die benannte Orientierungslosigkeit inmitten der Arbeiterschaft, macht sich auch anfänglich Hilf- und Ratlosigkeit auf Seiten der Zentralstelle breit. Ihre Hauptsorge galt, Martin Stadelmaier zufolge, der Entwicklung und Aufrechterhaltung der eigenen Organisation und der damit verbundenen Ideale der Arbeiterjugendbewegung. Parallel zu der Reaktion der Sozialdemokratischen Partei, übte sich die Zentralstelle in gemäßigten Worten und nahm

eine abwartende Haltung in den ersten Kriegswochen ein.² In ihrer Zeitschrift *Arbeiter-Jugend* plädierte sie für die solidarische und kameradschaftliche Haltung und rief zu Hilfsarbeiten an der Heimatfront auf, die der Absicherung des Waffendienstes galten:

»Haltet untereinander treue Kameradschaft und Solidarität, wie ihr es in der freien Jugendbewegung gelernt habt! Nach wie vor werden euch die Pforten unserer Jugendheime offen stehen, damit ihr eine Stätte der kameradschaftlichen Sammlung habt. Wer von euch arbeitslos und von anderen Verpflichtungen frei ist, soll sich unverzüglich bei den von den Gewerkschaften eingerichteten Stellen zur Einbringung der deutschen Ernte melden und sich zu Diensten der werktätigen Menschenliebe den Samariterabteilungen anschließen.«³

Unter dem Eindruck der allgemeinen Kriegsbegeisterung meldeten sich knapp 40% der Jugendleiter und etwa ebenso viele Vorsitzende der Jugendausschüsse bis März 1915 freiwillig für den Kriegsdienst. Darunter befand sich auch Ludwig Frank, der Rechtsanwalt und Gründer des Vereins junger Arbeiter Mannheims war und damit zu einem der wichtigsten Initiatoren der organisierten Arbeiterjugendvereine wurde. Sein früher Tod, er fiel bereits in den ersten Kriegswochen, gab Anlass für einen Nachruf in der *Arbeiter-Jugend*, der gleichzeitig als Wendepunkt in der Haltung der Zentralstelle hin zu einer offenen Rechtfertigung des Krieges bezeichnet werden kann.⁴ In dem besagten Nachruf wird deutlich, wie unausweichlich die Beteiligung an dem Kriegsdienst für Frank gewesen sei, obwohl er sich vor Kriegsausbruch noch um Verständigung und das Abwenden des Krieges bemühte.

»Dann erkannte er in dem unvermeidlichen Geschick, daß er selbst mit allen Kräften abzuwehren bestrebt war, den gewaltigen Hammer, der uns mit einem Schlage den Riegel der Vernunft aufbrechen sollte. Und darum zog er als Freiwilliger ins Feld! Denn konnte nicht rasten. Er wollte nicht müßig beiseite stehen, während über das Schicksal der Welt entschieden wurde. Er ging in den Kampf, den er nicht gewollt hatte, weil nun nichts anderes übrig blieb als kämpfen.«⁵



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**

Jugend-Internationale

(Deutsche Ausgabe)

**Kampf- und Propagandaorgan der internationalen
Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen**

Nr. 1

Preis der Einzelnummer: Schweiz 10 Cts.
Deutschland 10 Pf., Oesterreich 10 Heller
Erscheint vierteljährlich

Zürich, 1. September

Redaktion und Verlag: Sekretariat der
internationalen Verbindung sozialistischer
Jugendorganisationen Zürich, Weidstr. 40

1915

An die sozialistische Jugend aller Länder!



Freunde! Kameraden! Kräftig regt sich in allen Ländern ein Teil der Sozialisten, um durch Wiederaufnahme von klassenkämpferischen Aktionen dem schrecklichsten aller Kriege ein baldiges Ende zu bereiten. Unermüdlich und mit bewundernswerter Ausdauer schaffen unter den schwierigsten Verhältnissen ein Teil der Genossen in **Deutschland** an der Verwirklichung dieses Zieles. In unser aller Erinnerung sind noch die heldenmütigen Kämpfe der **italienischen** Genossen gegen den Krieg lebendig, Kämpfe, die zu den bedeutendsten Taten der proletarischen Bewegung überhaupt gehören. Und heute schon rüstet das italienische Proletariat wieder, durch seine Macht und Geschlossenheit das Hinschlachten seiner Söhne zu erschweren und wenn möglich ganz zu verhindern. Mit gleicher Begeisterung und opferfreudiger Hingabe wirken und schaffen auch in **Frankreich, Rußland, Polen, Oesterreich, England, Serbien** und **allen anderen Ländern** gesinnungstreue Genossen an dem Werke der Völkerverständigung und der Menschheitsverbrüderung.

Kameraden! Junge Sozialisten! Mit allen Mitteln roher, brutaler Gewalt versuchen die vom Blutrausch trunkenen, reaktionären Regierungen aller Länder, zu Schanden des Proletariats für alle Zeiten unterstützt von sozialpatriotischen Arbeiterführern, die heldenmütigen Kämpfe unserer Genossen zu unterbinden und ihre Schreie nach Frieden im Kerker zu ersticken. In Deutschland wie in Italien, in Rußland wie in Frankreich sind Massenverhaftungen unserer Kameraden und Freunde erfolgt. Die Regierungen aller Länder wetteifern heute in dem Hinmorden ihrer „Landeskinder“ und in der brutalen Niederknüppelung jeder Friedensregung. Namenlos sind die Opfer, die unsere Genossen auf dem Altar der Freiheit bringen. Der heutige Stand der Dinge erfordert dringlich und schnellstens **Hilfe** und **Unterstützung** der kämpfenden Genossen, wenn nicht trotz aller ihrer Tapferkeit und Opferfreudigkeit die Regierungen siegen und in einem Meer von Blut die letzten Reste Menschlichkeit und Freiheit versinken sollen.

Diese Hilfe, Kameraden, müßt ihr, die jungen Sozialisten aller Länder, den hartbedrängten Freunden bringen. Ihr, die ihr durch die Konferenz in Bern an Ostern 1915, durch den ununterbrochenen Verkehr gegenseitig und durch anderes mehr bewiesen habt, daß in Eueren Herzen und Seelen die völkerebefreienden Gedanken der internationalen sozialistischen Arbeiterverbrüderung am lebendigsten geblieben sind, ihr müßt jetzt aktiv in den revolutionären Kampf für den Frieden und für die Freiheit eingreifen.

Wir rufen Euch auf, überall und in allen Ländern wirksam und tatkräftig die Versuche zur Wiederaufnahme von revolutionären und klassenkämpferischen Aktionen zu unterstützen.

Beteiligt Euch als Redner in den Sitzungen und Versammlungen, verbreitet Schriften und Zeitungen, in welchen zu klassenkämpferischen internationalen Aktionen aufgefordert wird, agitiert unermüdlich von Mund zu Mund unter Eueren Arbeitskollegen, Freunden und Verwandten. Die Regierungen aller Länder und eine ihr restlos ergebene Presse versuchen die Friedensbestrebungen und revolutionäre Tätigkeit unserer Genossen zu verheimlichen und durch Lügen und schwindelhafte Berichte die Völker in einen immer mehr gesteigerten Taumel von Haß und blinder Wut zu stürzen. Kameraden, zerreißt überall dieses Lügengewebe. Ihr Freunde in Italien, Frankreich, Rußland und England, erzählt was ein Teil der deutschen und österreichischen Genossen für den Frieden tun. Ihr Kameraden in Deutschland und Oesterreich erzählt in Eueren Banden von den opferreichen Kämpfen, die die Arbeiter in Italien, Rußland, Frankreich, England und in allen anderen Ländern für den Frieden führen. Kameraden! Die gegenwärtige Lage unserer Klasse ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Wiederaufnahme eines entschiedenen, zielklaren Klassenkampfes durch die Mehrheit der sozialistisch denkenden Arbeiter läßt sogar die Erringung eines Sieges möglich erscheinen.

In den folgenden Monaten finden sich in der *Arbeiter-Jugend* mehr und mehr Kriegsberichtserstattung und Berichte über waffentechnologische Entwicklungen. Zwar tragen die Beiträge weniger den Charakter von »Kriegsgeschrei«, doch lassen sie eine kritische Distanz zum Krieg zunehmend vermissen. Mit der nach wenigen Monaten einsetzenden allgemeinen Ernüchterung und der hohen Zahl an Todesopfern zeigte sich allerdings auch eine zunehmende Opposition gegen die Kriegspolitik nicht nur in der SPD sondern auch in der Jugendorganisation. Stadelmaier hält fest, dass u.a. die Haltung der Zentralstelle mit ein Grund für das Aufbegehren jugendlicher Kriegsgegner wurde und die Spaltung der organisierten Arbeiterjugend zur Folge hatte.⁶

Gegen den Krieg – Jugendopposition während des Krieges

In dieser benannten Ernüchterungsphase bildeten ehemalige zum linken Flügel der Arbeiterjugend gehörende Mitglieder informelle Gruppen, die getarnte »Abschiedsfeiern« für Rekruten veranstalteten, auf denen sie begangenen Ereignisse zu diskutieren und sich gegenseitig über die aktuelle politische Lage informierten. Ein entscheidendes Ereignis, das den oppositionellen Jugendlichen Aufwind gab, war die im Frühjahr 1915 stattgefundene internationale Jugendkonferenz in Bern. Auf Initiative der sozialistischen Jugendorganisation der Schweiz trafen sich Delegierte aus 10 Ländern, die gemeinsam die Burgfriedenspolitik als Verrat an den proletarischen Idealen ablehnten. In einer gemeinsamen Resolution unterstrichen die Anwesenden ihre antimilitaristische Oppositionshaltung und beschlossen eine Internationale sozialistische Jugendzeitung – die *Jugend-Internationale* herauszugeben, dessen deutsche Ausgabe in den folgenden Monaten mit einer Auflage von ca. 15 000 Exemplaren verteilt wurde.⁷ Hingegen hatte die *Arbeiter-Jugend* mit stark sinkenden Abonnentenzahlen zu kämpfen. Bis 1917 gingen diese von ca. 108 000 auf gar 36 511 Leserinnen und Leser zurück.⁸ Von dem Berner Treffen inspiriert, entstand bis Ende 1915 ein zaghaftes Netz von vorrangig lokal organisierten Jugendgruppen in Deutschland, die sich ableh-

nend zum Krieg stellten. Sie waren allerdings, bedingt durch die fehlende zentrale Führung, nur wenig sichtbar und wirksam, was sich in den kommenden Kriegsjahren etwas ändern sollte.

Durch die Gründung des Groß-Berliner Jugendbildungsvereines im März 1916 vollzog sich in Berlin der offene Bruch mit der Zentralstelle. Von Berling ging auch die Vorbereitung und Durchführung der ersten während der Ostertage 1916 stattfindenden Reichskonferenz in Jena aus. Etwa 60 Vertreter der oppositionellen Arbeiterjugend verabschiedeten dort am 23. und 24. April eine Resolution, welche die Arbeiterjugend als Teil der internationalen Arbeiterklasse, die antimilitaristische Haltung und die Abgrenzung zum Kriegsopportunismus festschrieb. Die Jenaer Konferenz leitete die Spaltung innerhalb der Arbeiterjugendbewegung ein.

»Die Konferenz verwirft die Verwirrungsphrase von der Landesverteidigungspflicht und der Lüge von der nationalen Klassenharmonie während des Krieges und stellt die Pflicht zur internationalen Solidarität und zum Klassenkampf vor alle andern. Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen zu Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Bern 1915.«⁹

Von dieser Konferenz ging ein Aufruf zur Teilnahme an Friedensaktionen zum 1. Mai aus, zugleich wurde gefordert den von den Militärbehörden auferlegten Sparzwang für junge Arbeiterinnen und Arbeiter aufzuheben. In Folge der Jenaer Konferenz fanden vermehrt Demos und Kundgebungen in verschiedenen Städten statt und im Laufe des Jahres entwickelte sich ein zum Krieg oppositionell geprägtes Gruppennetz, das etwa 30 Orte umfasste. Die Zentralstelle, die in der Konferenz einen moralwidrigen Missbrauch der Jugend sah, verlor zwar daraufhin in manchen Gegenden ihren dominierenden Einfluss, von der Entwicklung einer starken oppositionellen Arbeiterjugend kann hingegen nicht ausgegangen werden.



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**



Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen zu Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Bern 1915.«⁹



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

Da diese unabhängigen Jugendgruppen nicht legal existieren durften, blieb ihnen in der Regel nur die Organisationsform von lokalen unpolitischen Vereinen, denen die Berliner Jugendbildungsvereine als Vorbild dienten.¹⁰ Erschwerend für die Arbeit der Vereine kam hinzu, dass sie mit Eingriffen der örtlichen Polizei konfrontiert wurden, die unterschiedlichste Strafmaße für Vergehen wie »Aufreizung zum Klassenhass in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise« verhängten. Dieses erstreckte sich von mehrmonatigen oder auch mehrjährigen Haftstrafen bis hin zum Einzug in den Militärdienst. Zudem kam es immer häufiger zum Verbot der Vereine und Schließungen der Jugendheime. Außerdem erhielten vermehrt die Leiter und Vereinsvorsitzenden ihre Einberufungsbefehle, um die Organisationen strukturell zu schwächen. Von den dargestellten repressiven Maßnahmen sollten sich die oppositionellen Arbeiterjugendliche bis Ende 1917 nicht mehr richtig erholen, ihre Schlagkraft war gebrochen.¹¹

Die Auswirkungen staatlicher Bestimmungen auf die arbeitende Jugend

Die mit Kriegsbeginn einsetzende weitgehende Aufhebung von Schutzbestimmungen für erwachsene Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter bezüglich der Arbeitsbedingungen in der Über-, Nach- und Schichtarbeit, der steigende Nahrungs- und Konsumwarenmangel sowie eine Bezahlung auf Niedriglohniveau führten zu einer starken Verschlechterung des Gesundheits- und medizinischen Versorgungszustandes der Jugendlichen, die dadurch einen enormen Verlust ihrer Widerstandskraft zu verbuchen hatten. Damit bereits in die Verelendungssituation der Arbeiterschaft eingebunden, wurde ihnen noch ihr Leben und ihre Arbeit mit zusätzlichen staatlichen Sonderbestimmungen erschwert. So sollten sie mit der Einführung der Teilnahme an einer Jugendwehr auf das militärische Geschehen und den Kriegseinsatz vorbereitet werden. Zudem sahen sie sich mit massiven Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit durch die Einführung

der Erziehungserlasse konfrontiert und wurden zudem durch die Erlasse zum Sparzwang strukturell und finanziell benachteiligt.

Das preußische Kriegs- und Innenministerium erließ zwei Wochen nach Kriegsbeginn eine Bestimmung, wonach alle männlichen Jugendlichen ab 16 Jahren zum militärischen Hilfs- und Arbeitsdienst herangezogen werden sollten. Dieser Erlass diente der vormilitärischen Jugend-erziehung als Vorbereitung auf den Kriegseinsatz. Solche Jugendwehren existierten bereits vor dem Krieg, um antimilitaristische Einflüsse auf das Heer abzuwenden und die Begeisterung für das Militärische zu schüren. Die neuen Erlasse zur Jugendwehr konnten an den Erfahrungen dieser früheren Jugendwehren anknüpfen. Die mit der Durchführung betrauten stellvertretenden Generalkommandos bedienten sich bei der Rekrutierung der Bezirks-, Kreis- und Ortsausschüsse der Jugendpflege, die sich vorrangig an Jugendpflegevereine richteten. Zwar fiel die organisierte Arbeiterjugend nicht darunter, doch gab es die Erwartung auf staatlicher Seite, dass sich auch die Arbeiterjugendlichen an der freiwilligen Teilnahme an der Jugendwehr beteiligten, um damit ihrer Vaterlandspflicht nachzukommen.¹² Die Zentralstelle der arbeitenden Jugend lehnte die Beteiligung an der Jugendwehr ab, obwohl das Thema zuvor kontrovers in den Jugendausschüssen diskutiert wurde:

»Eine Konferenz der Bezirksleitungen unserer Jugendbewegung beschloß am 25. Oktober 1914 nach eingehender Aussprache, die Beteiligung an den in der Bildung begriffenen Jugendkompanien abzulehnen. Soweit einzelne Jugendausschüsse bereits ihre Beteiligung an den militärischen Uebungen zugesagt hatten, traten sie daraufhin von der Beteiligung zurück. Zugleich forderte die Zentralstelle die jugendlichen Arbeiter auf durch Beteiligung an Turn- und Sportveranstaltungen, durch Wanderungen und Marschübungen selber für ihre körperliche Kräftigung bemüht zu sein.«¹³

Nach einem anfänglich großen Andrang, wuchs jedoch auch der Widerstand in den restlichen jugendlichen Reihen und die Konzepte vormilitaristischer Ausbildung mussten von



Appell der Jugendwehr, Kronprinz Wilhelm besichtigt die Jugendkompanie 1915
AAJB 1/166 · Fotograf unbekannt



Junge in Jugendwehr-Uniform, wahrscheinlich mit Mutter und Bruder um 1914 – 1918
AAJB 1/111/Sammlung Ernst Schmidt · Fotograf unbekannt.

staatlicher Seite als gescheitert angesehen werden. Bedingt durch die Freiwilligkeit der Teilnahme, setzte sich diese Form der Militärerziehung schließlich nicht durch.¹⁴

Anders hingegen verhielt es sich mit den im Oktober 1915 verfügten Erziehungserlassen, wonach Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren besondere Beschränkungen auferlegt worden. Dazu gehörten das Verbot des abendlichen Besuchs von Gaststätten und das Kaufs- und Gebrauchsverbot von Alkohol, Tabak und nikotinhaltigen Waren. Außerdem durften keine Veranstaltungen zur Unterhaltung, wie Kinos oder Schaubühnen, sowie Darbietungen, die nicht der Kunst oder Wissenschaft zuzurechnen waren, besucht werden. Besonders einschneidend waren die Verkehrsverbote, welche sich auf bestimmte Örtlichkeiten und auf festgelegte Tageszeiten bezogen, wie beispielsweise der abendliche Aufenthalt im Park und auf den Straßen. Da viele Veranstaltungen der Jugendausschüssen in den Nebenräumen in Gaststätten stattfanden, wirkten sich die Bestimmungen hemmend auf die Bildungsveranstaltungen aus, so dass die Zentralstelle begann geeignete Ersatzräume über die jeweiligen lokalen Ratsvertreter zu fordern.¹⁵ Die Zentralstelle stellte sich 1916 mit einer Eingabe beim Preußischen Kriegsministerium gegen die Erziehungserlasse und forderte deren Außerkraftsetzung mit der Begründung, dass enge Wohnverhältnisse in den Arbeiterquartieren ein freies Aufhalten in den Parkanlagen notwendig mache und das Bewusstsein für tatsächliche strafbare Handlungen mit diesen Erlassen schwände. Der Protest lief jedoch ins Leere, die Erlasse blieben bestehen und einmal mehr zeigte sich an diesem Beispiel die fehlende jugendpolitische Einflussnahme der Zentralstelle.

Die massiv umstrittensten und weitreichendsten sozialen Einschnitte in das Leben der arbeitenden Jugend bedeuteten die Erlasse zum Sparzwang, die sich hauptsächlich gegen die erwerbstätigen Jugendlichen richteten und im Frühjahr 1916 in Kraft traten. Das stellvertretende Generalkommando begründete diese Verfügung, wonach ein Anteil von 2/3 des um einen festgelegten Betrag überschreitenden Wochenlohns zwangsweise auf ein bis Ende des Krieges

gesperrtes Sparkonto zu überweisen war, mit dem Kampf gegen »die jugendliche Zügellosigkeit« und das »Fehlen der väterlichen Zucht«.¹⁶ Im Zuge der kriegsbedingten Verschlechterung der Lebensmittelversorgung und der allgemeinen Teuerung bedeuteten die Erlasse die Vergrößerung der wirtschaftlichen Not der Jugendlichen und ihren Familien, für die das zusätzliche Einkommen überlebensnotwendig war. Wie bereits erwähnt reagierten die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen und bekamen dabei auch aus der erwachsenen Arbeiterschaft und den Gewerkschaften Unterstützung. Dort befürchtete man ähnliche zukünftige staatliche Maßnahmen, so dass die Gewerkschaften in die Verhandlungen mit Behörden gingen, die mit unterschiedlichem Erfolg ausgingen.

»In Hannover und Braunschweig rief der Erlass, wie die Presse mitteilt, starke Aufregung unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen hervor. Ohne jede Einwirkung von anderer Seite legten am 1. Mai in Hannover und Braunschweig eine große Anzahl Jugendliche, [...], die Arbeit nieder. [...] Das Gewerkschaftssekretariat Hannover verhandelte darauf mit dem Generalkommando und erreichte die Hebung des wöchentlichen auszuzahlenden Lohnsatzes auf 24 Mk. Danach wurde die Arbeit am 2. Mai wieder aufgenommen.«¹⁷

Neben der Erhöhung des Satzes des freigegebenen Lohnes, sicherte man in anderen Arbeitskämpfen ein späteres Inkrafttreten des Erlasses oder auch zuweilen dessen Außerkraftsetzung in dem jeweiligen Regierungsbezirk zu. Der Erlass zum Sparzwang wurde nicht grundsätzlich zurückgenommen, jedoch erreichte die Zentralstelle mit einer Eingabe an das Ministerium Ende 1916 eine Abmilderung im Wortlaut der Verordnung, wonach diese nun nur noch auf Jugendliche Anwendung finden würde, wenn deren »Lebenswandel eine zwangsweise Einwirkung notwendig werden ließe. Die Formulierung des Passus ließ allerdings auch einen breiten Interpretationsspielraum zu.¹⁸

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Möglichkeiten der Zentralstelle Verbesserungen für die arbeitende Jugend zu erreichen, äußerst gering war und sie in Erwartung eines kurzen Krieges die Abschaffung gesetzlicher Grundlagen, von Arbeitsschutzbestimmungen und jugendpolitischen Freiheiten unter Protest hinnahm. Eng verbunden mit der SPD-Parteiparteiadministration und über keine eigenständigen Handlungsalternativen verfügend, arrangierte sich die Zentralstelle mit der Burgfriedenspolitik der SPD. Ihre anfängliche Orientierungslosigkeit und später einsetzende kriegsunterstützende Haltung und der von ihr herausgegebenen Zeitschrift *Arbeiter-Jugend* gaben stellenweise jugendlichen Kräften in den eigenen Reihen Anlass sich von dieser Haltung abzugrenzen und Wege der Selbstorganisation abseits zu finden. Dies trug u. a. auch zu einer Schwächung der Zentralstelle der arbeitenden Jugend bei, die im Zuge der Auseinandersetzungen mit der inneren Opposition schließlich zwei Jahre nach Kriegsausbruch wirtschaftliche Forderungen stärker herausstellte und diesen mit Hilfe von gewerkschaftlichen Kräften und den Arbeiterjugendlichen in Form von Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen Nachdruck verlieh. Vor dem Hintergrund repressiver staatlicher Einschnitte in das Leben und die Bewegungsfreiheit der arbeitenden Jugendlichen konnte es nur lokal begrenzte Versuche von oppositionellen Arbeiterjugendlichen gegen die militaristische und kriegsbegeisterte Stimmung geben. Organisationsformen wie getarnte »Abschiedsfeiern« zu Beginn des Krieges oder auch die Gründung sogenannter »Bildungsvereine« als Möglichkeit für die verdeckte politische Arbeit zeigten jedoch eindrucksvoll den Einfallsreichtum jugendlicher Kriegsgegner in einer Zeit der Unausweichlichkeit des Krieges. ■

1 1 Vgl. Karl Heinz Jahnke, Die ersten Jahre. Arbeiterjugend gegen Kapitalismus, Militarismus und Krieg (1904–1919), Essen 1994, S. 32.

2 Vgl. Martin Stadelmaier, Zwischen Langemark und Liebknecht, Arbeiterjugend und Politik im I. Weltkrieg, Bonn 1986, S. 60.

3 Jugendgenossen- und genossinnen!, in: *Arbeiter-Jugend*, Nr. 17, 1914, S. 1.

4 Vgl. Stadelmaier, Zwischen Langemark und Liebknecht, S. 62.

5 Ludwig Frank, in: *Arbeiter-Jugend*, 1914, Hft. 20, S. 290.

6 Vgl. Stadelmaier, Zwischen Langemark und Liebknecht, S. 67.

7 Ebenda, S. 72.

8 Ebenda, S. 82.

9 Aus unserer Bewegung, Deutschland, in: *Jugend-Internationale*, 1916, Hft. 5, S. 11.

10 Vgl. Stadelmaier, Zwischen Langemark und Liebknecht, S. 83.

11 Ebenda, S. 91 f.

12 Vgl. Heinrich Eppe, Selbsthilfe und Interessenvertretung, Die sozial- und jugendpolitischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterjugendorganisation 1904–1933, Bonn 1983, S. 114.

13 Unsere Zentralstelle und die militärische Jugend-erziehung, in: *Arbeiter-Jugend*, 1916, Hft. 6, S. 42.

14 Vgl. Eppe, Zwischen Selbsthilfe und Interessenvertretung, S. 115.

15 Ebenda, S. 121.

16 Ebenda, S. 124.

17 Gegen den Sparzwang, in: *Arbeiter-Jugend*, 1916, Hft. 12, S. 95.

18 Vgl. Eppe, Zwischen Selbsthilfe und Interessensvertretung, S. 129.



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG



Eng verbunden mit der SPD-Parteiparteiadministration und über keine eigenständigen Handlungsalternativen verfügend, arrangierte sich die Zentralstelle mit der Burgfriedenspolitik der SPD.

Väter

»Die Väter gingen stumm ins Feld und fielen«

Kindheit und Jugend zwischen Erster Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise

BARBARA STAMBOLIS



DIE KRIEGSKINDER- UND
KRIEGSJUGENDGENERATION
DES ERSTEN WELTKRIEGS

»Wir [...] sind noch jung an Jahren. Jedoch wir waren niemals richtig Kind./ [...] Wir sind noch jung und haben schon die Welt erfahren./ Uns ist schon so, als wenn wir über fünfzig sind./ Wir wurden sechs und sollten in die Schule gehen/ Die Väter gingen stumm ins Feld und fielen./ Die Mutter weinte laut./ Wir mochten nicht mehr spielen [...] Man nahm uns manchmal an die Hand und zog uns fort./ Man wollte uns vor mancher Grausamkeit bewahren/ Und sprach vom Krieg. Wir wuchsen [...] hungrig auf und hatten noch zu viel,/ um zu verhungern. Wir mussten noch dem großen Bruder geben,/ der an der Front getötet wurde, für das Vaterland./ Wir wuchsen auf, mit einer Seele hart wie Stein [...].«¹



it diesem Worten fasste ein 1910 geborenes ›Kriegskind des Ersten Weltkriegs‹ als junger Erwachsener im Jungbanner, der Beilage zur Zeitschrift des mitgliederstarken Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Grunderfahrungen der zwischen 1900/1902 und 1914/1918 geborenen Kriegsjugend- und Kriegskindergeneration des Ersten Weltkriegs zusammen. Angesprochen werden vor allem Hunger, Abwesenheit der Väter und hohe Belastungen von Kindern und ihren Müttern während der Jahre 1914 bis 1918. Zudem endete ihre Not keineswegs mit Kriegsende. Sie fand – wie zu zeigen sein wird – in den Wirren von Revolution, Inflation und schließlich auch der Weltwirtschaftskrise und deren massiven Auswirkungen auf Familien und auf den Arbeitsmarkt eine Fortsetzung.²

Natürlich lässt sich nicht pauschal von ›den‹ Kriegskindern des Ersten Weltkriegs sprechen. Es macht z.B. sicher einen Unterschied, ob sie als Heranwachsende oder als Säuglinge und Kleinkinder die Kriegsjahre erlebten. Zu berücksichtigen ist ferner, ob sie in sozial prekären Verhältnissen, in Großstädten wie Berlin beispielsweise, aufwuchsen, oder in ländlichen Regionen, ob sie eine – trotz der Zeitumstände – halbwegs behütete Kindheit hatten oder massiv und über einen längeren Zeitraum hinweg Krisensituationen ausgesetzt waren.

Kriegsalltag als Ausnahmezustand

Der Krieg bestimmte in vielfacher Weise zunehmend das Leben der Zivilbevölkerung und nicht zuletzt der Schulkinder. Sie beteiligten sich an der Herstellung von »Liebesgaben« für die Soldaten, an zahlreichen Sammlungen, z. B. von Altmetall oder Feld- und Gartenfrüchten. Der Unterricht fiel wegen Lehrermangels aus, aber auch aus anderen Gründen, z. B. weil die Schulen im Winter nicht mehr beheizt werden konnten. Obwohl der Ausnahmezustand für die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen zum Alltag wurde, gab es auch soziale Unterschiede: Die Volksschulen waren vom Unterrichtsausfall stärker betroffen als die weiterführenden Schulen; Volksschüler konnten sich an den diversen Spendenaktionen weniger beteiligen als Realschüler und Gymnasiasten, denn in ihren Familien wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel für die Existenzsicherung benötigt. Roger Chickering hat die Facetten der sich während des Krieges verschärfenden sozialen Ungleichheit, gegen die sozialdemokratische Politiker beispielsweise in Freiburg heftig protestierten, folgendermaßen zusammengefasst: »Wie die Volksschulen waren auch die Volksschulen Stätten, an denen sich die Armen versammelten, um Fürsorge entgegenzunehmen. Für die ärmsten Kinder [...] war das wichtigste Unterrichtsfach das Frühstück.«³

Abwesende Väter

Gedichte, Zeichnungen und Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1918 bieten aufschlussreiches Material, wie stark Kinder besonders unter der kriegsbedingten Abwesenheit ihrer Väter litten, wenngleich die damaligen Deutungen einer Neuinterpretation bedürften. Z. B. gaben Experten in einer umfangreichen Sammlung »Jugendliches Seelenleben und Krieg« der Befürchtung Ausdruck, Kinder könnten infolge des Krieges in bedrohlicher Weise gefühlsarm werden und buchstäblich verrohen. Ein Lehrer wunderte sich etwa darüber, dass acht- bis neunjährige Jungen sachlich und ohne Anzeichen von Trauer über den Soldatentod ihrer Väter und älteren Brüder schrieben und sprachen. Ein Beobach-

ter wörtlich: »Bald fand ich, dass diese Kleinen vom Tode ihrer nächsten Angehörigen offenbar gar nicht schmerzlich berührt waren. Jedenfalls war ihnen [...] keinerlei Trauer [...] anzumerken. Einige plauderten bald in munterem naivem Tone vom Ende ihres Vaters oder Bruders; und ein Junge erzählte zwar freudestrahlend, dass sich sein Bruder das Eiserne Kreuz erworben habe, – dass dieser Bruder später gefallen war, erwähnte er aber kaum.«⁴

Ähnliches ist aus Studien über Kinder des Zweiten Weltkriegs bekannt, die traumatische Erfahrungen abgekapselt hatten, emotionslos wirkten und lediglich über Sachverhalte berichteten. Ein Schweizer Pädagoge beispielsweise fand 1949 in dem Buch »Unsere Kinder die Hauptkriegsopfer« deutliche Worte: Die Reaktion von Kindern auf schwerwiegende Kriegserfahrungen gliche denen eines Tieres, das sich tot stelle: »Das Kind lacht nicht und weint nicht, es spricht nicht mehr.« Er berief sich auf Erzieher in Schulen und Heimstätten, die – ohne den Begriff zu gebrauchen – traumatisierte Kinder beobachtet hatten, bei denen die Seele wie »abgestorben« erschien, weil sie den Tod eines geliebten Menschen erlebt hatten.⁵

Durchaus treffend vermuteten Experten bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges, die Trauer um den Verlust des Vaters und die schmerzliche Sehnsucht der Kriegswaisen nach väterlicher Geborgenheit werde Narben in den kindlichen Seelen hinterlassen, die nur schwer verheilten. Es machte auch im Zusammenhang mit der familiären Situation natürlich einen Unterschied, ob ein vaterloses Kind in halbwegs behüteten Verhältnissen aufwuchs, in einer Großfamilie lebte oder weitgehend mit seiner Mutter unter prekären Bedingungen ohne weiteren emotionalen Rückhalt und materielle Ressourcen überleben musste. Die meisten Soldaten stammten aus den unteren Schichten, ihre Familien hatten keine finanziellen Reserven und besonders Frauen mit Kindern wussten vielfach kaum, wie sie das Geld für die Wohnungsmiete aufbringen sollten. Sie waren gezwungen zu arbeiten, ohne dass ihre Tätigkeit mit der Möglichkeit beruflicher Qualifizierung oder mit Aufstiegschancen verbunden war. Für viele Frauen war die Arbeit in Rüstungsbetrieben etwa mit erheblichen phy-



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

sischen Anstrengungen verbunden, sie mussten schwer heben und tragen; teilweise stellten Betriebe hastig von der Friedens- auf die Kriegsindustrie um und trafen dabei kaum die nötigen Sicherheitsvorkehrungen. Viele Arbeiterinnen wurden aufgrund der teilweise geradezu frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen und mangelhaften Ernährung krank und fanden zudem in den personell geschwächten Gewerkschaften, deren Mitglieder in großer Zahl Kriegsdienst leisteten, kaum Fürsprecher.

Die Sozialdemokratin Clara Bohm-Schuch beispielsweise beurteilte die Lage ausgesprochen kritisch. In Arbeiterfamilien seien die Mütter vor dem Krieg zumeist der stabile Mittelpunkt der Familie gewesen. Das habe sich jedoch ab 1914 radikal geändert. Die proletarischen Kinder müssten nunmehr nicht nur ohne die Väter, die schon zu Friedenszeiten in der Regel – vor allem aufgrund langer Arbeitszeiten – den ganzen Tag nicht verfügbar waren, auskommen, sondern auch ohne die Mütter.⁶ Sie sprach damit ein Problem an, das besonders von jugendpflegerischer und behördlicher Seite beobachtet und diskutiert wurde: die Gefahr der »Verwahrlosung« von Kindern und Heranwachsenden, die sich weitgehend selbst überlassen waren.

Kriegskinder als Hauptkriegsopfer

Der Erste Weltkrieg hinterließ eine bis dahin nicht gekannte Masse an Gefallenen, Vermissten und Kriegsversehrten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung war direkt oder indirekt als betroffene Angehörige mit den physischen und psychischen Auswirkungen des Krieges unmittelbar und dauerhaft konfrontiert. Auf Europa bezogen dürfte die Zahl der Kinder, die infolge des Ersten Weltkriegs verwaist waren, d.h. Vater und Mutter verloren hatten, circa 6 Millionen betragen haben. Für Deutschland werden etwa 2,4 Millionen Kriegstote – etwa 19 Prozent der insgesamt 13 Millionen Soldaten – und circa 4,3 Millionen Kriegsverletzte angenommen. Hinzu kommen Hunderttausende Personen, besonders Frauen und Kinder, die an Hunger und Krankheiten starben, also »indirekte Opfer des Krieges« waren. Erste ver-

lässliche Angaben über die Zahl der Kriegswitwen in Deutschland beziehen sich auf eine amtliche Zählung aus dem Jahre 1924, der zufolge sich ihre Zahl bei Kriegsende auf etwa 600 000 belief, wobei jedoch die Witwen aus vorherigen Kriegen einbezogen wurden. Nach Angaben vom Oktober 1924 gab es der Statistik nach – ebenfalls auf Deutschland bezogen – rund 962 000 kriegsbedingte Halbweisen. 1931 wurde die Zahl der Vollweisen, die während des Krieges oder in seiner Folge Vater und Mutter verloren hatten, auf etwa 50 000 beziffert.⁷

Dass Kinder Hauptkriegsopfer waren und zahlreiche Heranwachsende in sozial erbärmlichen Umständen lebten, wurde nach Kriegsende z. B. in einer von dem Schriftsteller und Diplomaten Harry Graf Kessler gestarteten Aufsehen erregenden Initiative thematisiert.⁸ Im Mai 1919 erschien dann eine ebenfalls mit breiter Resonanz wahrgenommene Schrift über Folgen des kriegsbedingten Hungers für Kinder, herausgegeben wurde sie von dem Theologen und Pazifisten Friedrich Siegmund-Schultze, dem damaligen Leiter des Berliner Städtischen Jugendamtes. Die Reaktionen auf das Bekanntwerden besagten Kinderelends waren vielfältig. Der linkssozialistische Politiker und Pädagoge Otto Rühle machte in einer stark überarbeiteten Fassung seines 1911 erstmals erschienenen Buches »Das proletarische Kind« 1922 eindringlich auf die Kriegsfolgen für eine »neue Generation« aufmerksam: die »Kriegskinder«, die er nach Altersgruppen und vor allem sozialer Lage differenzierte. Zum »Verhängnis seiner Abstammung« komme nun eine kriegsbedingte Verelendung hinzu, die er als »Tragödie«, »Kinderopfer«, »bethlehemitischen Kindermord« und »hoffnungsloses Danaidentum« bezeichnete, womit er deren insgesamt gesehen qualvolles Schicksal meinte. Skrofulose, Rachitis, Tuberkulose, »physische Verkümmern« wie das »Kleinbleiben der Kinder« seien schließlich Klassenattribute und soziale Krankheiten, die – infolge der Kriegseinwirkungen und -folgen verstärkt – auch die ausländischen Speisungen nur punktuell zu lindern vermochten.⁹ Oder der österreichische Sozialist Otto Felix Kanitz, Leiter eines Kinderheims und einer Ausbildungsstätte für Erzieher sowie engagiertes Mitglied der Kinderfreunde-Bewegung, plädierte dafür,



Kriegsmilchküche in Münster/Westfalen am Neutor, 1916
Foto Stadtarchiv Münster · Fotograf unbekannt



Vater auf Urlaub. Bauernfamilie mit Kindern, Vater in Uniform, Minden-Lübbecke/Petershagen/Frille, 1914–1918.
Bildarchiv der Volkskundlichen Kommission für Westfalen – Landschaftsverband Westfalen-Lippe · 1985.00384 · Fotograf unbekannt



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

die besondere Lage der vaterlosen Kriegswaisen in den Kinderfreunde-Gruppen zu berücksichtigen, Kanitz wörtlich: »Wie schön wäre es doch, wenn der kluge sozialistische Ausflugsführer es dahin bringen könnte, dass alle Kinder ihren Proviant zusammenlegen und jeder gleich viel erhält, damit nicht das Kind des besser bezahlten Arbeiters ein gut bestrichenes Brot mit Wurst belegt ist und das Kind der Kriegerwitwe mit seinen großen hungrigen Augen hinüberblickt und sein eigenes trockenes Stückchen Brot kaum hinunterwürgt.«¹⁰

Eine Generation ohne Zukunft?

Breit angelegte gründliche Studien, in denen die Belastungen und nachhaltigen Beeinträchtigungen von Kriegskindern und Kriegsjugendlichen dargestellt wurden, lagen ab Mitte der 1920er Jahre vor. Sie wiesen nachdrücklich auf langfristige Folgewirkungen des Krieges im Sinne einer allgemeinen physischen und psychischen Schwächung ganzer Jahrgangsgruppen hin. Bereits in der Schule seien Schüler oft zu schwach, um sich zu konzentrieren. Nach der Schulentlassung seien viele nicht in der Lage eine Berufsausbildung zu beginnen. Diese alarmierenden Befunde gälten für die Großstädte in besonderer Weise, wo jeder Lehrer solche »im Wachstum zurückgebliebenen, schwächigen und bleichen Hungerkinder mit den mageren Armen [...] und den müden Augen« kenne, denen es so schwer falle, »in die Geheimnisse des Lesens und Schreibens einzudringen.«¹¹ Auf Eltern, Schulen und soziale Einrichtungen, z. B. die Arbeiterwohlfahrt kämen ernste Aufgaben zu. In einer Befragung von mehr als 2 000 15- bis 17-Jährigen gaben z. B. zahlreiche kriegsbedingt vaterlos aufwachsende Berufsschüler und Berufsschülerinnen 1930 nicht zuletzt Auskunft darüber, wie stark sie sich nach einem starken väterlichen Unterstützer, besonders bei ihren zumeist schwierigen beruflichen Entscheidungen, sehnten.¹²

Zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit: Generation ohne Zukunft?

Unter den Schriftstellern aus der Kriegsjugendgeneration, die sich um 1930 einer generationellen Selbstbeschreibung widmeten, ist vor allem Frank Matzke zu nennen, der mit einer Publikation unter der Überschrift »Jugend bekennt: So sind wir« 1930 besonders deshalb von sich reden machte, weil hier ein 1903 Geborener das »Lebensgefühl« seiner Generation auf den Punkt zu bringen versuchte, der »Jugend zwischen 20 und 30. Des Geschlechts nach dem großen Krieg, das von ihm nur den Hunger der Heimat kannte und die geborgenen Siegesfeiern.«¹³ Gefühlskälte, Skepsis und Misstrauen seien Kerneigenschaften der – vor allem männlichen – Kriegskinder des Ersten Weltkriegs. Sie seien hart, unerbittlich, gnadenlos und in der Lage, Väter und Großväter das Fürchten zu lehren: »Wir sind bereit, große Bünde und Verbände zu bilden, die mit Schlagkraft nach einem Ziele streben. Wir sind bereit, uns Führern unterzuordnen.« Die nationalistische wie die kommunistische Jugend bewaise bereits, wie durchsetzungskräftig die Kriegsjugend im außerparlamentarischen politischen Raum sei.¹⁴

Politische Sprengkraft entfalteten solche Selbstbeschreibungen in der Endphase der Weimarer Republik nicht zuletzt vor dem Hintergrund der von Wirtschaftskrise, Radikalisierung des außerparlamentarischen Raumes und Republikfeindlichkeit bestimmten Zeitatmosphäre, wachsenden Erfolgen radikaler Parteien und Gruppierungen und schwindendem Rückhalt der staatstragenden Parteien in der Jugend. Der Verfasser der im Folgenden zitierten Anklage »der arbeitslosen Jugend« war sich vermutlich der Wirkung seiner folgenden 1931 im sozialdemokratischen Jungbanner erschienenen Sätze bewusst; er sehe »junge Menschen mit den Gesichtern wie Greise« vor sich, »mit Gesichtern, aus denen jede Spur von Lebensmut, jugendlicher Lebensfreude verbannt ist. [...] 1908, 1910 kamen sie zur Welt. Wurden groß ohne die feste Erzieher-, Führerhand des Vaters – der im Felde kämpfte und litt –; ohne die Zärtlichkeit der Mutter, die auf der Jagd nach Kartoffeln, Kunsthonig und Kriegsbrot dem Hause

ferngehalten war. Erlebten den Wirrwarr der Revolution – ohne ihn zu begreifen; sahen den Vater heimkehren aus Dreck und Blut – froh, wieder ein menschenwürdiges Dasein beginnen zu können. Es kam der große Taumel: Inflation. [...] Neues Elend die Folge: Geldmangel überall; verminderte Kaufkraft; als Folge davon steigende Arbeitslosigkeit; Zusammenbruch Tausender von Existenzen, [...] darunter Hunderttausende von Jugendlichen. [...] Wie rannten doch Vater und Mutter – schon als der Junge elf, zwölf Jahre alt war – eine Lehrstelle suchend. Und dann war's doch nichts. [...] Die arbeitslose Jugend klagt an: [...] Gebt ihr ihre Jugend wieder!«¹⁵

Tatsächlich beendeten die geburtenstarken Jahrgänge 1900 bis 1910 – im Jahre 1925 15 bis 25 Jahre alt – in der Regel um die Mitte der 1920er Jahre die Schulzeit, und zwar mit denkbar ungünstigen Perspektiven. Die Weimarer Republik sei, so Hans-Ulrich Wehler pointiert, »den Geburtsjahrgängen des neuen Jahrhunderts als abweisendes, unzugängliches, ja feindliches System« gegenübergetreten. »Erst vom Jahrgang 1910 ab aufwärts, dessen Schulentlassung 1924/25 einsetzte, wirkte sich die sinkende Geburtenrate kurzzeitig entspannend aus, ehe dieser Aufschwung durch die Weltwirtschaftskrise erneut abgefangen wurde.«¹⁶

Jugendliche, vor allem ungelernte Industriearbeiter, waren auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt. Sie fanden teilweise bereits nach der Schule keinen Arbeitsplatz. Aber auch Auszubildende hatten z.B. ab 1927 nach Beendigung ihrer Lehrzeit kaum Aussichten auf Sicherung ihrer Existenz. Soziale Milieubindungen an die Arbeiterbewegung könne die Jugend nicht mehr aufbauen, diagnostizierte der Soziologe Theodor Geiger; sie stünde »vollständig außerhalb der Überlieferung der Arbeiterbewegung.« Ihre generationellen Erfahrungen unterschieden sie vor allem deshalb von der »älteren Arbeiterschaft«, weil sie »in keine irgendwie geartete, sei es auch sich Epoche bedingt wandelnde Lohnarbeitermentalität hineinwachsen« könne.¹⁷

Ein solches »Generationenproblem« wurde in der Sozialdemokratie aus nachvollziehbaren Gründen intensiv diskutiert. Der Sozialdemokrat Julius Leber beispielsweise formulierte sein Fazit in einem Brief an seine Frau im Mai 1933 treffend mit folgenden Worten: »Das deutsche Volk ist seit den Tagen der großen Inflation seine Existenz- und Lebensangst nie mehr ganz losgeworden. Und Lebensangst hat noch immer zum Erlösungsgedanken geführt, zu Messiasglauben usw. Das ist nicht neu. Nur die republikanischen Machthaber hatten nur Witze für diese tiefe seelische Flutung.«¹⁸ Tatsächlich drohte der SPD und auch anderen staatstragenden Weimarer Parteien der Rückhalt in der jungen Generation – als Mitglieder und als Wähler – verloren zu gehen: eine Tatsache, die angesichts des Erstarkens der NSDAP und KPD bei den Wahlen ab 1930 besonders alarmierend war. Nicht nur die wirtschaftlich und sozial begründeten Unsicherheiten großer Teile der Bevölkerung erwiesen sich für die staatstragenden Weimarer Parteien, nicht zuletzt die Sozialdemokratie, als Problem, sondern zweifellos auch die nachhaltigen psychischen Folgen des Krieges für die Kriegskinder- und Kriegsjugendgeneration, d.h. deren Belastungen, Ängste und aus diesen sich ergebende psychischen Befindlichkeiten und Bedürfnislagen. ■

1 W. Wiebeck, Jahrgang 1910, in: Jungbanner, Beilage zum Reichsbanner Nr. 27 vom 5. Juli 1930, ohne Seitenangabe.

2 Vgl. Barbara Stambolis, Kindheit und Jugend in Westfalen im Ersten Weltkrieg, in: Katalog zur Ausstellung des LWL Museumsamtes »An der Heimatfront: Westfalen und Lippe im Ersten Weltkrieg, Bönen 2014, S. 74–93. Dies. Aufgewachsen in »eiserner Zeit. Kriegskinder zwischen Erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise, Gießen 2014.

3 Roger Chickering, Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914–1918, Paderborn 2009, S. 481.

4 Alfred Mann, Aufsätze von Kindern und Jugendlichen über Kriegsthemata, in: William Stern (Hg.): Jugendlisches Seelenleben und Krieg. Materialien und Berichte, Leipzig 1916, S. 57–133, hier S. 84.

5 Adolphe Ferrière, Unsere Kinder die Hauptkriegsopfer. Eine seelen- und seelenheilkundliche und erzieherische Studie, Paderborn 1949, S. 105f. Vgl. Barbara Stambolis, Töchter ohne Väter. Frauen der Kriegsgeneration und ihre lebenslange Sehnsucht, Stuttgart 2012.

6 Clara Bohm-Schuch, Die Kinder im Weltkriege, Berlin 1916.

7 Zu den Quellenangaben, auf die sich die Zahlen beziehen, vgl. Stambolis, Aufgewachsen in »eiserner Zeit.

8 Harry Graf Kessler, Die Kinderhölle in Berlin, in: Die Deutsche Nation, Sonderheft November 1920.

9 Otto Rühle, Das proletarische Kind. Eine Monographie, völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, München 1922 (erstmalig 1911), Stichworte im Inhaltsverzeichnis sowie S. 57, 117, 119, 172, 176, 190.

10 Otto Felix Kanitz, Die Erziehungsaufgaben des Arbeitervereins »Kinderfreunde«, Referat, erstattet auf der Zweiten Reichskonferenz des Arbeitervereins »Kinderfreunde« am 13. Dezember 1920, in: Lutz von Werner (Hg.), Das proletarische Kind in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1974, S. 177–193, hier S. 188.

11 Clara Henriques, Kinderspeisung. Im Auftrage des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe e.V., Weimar 1926, S. 37.

12 Günter Krolzig, Der Jugendliche in der Großstadtfamilie. Auf Grund von Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen, Berlin 1930, S. 26, 42, 89f.

13 Frank Matzke, Jugend bekennet: So sind wir!, Leipzig 1930, S. 6.

14 Ebd., S. 83f.

15 G. Bauer, Jugend klagt an, in: Jungbanner, Beilage zum Reichsbanner Nr. 10 vom 7. März 1931, ohne Seitenangabe.

16 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, Erste, durchges. Aufl. der broschiierten Studienausgabe, München 2003, S. 236.

17 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Darmstadt 1967, unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1932, S. 97.

18 Dorothea Beck/Julius Leber, Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 231.

Gewerkschaft

Die Rolle der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg

WOLFGANG UELLENBERG-VAN DAWEN



Sozialdemokraten und Gewerkschafter sahen sich zwar sozialpolitisch in der Rolle der Opposition, aber politisch strebten sie nach Gleichberechtigung, Anerkennung und damit Integration in die Gesellschaft.

Zur Haltung der Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch

Während in Folge der Balkankriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer deutlicher wurde, dass sich die Nationenbildung in Form bewaffneter Konflikte, die die moderne Welt seit Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte und erlitt, auch zu einem kriegerischen Gesamtkonflikt ausweiten könnte, während die Resolutionen der Sozialistenkongresse immer drängender formuliert und gemeinsame Kundgebungen mit deutschen und französischen Arbeiterführern stattfanden (Jean Jaurès und August Bebel), vollzog sich parallel dazu eine Einbindung der Arbeiterbewegung namentlich der Gewerkschaften in den nationalen Kontext. Vor allem die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten in relativ kurzer Zeit große Organisationserfolge errungen, waren zu Massenorganisationen herangewachsen und 1912 war die SPD stärkste Partei im Reichstag. Sie hofften nun auf evolutionärem Weg die Klassenherrschaft in Deutschland überwinden zu können. Diese Erfolge wollten sie vor allem gegen eine Gefahr aus dem Ausland verteidigen: gegen das zaristische Russland, das von einem autokratischen Zarenreich beherrscht und als Ausdruck finsterster Reaktion galt. August Bebel hatte im Reichstag geschworen, bei einem Angriff Russlands

selbst noch einmal die Flinte auf den Rücken zu nehmen und das Vaterland zu verteidigen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter sahen sich zwar sozialpolitisch in der Rolle der Opposition, aber politisch strebten sie nach Gleichberechtigung, Anerkennung und damit Integration in die Gesellschaft. Der Vorwurf der vaterlandslosen Gesellen und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung traf vor allem die, die aufsteigen wollten. Somit war der Boden bereit für das Manöver des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, der es fertigbrachte, so der britische Historiker David Stevenson, ein Schüler Ian Kerschaws, die deutsche Arbeiterbewegung davon zu überzeugen, dass Russland der Angreifer sei und man nun in nationaler Einigkeit den gemeinsamen Feind abwehren müsse.

Geschick kam dann auch der Kaiser den Sozialdemokraten entgegen, als sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmten, indem er ausrief, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Daraus zu schließen, wie es oftmals in der historischen und medialen Darstellung geschieht, dass die Arbeiter jubelnd in den Krieg gezogen seien, entspricht nicht den Tatsachen; im Gegenteil: Die Stimmung war mehr als gedrückt. Noch wenige Tage vor Beginn des Krieges hatte es Massenkundgebungen

der Arbeiterbewegung gegen den Krieg gegeben. Dann, nach der Entscheidung der SPD Führung den Kriegskrediten zuzustimmen, trat an die Stelle der Demonstrationen für den Frieden, die Pflichterfüllung für das Vaterland.

Burgfrieden statt Klassenkampf – die Entscheidung der Gewerkschaften

Am 1. August 1914, zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der SPD Reichstagsfraktion, kam die Generalkommission der freien Gewerkschaften zusammen. Sie stand ganz unter dem Eindruck einer Information aus dem Buchdruckerverband, nach der die Reichsregierung schon die Befehle zur Auflösung der Gewerkschaften und die Verhaftung ihrer Führer vorbereitet habe. Tatsächlich hatten die kaiserlichen Militärbehörden eine solche Maßnahme ins Auge gefasst. Darum wurden zuerst einmal die Bankguthaben auf die Konten befreundeter Bürgerlicher verschoben oder auf andere Banken überschrieben. Zudem wurde für den Verbotsfall die Verbindung der dann illegalen Organisationseinheiten sichergestellt und der Konflikt mit den christlichen Gewerkschaften beendet. Am folgenden Tag kamen die Vorstände der Gewerkschaften zu ihrer seit Beginn des Jahres als oberstem Beschlussorgan zwischen den Kongressen tagenden Konferenz zusammen. Carl Legien berichtete, dass die Reichsregierung zu einer Konferenz am selben Nachmittag geladen hätte, um mit den Gewerkschaften zu beraten, unter welchen Bedingungen Arbeitslose aufs Land geschickt werden könnten, um dort bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Da es bis 1916 noch keine Arbeitspflicht gab, war eine solche Absprache rechtlich geboten. Die Konferenz stimmte dem zu. Wenige Tage später wurde beschlossen, alle Streikbewegungen einzustellen und sich auf die Zusammenarbeit mit den Behörden in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu konzentrieren, um die Folgen des Krieges für die Arbeiter und ihre Familien einschließlich der Angehörigen der zum Militär Eingezogenen zu regeln.

Es war jedoch nicht nur Pragmatismus und eine aus Angst vor der Auflösung bestimmte Anpassung an die realen Machtverhältnisse, die die Führungen der Gewerkschaften leiteten. In den 1915/1916 beginnenden Auseinandersetzungen in der SPD über die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik in einem Krieg, der immer länger dauerte und immer höhere Opfer forderte, nahmen die Gewerkschaftsführungen eine harte und klare Position ein und drohten sogar, im Falle einer Spaltung der SPD oder eines Abweichens der Mehrheit von der bisherigen Linie mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaftspartei.

In der politischen Auseinandersetzung über die Haltung der Sozialdemokratie zu Krieg und Frieden befürworteten die Gewerkschaften die Position der Landesverteidigung, vor allem aus der für sie existenziellen Frage der Wirtschaftseinheit. Denn im Falle einer Niederlage befürchteten sie, »nach den Plänen der Gegner, die Vernichtung der Landwirtschaft in Ostpreußen, die Zerstörung der Industrie, die Vernichtung des Handels«. Kurz, sie sahen die »deutsche Arbeit« bedroht, »die von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft lebt, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig ist.«¹ Zugleich verbreiteten sie das Schreckensbild einer Zerstörung der »deutschen Arbeiterkultur« im Falle einer Invasion des »Zarismus« und sahen den Arbeitsschutz, die Arbeiterversicherung, die Tarifverträge und die Organisationen der Gewerkschaften bedroht. An dieser politischen Orientierung hielten die Gewerkschaftsführungen bis zum Ende des Kriegs fest und verteidigten sie konsequent gegen jede innergewerkschaftliche wie auch innerparteiliche Opposition.

Kriegspartnerschaft und Mitbestimmung

Die Gewerkschaften verbanden ihre Kooperationsbereitschaft mit der Hoffnung, die jahrzehntelange Diskriminierung und Ausgrenzung aus Staat und Gesellschaft überwinden zu können. Tatsächlich betraten nun 44 Jahre nach Gründung des deutschen Reiches und 24 Jahre nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zum



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**

ersten Mal Gewerkschaftsführer und ihre Sekretäre offiziell die Gebäude der stellvertretenden Generalkommandos – die Militärbehörden in der Heimat, das Reichsernährungsamt und andere Behörden – um quasi auf gleicher Augenhöhe mit den militärischen und zivilen Behörden über Ernährungsprobleme, Fragen der Arbeitsbeschaffung, Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene und andere soziale Maßnahmen zu verhandeln. Ebenso öffneten sich in den Ländern und Kommunen die Türen für die Gewerkschaftsvertreter. Auch lockerte sich die Polizeiaufsicht und die Pressezensur wurde für die Gewerkschaftszeitungen gemildert. Am 14. November 1914 besichtigten Mitglieder der preußischen Regierung, des Reichskabinetts, des Reichstags und der Militärbehörden Gewerkschaftseinrichtungen in Berlin – ein bis dahin unerhörter Vorgang. Hauptansprechpartner waren die höheren Offiziere der Militärkommandos und General Gröner, damals Leiter des preußischen Kriegsammtes und zeitweise Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, der davon überzeugt war, dass man den Krieg nur mit, nicht gegen die Gewerkschaften gewinnen könne. Tatsächlich war Deutschland wirtschaftlich und auch sozialpolitisch überhaupt nicht auf einen längeren Krieg vorbereitet und so wurde schnell deutlich, dass die Behörden weder mit der Arbeitsbeschaffung in der Rüstungsindustrie noch mit den sozialen Problemen der zahlreicheren Kriegshinterbliebenen, Kriegsversehrten und mit der Ernährung der Bevölkerung fertig wurden.

Die geschäftsmäßige Zusammenarbeit mit den Militär- und Zivilbehörden auf die Wirtschaft auszudehnen, gelang jedoch nur teilweise. Ein Gesprächsangebot an die Reichsvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Kriegsbeginn stieß bei den Arbeitgeberverbänden auf eiserne Ablehnung. Auch blockierten die Rüstungsindustriellen, die enorme Kriegsgewinne einstrichen und auf die die Reichsregierung angewiesen war, jede Form der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Ein Durchbruch auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital war, angesichts des klaren Klassenstandpunktes der Großindustriellen und ihrer Verbände, das vater-

ländische Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916. Es war – so der Historiker Klaus Schönhoven – das bedeutendste Zugeständnis des Staates an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung während des Krieges.² Die Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff sah nur in einer totalen Mobilisierung aller wirtschaftlichen Reserven die Chance, den Krieg militärisch noch gewinnen zu können und dazu gehörte die Arbeitspflicht für alle männlichen Einwohner von 16 bis 60 Jahren. Da der Reichstag, dessen Rechte im Krieg nicht eingeschränkt waren, diesem Gesetz zustimmen musste, konnten die Gewerkschaften aller Richtungen – die christlichen und liberalen hatten 1914 ohne Probleme auf Grund ihrer nationalen Orientierung eh eng mit den Behörden zusammengearbeitet – sich nun darauf konzentrieren im Reichstag bei der SPD, dem Zentrum wie den Liberalen eine Mehrheit gegen die konservativen und unternehmerfreundlichen Parteien für weitgehende Mitbestimmungsregelungen einzuholen. Tatsächlich gelang es nun im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz die Einführung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in allen kriegswichtigen Betrieben durchzusetzen. Dort wo mehr als 50 Arbeiter bzw. Angestellte beschäftigt waren, wurden diese Ausschüsse gegründet, in denen vor allem Lohn- und Arbeitszeitfragen, wie die Arbeitsbedingungen diskutiert wurden. Streitfälle wurden dann in paritätischen Schlichtungsausschüssen behandelt, deren Vorsitz in der Regel ein Vertreter des Kriegsammtes innehatte – also ein Militär. In der Geschichte der Mitbestimmung wird das Hilfsdienstgesetz überwiegend positiv beurteilt.³ Aber übersehen werden darf nicht, dass dieses Gesetz in den Augen vieler Arbeitgeber nur vorübergehend für die Kriegszeit hingenommen wurde. Weiteren Absichten der Gewerkschaften aus der Kooperation in den Betrieben, wie auch der staatlich gesteuerten Versorgungs-, Produktions- und Preispolitik eine dauerhafte Einrichtung auch im Sinne einer gesamtwirtschaftlicher Partnerschaft zu machen, traten sie entschieden entgegen. »Der Widerstand gegen Staatsinterventionismus und Staatssozialismus stand 1917/1918 im Zentrum der unternehmerischen Politik.«⁴

Sozialer Protest und Opposition gegen den Krieg

»Die vielfach als Erfolg gewertete Anerkennung der Gewerkschaften war nur um den Preis ihrer fortschreitenden Einbindung in das Herrschaftssystem des Wilhelminischen Kaiserreiches zu erreichen, für dessen Politik sie Mitverantwortung und – in den Augen einer wachsenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern – auch Mithaftung übernahmen«, so der Historiker Michael Schneider.⁵ Denn die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechterte sich schon im ersten Kriegswinter rapide: Die deutsche Landwirtschaft war nicht auf den Krieg eingestellt und verlor viele Arbeitskräfte an das Militär. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs ging kriegsbedingt zurück und wurde zu Gunsten der Rüstungsproduktion eingestellt. Die Löhne blieben weitgehend auf dem gleichen Stand wie 1914. Gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse: An Stelle der Männer wurden mehr und mehr Frauen in der Industrie wie im öffentlichen Sektor eingestellt. Hinzu kamen junge Arbeiterinnen und Jungarbeiter unter 18 Jahren sowie Landarbeiter, die sich nun an die schwere Industriearbeit gewöhnen mussten. Für die neu rekrutierten Arbeitskräfte zahlten die Arbeitgeber aber weit geringere Löhne. Die Preise für die rationierten Lebensmittel stiegen rasant und auch die Rationen wurden immer weiter gekürzt. Die Blockade der Alliierten vor allem aber Misswirtschaft, Schwarzmarkt und Schieberei taten ein Übriges, dass immer mehr Menschen hungerten. Im April 1915 kam es zu ersten Protesten gegen die angekündigten Kürzungen der Brotrationen, im zweiten Kriegswinter brachen in vielen Städten Hungerunruhen aus, der dritte Kriegswinter, in dem sich Millionen Menschen von Kartoffeln und Steckrüben ernähren mussten, weitete sich die Protestwelle aus und es fanden viele spontane Streiks statt. Diese Streiks wurden von Frauen und Jungarbeitern getragen, fanden aber auch die Unterstützung der wenigen noch verbliebenen Facharbeiter, die bis zum Übermaß als Leistungsträger schufteten mussten. Im Januar 1917 stieg die Zahl der Streiks auf 562 und die der Streikenden auf 668 032.⁶ Die Gewerkschaften waren

immer weniger in der Lage auf friedlichem Wege, durch Verhandlungen oder auch, indem sie die neuen Mitbestimmungsrechte wahrnahmen, der Not der Beschäftigten Herr zu werden. Dies lag am Versagen der Behörden wie der Zuspitzung der Ernährungsprobleme, dies hatte seine Ursache aber auch in der nachlassenden Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben. Den Gewerkschaften fehlten nach der Einberufung vieler Funktionäre zum Militär erfahrene Vertrauensleute in den Betrieben. Zudem hatten sie seit ihrer Gründung kein Konzept und waren oftmals auch nicht willens, Arbeiterinnen zu organisieren und ihnen Führungsaufgaben zu übertragen. Und zudem hatten sie eine politische Jugendarbeit von Anfang bekämpft, so dass sie nun keinen Bezug zu den jungen Arbeitern hatten, die zudem noch von den Militärbehörden mit dem Zwangssparen überzogen wurden – der Einbehaltung des geringen Lohnes, damit die Jugend ihn nicht in Alkohol und Vergnügungen ausgeben könne. Bei den ersten sozialen Protesten war es den Gewerkschaften noch gelungen, durch Einwirken auf die Streikenden sowie Verhandlungen mit den Militär und Zivilbehörden auf kommunaler Ebene die Streikbewegungen einzudämmen. Diese dauerten in der Regel nur wenige Tage und überschritten nicht die Grenzen der Städte.

Unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution streikten im April 1917 300 000 Rüstungsarbeiter in Berlin, nach Streiks im Sommer 1917, dann Anfang Januar 1918 mehr als 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie und gingen unter der Parole »Frieden, Freiheit und Brot« auf die Straße. Aus dem sozialen Protest wurde eine Bewegung für einen sofortigen Friedensschluss ohne Gebietsansprüche, eine Demokratisierung der autoritären Gesellschaft und eine bessere Lebensmittelversorgung. In Berlin gründeten sich während des Streiks der Groß Berliner Arbeiterrat, geleitet von einem Aktionsausschuss, dem je 3 Vertreter der MSPD und der 1917 gegründeten USPD, aber kein Gewerkschaftsvertreter, angehörten. Diese Streikbewegungen wurden von den hochqualifizierten Stammebelegschaften geführt. Sie hatten zwar viele Anknüpfungspunkte in der schlechten sozialen Lage, aber sie wurden von Anfang an als politische Bewegungen be-



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**



An Stelle der Männer wurden mehr und mehr Frauen in der Industrie wie im öffentlichen Sektor eingestellt. Hinzu kamen junge Arbeiterinnen und Jungarbeiter unter 18 Jahren sowie Landarbeiter, die sich nun an die schwere Industriearbeit gewöhnen mussten.



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

griffen. Die Generalkommission reagierte auf die Aprilstreiks mit einem Rundschreiben an ihre Gau- und Bezirksleiter mit der Mahnung, Aufklärung über die Haltung der Gewerkschaften zu betreiben und der politischen Agitation der Betriebsobleute und der Spartakusgruppe entgegenzutreten. Doch weder die Sorge um die Schwächung der Landesverteidigung noch die Gefährdung der Organisationen hinderten die sich radikalisierenden und politisierenden Betriebsarbeiter daran, erneut zu streiken. In den Januar Streiks 1918 standen die Gewerkschaften abseits. Die Betriebsvertrauensleute, Obleute und Arbeiterräte wandten sich direkt an die Arbeiterparteien, die USPD, die MSPD oder an die Spartakusgruppe. Sie artikulierten ihren Protest in den Betrieben während der Arbeitszeit, nicht auf Delegiertenversammlungen nach Feierabend, gegen die unzureichende Ernährung, aber auch die zunehmende Repression in den Betrieben, die Weigerung das Reich zu demokratisieren und das preußische Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen. Die unklare Haltung der Reichsregierung gegenüber allen Annexionsplänen der Nationalisten und damit für einen schnellen Friedensschluss, hatte die Erbitterung gesteigert. Die Gewerkschaften warnten die Behörden vor Repression und Gewalt, versicherten aber, ihre ganze Kraft für die Sicherung der Landesverteidigung einzusetzen. Sie konnten und wollten keinen ernsthaften Konfrontationskurs wagen und hielten an der Politik des 4. August, der Unterstützung der Landesverteidigung, fest. Damit verloren sie jeglichen Einfluss auf die Streikbewegungen, die in die Revolution des November 1918 mündeten.

Sozialpartnerschaft statt Revolution

Die Novemberrevolution fand ohne die Führungen der Gewerkschaften statt. Weder die revoltierenden Matrosen in Kiel, noch die sich überall bildenden Arbeiterräte in den Betrieben und auch nicht die Soldatenräte hörten in irgendeiner Weise auf die Generalkommission der freien, noch auf die christlichen oder die liberalen Gewerkschaften. Dabei wurden viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Räte gewählt.

Die Führungen hatten vergeblich gehofft, durch Eintritt in die letzte Reichsregierung des Prinzen Max von Baden, welche die oberste Heeresleitung unter dem Eindruck des drohenden Zusammenbruchs der Westfront noch schnell installiert hatte, um der Reichstagsmehrheit aus MSPD, Zentrum und Liberalen die Verantwortung für den unvermeidlichen Waffenstillstand und einen harten Frieden zuzuschieben, die sozialen Probleme besser lösen und die Konflikte entschärfen zu können.

Als Max von Baden dem Führer der MSPD Friedrich Ebert unter dem Eindruck der Revolution das Amt des Reichskanzlers übergab und dann auf Druck der Berliner Rätebewegung der Rat der Volksbeauftragten bildete, spielten die Gewerkschaften mit 3 MSPD und 3 USPD Vertretern keine Rolle mehr in der neuen Regierung. Sie hatten gegenüber den revolutionären Massen, wie gegenüber der Politik jede Autorität verloren. Diese Distanz zu den politischen Umbrüchen, die sie im Nachhinein als freiwillige Abstinenz zu rechtfertigen suchten, verhinderte, dass die sich vertiefende Spaltung der Arbeiterbewegung zu einer Gewerkschaftsspaltung führte. Sie konnten sich jedoch durch einen politischen Coup an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte setzen, die keine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft anstrebten, sondern eine evolutionäre und vor allem sozialpartnerschaftlich geprägte Weiterentwicklung. Am 15. November 1918 – fünf Tage nach der Revolution vom 9. November – schlossen Carl Legien für die Generalkommission und der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes für die Arbeitgeberverbände das Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft. Hervorgegangen war dieses Abkommen aus informellen Kontakten, die seit dem Sommer 1917 bestanden, mit dem Ziel die Demobilisierung des Millionenheeres, die Rückkehr an die Arbeitsplätze und die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zu ermöglichen. Denn die Gewerkschaften wollten jegliches Chaos und den wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Als im Oktober 1918 die militärische Niederlage unabweisbar war, schwenkte das ganze Arbeitgeberlager einschließlich der Industrie auf den Verständigungskurs mit den Gewerkschaften um. In dem

in wenigen Tagen ausgehandelten Abkommen erkannten die Arbeitgeber die Gewerkschaften als einzige legitime Vertretung der Arbeiterschaft an, garantierten die Koalitionsfreiheit und die Bindewirkung kollektiver Tarifverträge, die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise und Schlichtungsausschüsse. Vereinbart wurden die Gründung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern sowie die Ausschaltung der gelben Werkvereine, die von den Arbeitgebern gegründet worden waren. Den rückkehrenden Soldaten wurde der Arbeitsplatz garantiert, die bis dahin dort beschäftigten Frauen mussten in Folge dessen wieder an den Herd. Die Zusage, überall den 8 Stunden Tag ohne Lohnseinbußen einzuführen, verbanden die Arbeitgeber mit dem Verweis auf die internationalen Raumbedingungen und ließen sich so eine Hintertür offen. Um die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, wurde eine Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) mit einem Sekretariat gegründet. Die Gewerkschaften hatten in wenigen Wochen erreicht, wofür sie Jahrzehnte gekämpft hatten. Sie waren davon überzeugt, auf diesem evolutionären und sozialpartnerschaftlichen Wege die neue Demokratie wirtschaftlich und sozial ausgestalten zu können. Sie hatten jedoch faktisch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft garantiert, ebenso wie die Machtverhältnisse in den Unternehmen, vor allem in der Industrie. Schon wenige Wochen nach dem ZAG Abkommen mussten sie erkennen, dass für die Schwerindustrie dieses Abkommen nicht mehr als ein taktisches Bündnis war, von dem sie sich so schnell wie möglich verabschieden wollten. ■

1 Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik, Mai 1916, in: Klaus Schönhoven, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd.1, Köln 1985, Dokument 16, S. 229–234.

2 Vgl. Schönhoven, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution, S.17.

3 Vgl. Werner Milert/Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland 1848 bis 2008, Essen 2013.

4 Vgl. Schönhoven, Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution, S.19.

5 Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S.132.

6 Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S.138.



Kölner Mai – Gedenkblatt 1913, Reproduktion in der Plakatsammelmappe »Mann der Arbeit aufgewacht« AAJB PL-B 581



Arbeiterinnen, Kokerei Stinnes II/IV18 in Essen-Karnap, um 1914–1918 AAJB PH-C 11/Sammlung: Ernst Schmidt · Fotograf unbekannt

All Quiet

Der fortdauernde Krieg. Eine Einführung zum Film *All Quiet on the Western Front*, 1930

ALEXANDER J. SCHWITANSKI



Eintrittskarte zu *Im Westen nichts Neues*
geschlossene Veranstaltung am 21. August 1931
in Rüstringen AAJB 2/1474

Kriege sind einschneidende Ereignisse, nicht nur bezogen auf Raum und Zeit der Kampfhandlungen. Es ist unmittelbar einleuchtend, dass ein Krieg wie der Erste Weltkrieg mit ca. 13 Millionen Toten in Europa, Spätfolgen eingerechnet, den nachfolgenden Frieden tiefgreifend prägt, bis in die Familien- und Geschlechterverhältnisse hinein.¹ Abgesehen von diesen allgemeineren Auswirkungen, die – mutatis mutandis – auf alle kriegführenden Gesellschaften zutrafen, wurden für Deutschland bereits sehr früh auch destabilisierende Nachwirkungen des Krieges auf das politische System der Weimarer Republik diskutiert. Insbesondere wurde die seit Kriegsende fortdauernde, gewaltsame Austragung eigentlich politischer Fragen konstatiert.² Neben offensichtlichen Agenten wie den politischen Selbstschutzverbänden, in erster Linie SA und Rotfrontkämpferbund, die gewaltsame Lösungen politischer Divergenzen einübten und kultivierten, wurde eine Vielzahl möglicher weiterer Faktoren und sozialer Instanzen für die weitreichende Akzeptanz gewaltsamer Konfliktaustragungen und die Etablierung einer militaristischen Kultur verantwortlich gemacht, von der Familie bis zu den Massenmedien.³

Solche vermittelnden Instanzen, eben Medien, waren allerdings auch nötig, um die Erfahrung des Krieges samt darauf basierender Handlungsdispositionen über die Generation der »Frontkämpfer«, hinaus zu verlängern. Die nachfolgende Generation hegte bestimmte Vorstellungen vom Kämpfen und Sterben ihrer älteren Brüder und Väter und kultivierte soldatische Idealbilder, ohne jedoch selbst am Kriegsgeschehen teilgenommen zu haben.⁴ Nicht nur diese soldatische und damit männliche Erfahrung des Krieges, sondern auch die weibliche Erfahrung der Arbeit und Trauer um im Krieg getötete Ehemänner, Brüder u.s.w. bedurfte vermittelnder Instanzen, die die verschiedenen Erfahrungsdimensionen transportierten.⁵

Während also das Erinnern des Krieges, gerade nach einem Krieg wie dem Ersten Weltkrieg, für alle kriegsbeteiligten Gesellschaften unausweichlich war und über die persönlichen Erinnerungen hinaus gesamtgesellschaftliche Relevanz hatte, stellte sich angesichts der notwendigen Vermittlungs- und Übersetzungsleistungen zwischen den verschiedenen Erfahrungswelten immer wieder die Frage, welche Erfahrung des Krieges denn authentisch sei. Diese Frage war in der Weimarer Republik vor allem aufgrund divergierender Deutungen der gemachten Erfahrungen in den politischen Lagern relevant. Das Schicksal des Films *All Quiet on the Western Front* des amerikanischen Regisseurs Lewis Milestone aus dem Jahr 1930 zeigt die Problematik und politische Relevanz der Frage nach der Authentizität der Erinnerungen an den Krieg sehr eindrücklich und führt die konstitutive Macht von Medien für den Erinnerungsdiskurs einer Gesellschaft eindrucksvoll vor Augen.⁶ Die nachstehenden Ausführungen analysieren dabei den Film als Dispositiv, also als »trianguläres Verhältnis von Apparat, Nutzer und Programm vor dem Hintergrund des jeweiligen historisch-spezifischen perzeptiven Rahmens«.⁷ Der Film ist eine soziale Formation, die die Technik, das filmisch Dargestellte und die Zuschauer mit ihren Sehgewohnheiten aber auch ihren sonstigen politischen und kulturellen Hintergründen umfasst und nur im Zusammenspiel dieser Elemente verstanden werden kann.

Das Denkmal und das widerstrebende Bild

All Quiet on the Western Front ist zu »dem« Film über den Ersten Weltkrieg geworden; für einige markiert der Film eine Zäsur im Genre des Kriegsfilms,⁸ für manche ist er der erste Antikriegsfilm,⁹ einige halten ihn emphatisch für den besten (Anti-)Kriegsfilm, der je gedreht worden sei.¹⁰ Während nun die nüchterneren Beobachter der Filmgeschichte die exzeptionelle Stellung des Films in der Konstruktion eines Kanons eben durch frühere Beobachter begründet sehen,¹¹ ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch die Vorgänge um den Film, insbesondere in Deutschland zur Kanonisierung des Films beigetragen haben. Diese wiederum sind nicht ohne die Inhalte des Films und seine Technik denkbar. Schaut man zunächst auf Letztere, so stellt sich die Frage nach den herausragenden oder zumindest ungewöhnlichen Merkmalen des Films. Angesichts der herausragenden Stellung von *All Quiet* innerhalb des filmgeschichtlichen Kanons wird oft vergessen, dass er zur Zeit seiner Premiere 1930 zunächst ein Film unter vielen war. Allein in Deutschland wurden zwischen 1925 und 1933 ca. 35 Filme produziert, die dezidiert den Ersten Weltkrieg zum Gegenstand hatten.¹² Besonders die mit dokumentarischem Anspruch auftretenden Filme konnten schon zu Weimarer Zeit den Anspruch erheben, quasi situative Denkmäler für die Erinnerung an die Kriegstoten zu sein. Sie boten somit Gelegenheit für ein kollektives Trauern und Erinnern und waren Teil der nachholenden Sinnstiftung des Krieges.¹³ Was als rückblickende Interpretation erscheint, war im Fall von Erich Maria Remarques Buch *Im Westen nichts Neues* intendierte Strategie des Verlagsmarketings. Der zum Ullstein-Konzern gehörende Propyläen-Verlag, in dem das Buch erstmals im Januar 1929 erschien, bewarb es schon auf dem Umschlag mit dem Untertitel »Remarques Buch ist das Denkmal unseres unbekannten Soldaten. Von allen Toten geschrieben«¹⁴. Er setzte in seiner Werbekampagne darauf, das Buch als gleichsam autobiografischen Text eines schriftstellerisch unbewanderten, ja naiven einfachen Soldaten, der als Schüler in den Krieg gezogen war, zu vermarkten. Damit nahm der Verlag für das Buch einen besonderen Anspruch



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**

**All Quiet
on the
Western
Front**



an Authentizität bei der Schilderung des Kriegserlebnisses in Anspruch – ein Anspruch, der bis heute überdauert und das Buch zum international meistgelesenen Roman über den Ersten Weltkrieg machte.¹⁵ Ebenso wie Remarques Werk schaffte es der Film, als gültige Repräsentation des Ersten Weltkriegs anerkannt zu werden, wodurch das Bild vom Ersten Weltkrieg bis heute auf ein apokalyptisches Szenario, bestehend aus Matsch und aufgewühlter, von Gräben durchzogener Erde an der Westfront, zusammen-schmolz – andere Schauplätze des Krieges wie Palästina, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, die Isonzo-Front oder den Seekrieg ebenso vergessend wie weibliche Kriegserfahrungen, die in den neuen Combat-Filmen, die nun das Genre Kriegsfilm zu bestimmen begannen, regelmäßig ausgeklammert blieben.¹⁶

Ähnlich wie das Buch trat auch der Film mit einem besonderen Anspruch an Authentizität auf. Dieser wurde durch die akribische Gestaltung der Kulissen erreicht, die der Regisseur Lewis Milestone, der während des Krieges in der Fotoabteilung der US-Armee gearbeitet hatte, überwachte. Im Bereich des Bildes wurde die vermeintliche Authentizität aber vor allem durch neuartige Formen der Inszenierung der Schlachtszenen erreicht, die eine beschleunigte Form der Bewegungsästhetik in die Kinos brachte. Der Film bot eine aufregende Dynamik in der Darstellung der Kämpfe, einerseits ermöglicht durch rasche Schnitte und Bildmontagen, durch die der Eindruck von Chaos unter den herumwimmelnden Soldaten erzeugt wurde. Hinzu kam, dass die Kamera selbst in Bewegung geriet, indem sie an einem neuartigen, 25 Tonnen schweren Kran montiert war, der Kamerafahrten in der Vogelperspektive erlaubte und so dem Betrachter oder der Betrachterin ermöglichte, einen in der Realität unmöglichen, geradezu intimen Einblick in das Kampfgeschehen zu erhalten. Insgesamt setze die Inszenierung auf einen »radikalen Bewegungsexzess«, in dem die Einzelnen immer mehr untergingen und gleichsam in der Mühle des industriellen Krieges zermahlen wurden.¹⁷

Dies war in gewisser Weise neu, konnte doch die Technik der Visualisierung des Krieges seit Einführung der Fotografie im 19. Jahrhundert nie mit der Waffentechnik bezüglich Reichweite und Kadenz mithalten. Zudem setzte das traditionelle fotografische Bildprogramm, das lange die visuelle Vorstellung vom Krieg prägte, auf Szenen, die Soldaten bei der Verrichtung von Alltagsgeschäften zeigten, zum Beispiel beim Rauchen der Pfeife, dem Kartenspiel etc. So wurde aus der technischen Not eine programmatische Tugend, die das Unvertraute des Krieges und seine Schrecken durch Fotografien des Alltäglichen und Vertrauten einhegte und die zivile Existenz des Soldaten in den Krieg hinein verlängerte.¹⁸ Das Bildprogramm vermittelte somit zwischen Front und Heimat, ebenso wie der formale Anspruch der Fotografie auf Authentizität, der eine imaginäre, gemeinsame Öffentlichkeit zwischen Front und Heimat stiftete.¹⁹ Trotz des eigenen Anspruchs auf Authentizität, den der Film *All Quiet* erhob und in seinem radikalen Bildprogramm umzusetzen suchte, entzog er sich dem Anspruch auf Vermittlung zwischen Front und Heimat und der Begleitung der Trauerarbeit und der Sinnstiftung und erfüllte damit nicht die Funktion, die Kriegsdenkmälern und Ehrenmälern für die Gefallenen sonst zukommen. In den mehr reflexiven, durch Gespräche gekennzeichneten Szenen, die als Ruhemomente die Bewegung der Schlachtszenen unterbrachen, verneinte der Film explizit jeden Sinn des Krieges und zeigte die Beziehung zwischen Front und Heimat als unüberwindlich zerbrochen.²⁰ Gegner des Films und Befürworter des Verbots durch die Zensur bemängelten daher den auch noch von heutigen Beobachtern als für den Antikriegsfilm typisch aufgefassten »exhibitionistische[n] Stil in der Inszenierung des Sterbens und des Todes«²¹ und beklagten, dass »Müttern und Schwestern« von gefallenen Soldaten dadurch der letzte Trost genommen würde, der bisher in der Vorstellung eines raschen und schmerzlosen Todes ihrer Lieben gelegen habe.²²



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG



Hinzu kam, dass das Verbot des Film vom 11. Dezember als Einknicken vor dem faschistischen Mob auf der Straße und damit als Zurückweichen der Republik gewertet wurde. ... Der Kampf um die Republik wurde somit auch über den Kampf um die Zulassung des Remarque-Films geführt.

Ambivalenzen technischer Neuerung

Neben dem Bildprogramm lag der Anspruch der besonderen Authentizität aber auch im Gebrauch des Tons begründet. Der Tonfilm war immer noch ein relativ neues Phänomen. 1927 war der erste abendfüllende Tonfilm erschienen, eine breitere Durchsetzung gelang dem Tonfilm erst seit 1929. Als *All Quiet* im Dezember 1930 in die deutschen Kinos kam, wurde vor allem die innovative und eindrucksvolle Verwendung der Tonspur gelobt, die durch das Rattern der Maschinengewehre und das Pfeifen der schweren Granaten ein bis dahin unbekannt direktes Kriegserlebnis ermöglichte.²³ Gleichzeitig bedeutete die Tonspur für den Film und seinen Authentizitätsanspruch auch ein politisches Problem: Die Tonspur enthielt ja nicht nur Kampfgeräusche, sondern auch gesprochenen Text. Dieser war bei der Produktion des Films von amerikanischen Schauspielern auf Englisch gesprochen worden. Für den deutschen Markt war eine eigene, deutsch synchronisierte Fassung produziert worden, was 1930 eine noch sehr neue und nicht allgemein akzeptierte Technik war. Zuschauer – und insbesondere Filmkritiker – achteten sehr genau darauf, ob die Lippensynchronisation wirklich stimmte, was nie völlig der Fall war und deswegen aus ästhetischen Überlegungen von einigen abgelehnt wurde. Bezogen auf *All Quiet* rief jedoch die technische Notwendigkeit, aus Synchrongründen den Text umformulieren zu müssen, den Verdacht hervor, die deutsche Synchronfassung des Films sei nicht nur ein ästhetisches, sondern auch ein bewusstes ideologisches und politisches Täuschungsmanöver.²⁴

Um dies zu verstehen muss ein letzter technischer Faktor geschildert werden, um dann zu den politischen Implikationen des Films beziehungsweise zum deutschen Publikum überzugehen. Die Synchronisationen von Filmen waren sehr teuer. Da der Produzent, *Universal Pictures*, damit rechnete, dass einige Stellen des Films von der deutschen Zensur beanstandet werden würden, erstellte *Universal Pictures* für den deutschen Markt nicht nur eine eigene Synchronfassung, sondern auch eine eigene Schnittfassung. Dies sollte verhindern, dass der

Film für den deutschen Markt nachträglich würde neu geschnitten werden müssen, was insbesondere höhere Kosten bei der Bearbeitung der Tonspur erfordert hätte.²⁵ Diese deutsche Schnittfassung war nun elf Minuten kürzer als die britische Fassung, es fehlten die Szenen, in denen die Rekruten auf dem Exerzierplatz ein zweites Mal in den Matsch getaucht werden, ihre Rache an Ausbilder Himmelstoss, dessen Feigheit beim Angriff, die Völlerei der Soldaten in der Etappe, die Zuweisung der Kriegsschuld an den Kaiser in der Unterhaltung der Soldaten über die Kriegsursachen, der Transfer der Stiefel des verstorbenen Kemmerich unter den Soldaten und das Ende der Rede Bäumers vor der Schulklasse während seines Heimaturlaubs.²⁶

Werte und Zweifel

Bereits das Buch *Im Westen nichts Neues* und sein Anspruch auf besondere Authentizität hatte Kritik provoziert. Diese richtete sich gegen die Darstellung der deutschen Soldaten als Feiglinge, als Säufer, Fresser und Hurer, die nur unter Zwang und Drohung gekämpft und jede Gelegenheit zur Flucht genutzt hätten;²⁷ kurzum, besonders rechte Kreise der deutschen Öffentlichkeit empfanden schon das Buch als Beleidigung des deutschen Heeres. Auch dem Film warfen sie vor, eben nicht den Krieg zu zeigen, sondern allein die deutsche Niederlage. Hier seien alle Kriegsgräuel, die niemand verleugnen wollte, so stark zusammengedrängt, dass sie unwahrscheinlich wurden. Hätte das deutsche Heer sich tatsächlich so verhalten wie die Soldaten in Buch und Film, so wäre es unerklärlich, wie das deutsche Heer vier Jahre lang durchaus Siege habe erfochten und die Front in Feindesland habe halten können.²⁸ Vom Film fühlte man sich nun doppelt betrogen: Einerseits ärgerten bereits die aus dem Buch bekannten Inhalte, die zusammen mit der drastischen Darstellung der Bilder eine neue Qualität gewannen, andererseits glaubten Kritiker des Films zu wissen, dass die englischsprachige Fassung noch besonders »deutschfeindliche« Szenen enthalte, nicht nur in den herausgeschnittenen Szenen der deutschen Fassung, sondern auch in der englischen Tonspur.



Filme, die wie *All Quiet* durch ein radikales Bildprogramm und die von ihnen erzählte Geschichte jeden Sinn des Krieges verneinten, waren auch international etwas Neues.

Indem sich die Deutschen also den synchronisierten Film ansähen, suggerierte man ihnen ein authentisches Bild des Krieges, geschildert von deutschen Soldaten, die Deutsch sprachen, während in der vermeintlichen Wirklichkeit der Rest der Welt sich ein Schauspiel deutscher Schande ansehe – und die Deutschen darüber auch noch hinweggetäuscht würden!²⁹

Diese Interpretation wurde amtlich, als die Film-Oberprüfstelle die Zulassung von *All Quiet* am 11. Dezember 1930 widerrief, da die Zulassung des Films in Deutschland auch die Anerkennung der »böartigen« Originalfassung bedeuten würde.³⁰

Gegen den Film und die Republik

Mit dem Verdikt des Böartigen traf die Oberprüfstelle den Nerv derjenigen, die sich ohnehin immer noch in einem unerklärten Krieg gegen die Feinde des Weltkriegs befanden und nun eine Schwächung der deutschen Wehrkraft durch den Film fürchteten.³¹ Diese »innere Verweigerung des Friedens«³², die mit der Diskussion um *All Quiet* auch auf kulturellem Gebiet ausgetragen wurde, ging oft einher mit der Anerkennung beziehungsweise Ablehnung der Republik. Dies zeigte sich auch daran, dass die NSDAP, vor allem in Berlin unter dem dortigen Gauleiter Josef Goebbels, die Speerspitze der Gegner des Films bildete. Nach den gewonnenen Wahlen vom September 1930 ging es Goebbels darum, die Konfrontation mit der preußischen Regierung zu suchen, die weiterhin von einer Koalition aus Zentrum und SPD gestellt wurde und deren Innenminister seit Oktober 1930 wieder Carl Severing hieß.³³ Während die Premiere des Films am 4. Dezember 1930 im Mozartsaal am Nollendorfplatz vor geladenen Gästen noch problemlos verlief, störten Nationalsozialisten bereits die erste öffentliche Vorführung am darauffolgenden Tag. Pfui- und Buhrufe direkt zu Beginn des Films führten zur Unterbrechung, die der anwesende Goebbels nutzte, um eine Ansprache zu halten. Es kam zu Rangeleien, Mäuse wurden ausgesetzt und Stinkbomben geworfen, letztlich musste die Polizei den Saal räumen. Weitere Vorstellun-

gen des Films mussten seitdem unter Polizeischutz abgehalten werden; die Nationalsozialisten verlegten daraufhin ihre Protestaktionen auf die Straße. Bis zum 10. Dezember organisierten sie tägliche Kundgebungen gegen den Film, an denen nach Polizeiangaben jeweils 4000 Menschen, nach Angaben der NSDAP bis zu 40 000 teilnahmen. Es kam zur Zerstörung von Gaststätten, zum Angriff auf Polizisten und Passanten und zur Hetzjagd auf Juden. Am 10. Dezember verhängte Severing ein Kundgebungsverbot für Berlin, woraufhin die NSDAP der preußischen Regierung vorwarf, das deutsche Volk zu unterdrücken und den ehrlichen Protest der Deutschen gegen den Film des »Filmjuden« Carl Lämmle, des Gründers der *Universal Pictures* zu verhindern.³⁴ Auf Antrag der Länder Bayern, Sachsen, Thüringen und Württemberg widerrief dann die Oberprüfstelle am 11. Dezember die zuvor von der Filmprüfstelle Berlin erteilte Zulassung, auch mit Rücksicht auf die Anspannung in der Bevölkerung.³⁵ Dies war genau der Grund, warum sich nun die Sozialdemokratie des Films annahm.

Die Umarmung durch die Sozialdemokratie

Dass Filme zensiert wurden, war nichts Ungewöhnliches³⁶ und Filmzensur gab es nicht nur in Deutschland. Auch in den USA selbst lief *All Quiet* in einer zensierten Fassung, in Frankreich, der Tschechoslowakei, Polen, Singapur und Neuseeland wurden Szenen herausgeschnitten, in der UdSSR war der Film komplett verboten, ebenso zumindest zeitweilig in China, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien.³⁷ Filme, die wie *All Quiet* durch ein radikales Bildprogramm und die von ihnen erzählte Geschichte jeden Sinn des Krieges verneinten, waren auch international etwas Neues.³⁸ In Deutschland potenzierte sich die Kritik, da der Authentizitätsanspruch des Films auch hinsichtlich seines Inhalts fraglich wurde, nachdem er aufgrund der Ungewissheiten durch die Synchronisation in seiner technischen Umsetzung bereits dekuvriert worden war. Dies machte die Proteste der Nationalsozialisten gegen den Film, obschon sie als inszeniert erkannt wurden, bis hin zum Zentrum anschlussfähig.³⁹ Links von der Sozi-



**THEMA
DER ERSTE
WELTKRIEG**



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

aldemokratie fanden weder das Buch Remarques noch der Film besondere Gnade. Die Rote Fahne hing bereits dem Buch das Etikett der »Aufrüstungsliteratur« an, da das Buch den Krieg als Schicksalsereignis zeige, das zwar schrecklich sei, dem sich der Kleinbürger aber zu fügen habe.⁴⁰ Auch innerhalb der Sozialdemokratie, der SAJ und des Reichsbanners gab es Bedenken gegenüber Buch und Film, doch vermieden beide klare politische Stellungnahmen oder gar eine Anklage des Militarismus vom Klassenstandpunkt aus. Auch war die Betonung der Kameradschaft unter den Soldaten in Buch wie Film durchaus anschlussfähig an nationalistische Kriegsgeschichten und die vermeintlich realistischen Darstellungen der Kampfhandlungen blieben in ihrer Aussage ebenso ambivalent.⁴¹ Mangels eigener filmischer Gegenbilder verteidigten Sozialdemokraten und Republikaner mitunter auch Medienprodukte, die nicht ihren eigenen Kriegsdeutungen entsprachen, die aber mit breiterer Aufmerksamkeit rechnen konnten.⁴² Hinzu kam, dass das Verbot des Films vom 11. Dezember als Einknicken vor dem faschistischen Mob auf der Straße und damit als Zurückweichen der Republik gewertet wurde.⁴³ Im Reichstag, durch die Politik der Tolerierung des Präsidialkabinetts Brünnings zur Unbeweglichkeit verdammt, suchte die Sozialdemokratie, und mit ihr das Reichsbanner, den Kampf gegen die NSDAP auf anderen Gebieten. Der Kampf um die Republik wurde somit auch über den Kampf um die Zulassung des Remarque-Films geführt. Noch während der ersten Tumulte im Dezember 1930 begann das Reichsbanner seine Angehörigen massenhaft in die Kinosäle zu setzen, um die Vorführung des Films zu ermöglichen,⁴⁴ während die SPD im Dezember zu Kundgebungen gegen das Verbot aufrief.⁴⁵ Die Partei erreichte im Reichstag eine Änderung des Lichtspielgesetzes, sodass der Film in einer neuen Schnittfassung ab dem 8. Juni 1931 wieder vor geschlossenem Publikum aufgeführt werden konnte.⁴⁶

Das Schicksal der Remarque-Verfilmung zeigte, wie sehr der Erste Weltkrieg innerhalb der deutschen Gesellschaft auch zwölf Jahre nach dem Friedensschluss in den Erinnerungen präsent war. Diese Erinnerungen waren politisch wirksam und zeigten einmal mehr, dass der Friedensschluss von 1919 für weite Teile der deutschen Gesellschaft lediglich ein formaler Akt gewesen war. Ebenso zeigte das Schicksal des Films, dass die Erinnerungen an den Krieg gerade in ihrer medialen Ausformung nach politischen Parteien differierten und zwischen diesen nicht mehr verhandelbar waren.⁴⁷ So konnte es geschehen, dass ein kommerzieller Hollywood-Film von der Arbeiterbewegung dankbar umarmt wurde und auch durch den politischen Zwist, den er verursachte, zu einem der erfolgreichsten und dauerhaft populärsten Kriegsfilme wurde. ■

1 Vgl. Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*. Berlin 2000, S.120f.

2 Vgl. Eve Rosenhaft, *Gewalt in der Politik. Zum Problem des »Sozialen Militarismus«*, in: Klaus Jürgen Müller/Eckardt Opitz (Hg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5./6. Mai 1977, Düsseldorf 1978, S.237–259.

3 Vgl. Richard Bessel, *Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik. Von den Freikorps zur SA*, in: Klaus Jürgen Müller/Eckardt Opitz (Hg.), *Militär und Militarismus in der Weimarer Republik*. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5./6. Mai 1977, Düsseldorf 1978, S.222.

4 Vgl. Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadismus und in der deutschen SA*, Köln, Weimar, Wien 2002, S.374–384.

5 Vgl. Bernd Hüppauf, *Was ist Krieg? Zur Grundlegung einer Kulturgeschichte des Kriegs*, Bielefeld 2013, S. 32, der in einem konstruktivistischen Ansatz generell Krieg erst im gesellschaftlichen Diskurs, bestehend aus Reflexion, Imagination und Gedächtnis, sichtbar werden lässt.

6 Vgl. Hüppauf, *Krieg*, S.192f.

7 Axel Schildt, *Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S.183.

8 Burkhard Röwekamp, *Antikriegsfilm. Zur Ästhetik, Geschichte und Theorie einer filmhistorischen Praxis*, München 2011, S. 79.

9 So gilt *All Quiet* nach James Chapman, *War and film*, London 2008, S.9, als der klassische, genrebildende Antikriegsfilm.

10 Diese Position vertritt Andrew Kelly, *Filming All quiet on the western front. »Brutal cutting, stupid censors, bigoted politicians«*, London, New York 1998, S. 4.

- 11** Vgl. zu den Kriterien der Kanonbildung Bernadette Kester, *Film Front Weimar. Representations of the First World War in German films of the Weimar period (1919–1933)*, Amsterdam 2003, S. 17; Philipp Stiasny, *Das Kino und der Krieg. Deutschland 1914–1929*, München 2009, S. 7ff.
- 12** Vgl. Kester, *Film Front*, S. 16.
- 13** Ebd., S. 220f.
- 14** Eine Abbildung des Umschlagblatts der Erstausgabe findet sich in Thomas F. Schneider, Erich Maria Remarques Roman »*Im Westen nichts Neues*«. Text, Edition, Entstehung, Distribution und Rezeption (1928–1930), Tübingen 2004, o. P.
- 15** Vgl. Thomas F. Schneider, *Das virtuelle Denkmal des unbekannten Soldaten. Erich Maria Remarques »Im Westen nichts Neues« und die Popularisierung des Ersten Weltkriegs*, in: Barbara Korte/ Sylvia Paetschek/Wolfgang Hochbruck (Hg.), *Der Erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur*, Essen 2008, S. 89–98. Die Gesamtziffer wird heute auf 20 bis 40 Millionen weltweit verkaufter Exemplare geschätzt; ebd. S. 89. In den ersten fünfzehn Monaten nach Erscheinen waren bereits ca. 2,5 Millionen Exemplare verkauft, das Buch bis Mai 1930 in 20 Sprachen übersetzt, darunter in Chinesisch, Afrikaans, Esperanto, Hvet, Urdu und Yiddish. Kelly, *Filming*, S. 42f.
- 16** Vgl. Stiasny, *Kino*, S. 23f.; Chapman 2008, S. 9, 126.
- 17** Röwekamp, *Antikriegsfilm*, S. 79–82, Zitat S. 79; Hans J. Wulff, *Im Westen nichts Neues*, in: Thomas Klein, Marcus Stiglegger, Bodo Traber, (Hg.), *Filmgenres. Kriegsfilm*, Stuttgart 2006, S. 48ff., 52f.
- 18** Röwekamp, *Antikriegsfilm*, S. 57f., 77f.
- 19** Vgl. Bernd Weisbrod, *Medien als symbolische Form der Massengesellschaft*, in: *Historische Anthropologie* 9 (2001), S. 276. Bezüglich der (un-)gewissen) Authentizität der Kriegsbilder und ihrer sozialen Funktion wie der Identifikation des Publikums mit Kriegszielen im frühen amerikanischen Kriegsfilm vgl. auch Horst Tonn, *Der Erste Weltkrieg im amerikanischen Film*, in: Barbara Korte/Sylvia Paetschek/Wolfgang Hochbruck (Hg.), *Der Erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur*, Essen 2008, S. 171f.
- 20** Röwekamp, *Antikriegsfilm*, S. 80f.; Chapman, *War*, S. 125.
- 21** Ebd., S. 59f.
- 22** *Verhandlungen des Reichstags*, V. Wahlperiode 1930, Bd. 445, Berlin 1931, 36. Sitzung v. 4. März 1931, S. 1351, Abg. Freiherr v. Thüngen, Landvolk.
- 23** Michael Wedel, *Filmgeschichte als Krisengeschichte. Schnitte und Spuren durch den deutschen Film*, Bielefeld 2011, S. 207ff; Chapman, *War*, S. 123.
- 24** Vgl. Wedel, *Filmgeschichte*, S. 204.
- 25** Ebd., S. 203.
- 26** Kelly, *Filming*, S. 120f.
- 27** Z.B. Bärbel Schrader, *Der Fall Remarque. Im Westen nichts Neues: eine Dokumentation*, Leipzig 1992, S. 84f.
- 28** Vgl. z. B. die Einlassungen im Reichstag, *Verhandlungen RT*, Bd. 445, 34. Sitzung v. 02.03.1931, S. 1305; 38. Sitzung v. 06.03.1931, S. 1421. Selbstverständlich gehörte zu den Vertretern dieser Position auch der frühere kaiserliche Erste Generalquartiermeister Groener, der 1931 als Reichswehrminister ein Verbot des Films forderte und entsprechenden Druck auf Reichsinnenminister Wirth ausübte. Groeners Intentionen zum Verbot vermeidlich deutschfeindlicher Filme reichten dabei über den Einzelfall von *All Quiet* hinaus. Vgl. Modris Eksteins, *War, Memory, and Politics: The Fate of the Film All Quiet on the Western Front*, in: *Central European History* 13 (1980), S. 68f.
- 29** Vgl. Wedel, *Filmgeschichte*, S. 206.
- 30** Thomas Hanna-Daoud, *Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung*, Köln 1996, S. 26f.
- 31** Vgl. die Einlassungen der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Hannoveraner im Reichstag, *Verhandlungen RT*, Bd. 445, 34. Sitzung v. 02.03.1931, S. 1290 u. 38. Sitzung v. 06.03.1931, S. 1421; ähnliche Pressestimmen bei Schrader, *Remarque*, S. 93–96.
- 32** Hans Mommsen, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933*, überarb. Aufl. Berlin 1998, S. 119.
- 33** Hanna-Daoud, *NSDAP*, S. 24. Tatsächlich waren die Kinoproteste der NSDAP gegen *All Quiet* zwar ein Höhepunkt, aber auch ein Teil einer größeren Strategie u.a. durch Kinokrawalle auf die Filmindustrie einzuwirken. Vgl. Gerhard Stahr, *Volksgemeinschaft vor der Leinwand? Der nationalsozialistische Film und sein Publikum*, Berlin 2001, S. 116–121.
- 34** Hanna-Daoud, *NSDAP*, S. 25ff.
- 35** Vgl. die Einlassung des Vertreters Sachsens während der Verhandlung der Oberprüfstelle, abgedruckt bei: Schrader, *Remarque*, S. 153.
- 36** Insgesamt zur Zensur in der Weimarer Republik Klaus Petersen, *Zensur in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1995.
- 37** Kelly, *Filming*, S. 128–131.
- 38** Für Großbritannien vgl. Barbara Korte/Ralf Schneider/Claudia Sternberg, *Der Erste Weltkrieg und die Mediendiskurse der Erinnerung in Großbritannien. Autobiographie, Roman, Film (1919–1999)*, Würzburg 2005, S. 265ff.
- 39** Vgl. die Artikel in der zentrumsnahen *Germania*, abgedruckt in: Schrader, *Remarque*, S. 116ff. u. 136ff.
- 40** Der Artikel ist abgedruckt in ebd., S. 78f.
- 41** Vgl. Benjamin Ziemann, *Contested commemorations. Republican war veterans and Weimar political culture*, Cambridge 2012, S. 245, 250, 277.
- 42** Vgl. ebd., S. 277; zum Problem des Films generell für die Milieukultur vgl. Dieter Langewiesche, *Das neue Massenmedium Film und die deutsche Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, in: Gerhard Albert Ritter/Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.), *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag*, München, New Providence 1994, S. 124.
- 43** So z.B. der sozialdemokratische MdR Schreck, *Verhandlungen RT*, 34. Sitzung v. 02.03.1931, S. 1284; Anna Siemsen, *Politischer Anschauungsunterricht. Zum Verbot des Remarque-Films*, in: *Der Klassenkampf* 5 (1931), S. 11–14.
- 44** Vgl. Eksteins, *War*, S. 72.
- 45** Jürgen Kinter, *Arbeiterbewegung und Film (1895–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter- und Alltagskultur und der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kultur- und Medienarbeit*, Hamburg 1985, S. 357.
- 46** Langewiesche, *Massenmedium*, S. 125; Kinter, *Arbeiterbewegung*, S. 358.
- 47** So Ziemann, *Commemorations*, S. 256; dagegen Arndt Weinrich, *Der Weltkrieg als Erzieher. Jugend zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, Essen 2013, S. 27, der in der Gedenkpraxis aller politischen Lager einen gemeinsamen Heldenmythos wirken sieht, der die Milieugrenzen der politischen Kultur in der Weimarer Republik aufbricht und nach 1933 problemlos verstaatlicht werden konnte. Vgl. mit bes. Schwerpunkt auf das Jungbanner auch ders., *Heldengedenken und Friedenserziehung? Von der Unmöglichkeit eines rein negativen Kriegsgedenkens der republikanischen Jugend in der späten Weimarer Republik*, in: Till Kössler/Alexander J. Schwitanski (Hg.), *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen 2014, S. 125–140. Zur Kritik der Thesen Weinrichs vgl. auch die Rezension von Ziemann in *German History* (2013), online unter: <http://gh.oxfordjournals.org/content/early/2013/07/11/gerhis.gh043.full>, zuletzt geprüft am 30.01.2014.

Centenaire 14-18

Der Centenaire 14 – 18 und die Erinnerungskultur in Deutschland und Frankreich

MATTHIAS KORDES



Ein zeitgemäßes Gedenken an diese Katastrophe erscheint weniger in den Schablonen des überkommenen Nationalismus, sondern vor allem in gemeinsamer europäischer Weise sinnvoll.

Mit einem Kooperationsprojekt plädieren die Stadtarchive Douai und Recklinghausen für ein gemeinsames Gedenken im Jahr 2014

Das unterschiedliche Gedenken in Deutschland und Frankreich

Der Erste Weltkrieg war, obwohl er schon ab Herbst 1914 eine globale Dimension hatte, ein zutiefst europäischer Krieg. Seine Ursprünge, Ursachen und seine eskalierende Entstehung im Juli 1914 gehen auf europäische Probleme, Machtfragen, Konflikte und Feindschaften zurück. Auch die Werte und Ideale, die man aus vermeintlich guten Gründen militärisch verteidigen wollte, kamen aus dem alten Europa. Auch ohne die alte (und neuerdings wieder aktuell gewordene) Streitfrage aufzugreifen, wer die politische und völkerrechtliche Hauptverantwortung für diesen Krieg trug¹, kann man feststellen, dass alle europäischen Großmächte Anteile dazu beigetragen haben. Mentalitäten und Rivalitäten, konträre Bündnisse und Allianzen, auch die Hybris und Inkompe-

tenz vieler Politiker, Diplomaten und Militärs quer über den Kontinent schufen die Voraussetzungen dafür, dass ein zunächst eingrenzbar und unbedeutend erscheinender Konflikt im Südosten Europas den ganzen Kontinent ins Verderben stürzen konnte.

Ein zeitgemäßes Gedenken an diese Katastrophe erscheint weniger in den Schablonen des überkommenen Nationalismus, sondern vor allem in gemeinsamer europäischer Weise sinnvoll. Doch in Deutschland tut man sich mit dem Gedenken an den Ersten Weltkrieg schwer. Eine verpflichtende nationale Aufgabe, eine staatliche Geschichtspolitik, ein Projekt für die symbolische Kommunikation mit den europäischen Nachbarn oder für das Gedächtnis der Nation will man hier nicht erkennen, allenfalls eine ungewohnte »historische Pflichterfüllung«, die jedoch nicht Teil der nationalen Identität ist.² Die direkte Erinnerung an den ersten großen Weltkonflikt ist gleichsam »verschüttet« und die offizielle deutsche Politik hat bisher keine eigene Position zu diesem wichtigen Thema entwickelt.³

Frankreich hingegen verfolgt geradezu generalstabsmäßig eine umfassende *Mission Centenaire 14–18*, die vielfältige Aktivitäten in den Jahren 2014 bis 2018 umfassen wird. Die kulturellen und wissenschaftlichen Ziele dieser *Mission Centenaire 14–18* hat der französische Historiker Joseph Zimet in einem umfangreichen Dossier an den französischen Staatspräsidenten schon im August 2011 definiert.⁴ Der Grundgedanke dieses sog. »Rapport Zimet« besteht aus folgender Feststellung: Die Westfront, die über 750 Kilometer von der belgischen Nordseeküste bei Nieuwpoort bis zum Hartmannsweilerkopf in den südlichen Vogesen reichte, war nichts weniger als »das Epizentrum des ersten Weltkonflikts in der Geschichte der Menschheit«⁵. Entlang dieser Linie habe sich nicht nur die Frage von Sieg und Niederlage endgültig entschieden, sondern auch Weltgeschichte in ihrer reinen Form.

Zweifellos beschreibt der Erste Weltkrieg eine Zeitenwende. Er markiert den »Zusammenbruch der (westlichen) Zivilisation des 19. Jahrhunderts«⁶, anders ausgedrückt: das »lange« 19. Jahrhundert⁷ geht radikal und katastrophal zu Ende. Nach Meinung des französischen Philosophen Marcel Gauchet »gibt es wenige Beispiele von Ereignissen, die dermaßen den Geschichtsverlauf geformt haben, die Relevanzen einer Epoche festgelegt und ihre Konturen bestimmt haben.«⁸ Zu Recht bemüht Gauchet einen mittlerweile international gebräuchlichen Gemeinplatz, der auf den US-Historiker George F. Kennan zurückgeht. Kennan sah bekanntlich schon 1979 im Krieg von 1914–1918 »the seminal catastrophe of the 20th century«⁹. Sein australischer Kollege Christopher Clark fügte erst kürzlich hinzu: »Dieser Krieg hat das gesamte Jahrhundert entstellt«¹⁰ und Herfried Münkler schreibt dem Ersten Weltkrieg die »Direktionsgewalt über das 20. Jahrhundert«¹¹ zu. Adam Hochschild wiederum fasst diesen topischen Sachverhalt in einer rhetorischen Frage zusammen: »Das schlimmste Vermächtnis des Konflikts und seiner missratenen Friedensregelung sind zweifellos die Schrecken, die folgten. Wenn wir durch irgendeinen Zauber die Möglichkeit erhielten, das Rad der Geschichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückzudrehen und ein einziges Ereignis –

und nur dieses – ungeschehen zu machen, gäbe es dann irgendeinen Zweifel daran, dass wir den Krieg wählen würden, der 1914 begann?«.¹²

Auch besagte Denkschrift von Joseph Zimet spricht vom Ersten Weltkrieg als »événement matriciel du XXIème siècle«.¹³ Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich 2010 die dreizehn ehemaligen französischen Front-Départements mit der belgischen Provinz Westflandern zu einer besonderen Initiative zusammenschlossen. Im Jahre 2016 soll den Überresten der Schlachtfelder, den Friedhöfen und den Monumenten der Westfront der Status eines Denkmals des UNESCO-Welterbes verliehen werden. Demnach ist davon auszugehen, dass in Frankreich der Erste Weltkrieg bis heute in unvergleichlicher Weise präsent ist und auch in Zukunft bleiben wird.¹⁴ Besonders anschaulich ist eine Metapher des französischen Schriftstellers Michel Bernard aus seinem 2007 erschienenen Roman *La Tranchée de Calonne*: »le souvenir de la Grande Guerre est sur la France comme la cendre du volcan sur ses penses«.¹⁵

Obwohl sich gerade auch in Deutschland, auf dessen heutigem Staatsgebiet keine Schlachtfelder, auch keine nationalen Erinnerungsorte für die Jahre 1914–1918 befinden, der treffliche Topos von der Urkatastrophe etabliert hat, besteht hier eine auffällige Asymmetrie des Gedenkens: Der Erste Weltkrieg wird hier vor allem als Vorgeschichte und Voraussetzung von Hitler, Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Holocaust begriffen. Deswegen wird in Deutschland immer wieder aufs Neue an das Kriegsende 1945 oder die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnert, aber es gibt keinen vergleichbaren »élan commémoratif« für die Jahre 1914–1918. Für die deutsche Sichtweise ist es daher eine vergleichsweise ungewohnte Geschichtslektion, den Ersten Weltkrieg aus sich selbst heraus und als eigenständiges, unmittelbares Phänomen der Weltgeschichte zu verstehen.

Bei genauer Beobachtung fällt auf, dass selbst die deutsche bzw. französische Deutung des Kriegsverlaufs eklatante Unterschiede aufweist. Während auf deutscher Seite meist die Marne-



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

Schlacht im September 1914 oder das Epochenjahr 1917 als Wendezeit des Großen Krieges betrachtet werden, ist es insbesondere aus angelsächsischer Sicht erst der Sommer 1918, der die deutschen Kriegspläne endgültig scheitern lässt und die Weichen für den alliierten Sieg im November stellt.¹⁶ Auch das Kriegsende trägt verschiedene Namen. Während man in Deutschland bekanntlich vom »Waffenstillstand von Compiègne« spricht, erinnern sich die Franzosen jedes Jahr im November an den »Armistice de Rethondes«. Damit lokalisieren sie dieses Ereignis an einen Ort, den in Deutschland buchstäblich niemand kennt.

Solche Unterschiede sind nicht nur für die Fachwissenschaft relevant, sie weisen auf eher banale Weise auch auf das Fehlen einer gemeinsamen Erinnerungskultur hin. Wenig bekannt ist in Deutschland im Übrigen, dass der Erste Weltkrieg in Frankreich, Großbritannien und Belgien weitaus größere Opfer gefordert hat als der Zweite. Für Frankreich ist jedenfalls – ähnlich wie für Großbritannien – der Erste zweifellos der »größere« der beiden Weltkriege. Auch sind die geradezu unbeschreiblichen und z. T. noch bis heute sichtbaren Verwüstungen, die dieser Krieg in Frankreich und Belgien angerichtet hat, bisher kaum in das deutsche Geschichtsbewusstsein vorgedrungen: Der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Landschaften entlang der Westfront war erst abgeschlossen, als in Deutschland Hitler die Macht ergriffen hatte und bereits neue Kriegspläne schmiedete.

Bliebe in Deutschland weiterhin ein mangelndes Interesse am Ersten Weltkrieg bestehen, so könnte dies bei unseren Nachbarn als fehlende Sensibilität, letztlich als Respektlosigkeit gegenüber den gewaltigen Opfern und Verheerungen verstanden werden. Doch bieten gerade die bevorstehenden Hundertjahrfeiern in Frankreich und Belgien die Möglichkeit, den Deutschen die gänzlich andersgeartete Sicht der Franzosen, Briten und Belgier nahezubringen. Die französischen Pläne sehen nämlich nicht vor, das Gedenken an den Großen Krieg in nationalem Pathos zu begehen. Besagter Rapport an den französischen Staatspräsidenten geht gleich zu Beginn auf diese Frage ein. »Im Ein-

klang mit dem Europa des Friedens, das aus den Trümmern zweier Weltkonflikte im 20. Jahrhundert entstand, kann sich Frankreich zusammen mit seinen europäischen Nachbarn über das moralische und politische Erbe des Ersten Weltkrieges auseinandersetzen. Denn die Gedenkfeierlichkeiten zur Hundertjahrfeier sind ein mehrstimmiger Chor, dem Europa seine Stimme verleihen kann.«¹⁷

Aus Sicht Zimets ergibt sich daraus die Chance, die deutsch-französische Freundschaft zum Kern der Erinnerungsarbeit zu machen. Nachvollziehbar wird dies, wenn man sich nur deutlich genug vor Augen hält, dass Schlüsselereignisse der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich symbolische Auseinandersetzungen mit dem Ersten Weltkrieg waren: Konrad Adenauer und Charles de Gaulle trafen sich am 8. Juli 1962 in der Kathedrale von Reims, der Krönungskirche der französischen Könige, zu einer Friedens- und Versöhnungsmesse. Sie ehrten damit eine Stadt, die von 1914 bis 1918 von deutschen Truppen belagert und zerstört worden war. Helmut Kohl und Francois Mitterrand reichten sich am 22. September 1984 auf dem ehemaligen Schlachtfeld von Verdun, dem Schreckensort deutsch-französischer Geschichte, die Hände. Beide Szenen haben Eingang in die Schul- und Geschichtsbücher gefunden, doch dass am 11. November 2009, dem französischen Nationalfeiertag des Waffenstillstandes, mit Angela Merkel erstmals eine deutsche Bundeskanzlerin an der Seite des französischen Staatspräsidenten an der Militärparade in Paris teilnehmen durfte, haben nur wenige Deutsche als besondere europäische Geste erkannt. Es war ein symbolischer Akt Frankreichs, der die Versöhnung der beiden Nationen einmal mehr an den Großen Krieg von 1914–1918 knüpfte.

Die Denkschrift Zimets wies schon 2011 auf die geschichtliche Bedeutung dieser Freundschaft hin: »Frankreich kann insbesondere auf seiner beispielhaften Aussöhnungsarbeit mit Deutschland seit Beginn der 1960er Jahre aufbauen, denn die beiden Länder werden im Jahre 2013 den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages von 1963 feiern. Im Zuge dieses wichtigen Jahres könnten Frankreich und Deutsch-

land gemeinsam mit ihren europäischen Partnern den Versuch unternehmen, das historische Erbe und Gedenken des Ersten Weltkrieges im Lichte dieser Aussöhnung zu nutzen.«¹⁸ Auf dieser Grundlage weist der Rapport auf das enorme Potential des Gedenkjahres 2014 hin: »Des Weiteren erhält die Hundertjahrfeier eine neue, noch nie dagewesene Dimension durch das Umschwenken zu einer globalen und Nationen-übergreifenden Gedenkfeier, die den Ersten Weltkrieg ins Zentrum einer wahrhaftigen Gedenk-Gemeinschaft zwischen den einst kriegführenden Nationen rückt, die gegenwärtig auf der Suche nach der Bedeutung und Rechtfertigung der Ereignisse sind, die vor hundert Jahren geschahen.«¹⁹

Das gemeinsame Archivprojekt

Die seit Januar 1965 verbundenen Partnerstädte Douai und Recklinghausen versuchen, sich dieser Aufgabe auf ihre Weise anzunehmen. Auch ohne Kenntnis der Programmschrift von 2011 kamen die Stadtarchive in Recklinghausen und Douai auf die Idee, im Jahr 2014 erstmals mit einer gemeinsam erarbeiteten Ausstellung an die Öffentlichkeit zu treten. Das restlose demographische »Aussterben« der »Generationen 1914« ließ ein grenzüberschreitendes Geschichtsprojekt durchaus sinnvoll erscheinen. Aus Zeitgeschichte mit individueller Erinnerung ist nunmehr voll und ganz eine Epoche geworden, die durch das kollektive Gedächtnis einer Stadt, einer Region oder einer ganzen Nation bewahrt wird.

Die gemeinsame Ausstellung trägt den Titel: »Kriegszustand/Jours de Guerre: Douai und Recklinghausen 1914–1918«. Sie wird seit 10. Mai 2014 in unveränderter Form in beiden Städten präsentiert und durch einen umfangreichen zweisprachigen Katalog erläutert. Die zweifache Geschichte ist denkbar unterschiedlich verlaufen: Während Recklinghausen äußerlich völlig unversehrt vom Krieg blieb, sind die Kriegseinwirkungen auf Douai überaus dramatisch.²⁰ Douai lag nur ca. 20 km vom »Epizentrum des ersten Weltkonflikts« entfernt²¹ und erlebte von Oktober 1914 bis Oktober 1918 ein permanentes deutsches Besatzungsregime.²² Noch am



Frühe Propaganda-Postkarte vom August 1914 mit dem Zitat eines populären Volksliedes von Ludwig Uhlands (1808)



Medialer Kriegsbeginn in Recklinghausen:
Auszug aus der Recklinghäuser Volkszeitung vom 3. August 1914



Deutscher Soldatenfriedhof Maissemy bei St. Quentin (ca. 30 500 Gräber): 1928 übernahmen die Ruhrgebietsstädte die Patenschaft über diesen Friedhof, weil dort besonders viele Gefallene aus westfälischen Regimentern des VII. Armee-Korps, darunter auch viele polnisch-stämmige Bergleute, begraben wurden.



THEMA DER ERSTE WELTKRIEG

Ende des Krieges erlitt die Stadt ein wahres Martyrium. Sie wurde zunächst von der britischen Luftwaffe bombardiert, noch wenige Tage vor Kriegsende von deutschen Truppen zwangsevakuiert, geplündert und gesprengt, schließlich in quasi menschenleerem Zustand von Truppen des British Empire befreit. Die Zivilbevölkerung musste nach dem Waffenstillstand zu Fuß aus Belgien an ihren Heimatort zurückkehren und fand ihn als regelrechte ›Geisterstadt‹ vor.

Das Ausstellungsprojekt verfolgt das Ziel, zwei Städte aus vormalig »erblich« verfeindeten Nationen durch parallelisierende Betrachtungen eine gemeinsame Erinnerungsarbeit entwickeln zu lassen. Die Ausstellung soll jedoch nicht militärische Ereignisse rekapitulieren, sondern Kriegswahrnehmung, Kriegsalltag und die Kriegsschicksale »einfacher Menschen« (Soldaten und Zivilisten) in beiden Städten verdeutlichen.²³ Auch der makabre Etappenalltag deutscher Besatzungsbehörden in Douai kommt zur Sprache. Stichworte bzw. Überschriften für Ausstellungskapitel für diese ›Geschichte von unten‹ sind: Kriegsbegeisterung, Heimatfront, Hunger und Ernährung, Besatzungsalltag, Schule und Unterricht, kriegsindustrielle Frauenarbeit, Soldatenschicksale, Sieg, Befreiung und Niederlage, Zerstörung und Wiederaufbau, Gedenken und Erinnerungsarbeit in den 1920er Jahren. Auch der in privaten Quellen vielfältig dokumentierte Hass der Bürger von Douai auf *les Boches* ist ein unverzichtbares Ausstellungsthema. Auf Seiten Recklinghausens wiederum haben zahlreiche private Leihgaben die vorhandene kommunale Archivüberlieferung um wesentliche Aspekte erweitert, vor allem soldatische Einzelschicksale ließen sich auf diese Weise detailliert rekonstruieren: Der erste von über 2 200 Kriegsgefallenen aus Recklinghausen starb bereits am 5. August 1914 im Alter von 22 Jahren vor den heftig umkämpften Maas-Forts bei Lüttich.

Das Ausstellungsvorhaben hat auf französischer Seite bereits eine besondere Würdigung erfahren. Am 2. August 2013 wurde dem Projekt von Seiten des französischen Staates unter der Dachmarke der nationalen Gedenkfeiern zum Ersten Weltkrieg ein offizielles Qualitätslabel verliehen (sog. labellisation nationale

pour la Mission du Centenaire 14–18), wodurch das Projekt nunmehr als national wertvolles Vorhaben gilt. Eine vergleichbare Bewertung liegt in Deutschland freilich nicht vor. Die Herausforderung einer solchen Ausstellung auf deutscher Seite besteht vielmehr darin, die nur schwach entwickelte deutsche Retrospektive in zwei Schritten durch eine Europäisierung des Gedenkens zu erweitern: Erst indem der Erste Weltkrieg nicht länger einer Schwundstufe von Erinnerung preisgegeben und aus deterministischen Fragestellungen gelöst wird, die ihn als fatalen, auch durch die Kriegsschuldfrage 1914 beeinflussten »Prolog« eines viel größer dimensionierten »zweiten Dreißigjährigen Krieges« interpretieren²⁴ – beide Haltungen sind typisch deutsch –, erschließen sich transnationale Deutungsmöglichkeiten. Eine Europäisierung heimischer Erinnerungskultur, die in Rechnung zu stellen wüsste, dass der Erste Weltkrieg in Frankreich größere Opfer gefordert hat als der Zweite, nähme der deutschen Sichtweise ihren selbstreferentiellen, vornehmlich auf Kontinuitäten von 1914 bis 1945 konzentrierten Charakter. Das Ausstellungsprojekt zweier deutsch-französischer Partnerstädte kann sich also nützlich erweisen, die genaue westeuropäische Sichtweise besser in das eigene Geschichtsbild zu integrieren. Auf lokaler Ebene kann somit demonstriert werden, dass es keine gemeinsame Erinnerung gibt, dass man sich jedoch gemeinsam erinnern kann.

Ins gedankliche Zentrum gemeinsamen Gedenkens darf man getrost die Mahnung der *International Flanders Field Declaration* rücken. Mit diesem allgemeinen Friedensappell hat sich das offizielle belgische Organisationskomitee bereits im November 2012 an die Weltöffentlichkeit gewandt.²⁵ Die in einfachen, aber bewegenden Worten gehaltene Deklaration verfolgt das Ziel »to uphold the memory of the Great War [...], throughout Europe and the rest of the world«. In Erinnerung an das – vor allem für westeuropäische Erinnerungshorizonte hochemotionale – Datum des Waffenstillstandes von 1918, der sich als Gedenktag in Deutschland bekanntlich völlig außerhalb der historischen Wahrnehmung bewegt, heißt es dort: »We commemorate 11 November, day of the armistice, as a day to preserve the remembrance



Das Ausstellungsprojekt zweier deutsch-französischer Partnerstädte kann sich also nützlich erweisen, die genaue westeuropäische Sichtweise besser in das eigene Geschichtsbild zu integrieren. Auf lokaler Ebene kann somit demonstriert werden, dass es keine gemeinsame Erinnerung gibt, dass man sich jedoch gemeinsam erinnern kann.

ce of all victims, from all sides, from all wars. We reaffirm our belief in humanity's ability to overcome its divisions, to unite and hence to save succeeding generations from the source of war. « ■

1 Vgl. hierzu Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München 2013, und Gerd Krumeich, *Juli 1914. Eine Bilanz*. Paderborn 2014.

2 Historische Pflichterfüllung – Ein Interview mit Gerd Krumeich, in: <http://grandeguerre.hypotheses.org/1433>.

3 Vgl. hierzu die – sämtlich online verfügbaren – Beiträge von Thomas Hanke, *Frankreich will feiern – Deutschland guckt zu*, in: Handelsblatt, Ausgabe vom 14. Sept. 2013. Thomas Schmid, *Warum Deutschland den Ersten Weltkrieg vergaß*, in: *Die Welt*, Ausgabe vom 6. Jan. 2013. Moritz Schuller, *Deutschlands falsches Gedenken an den Ersten Weltkrieg*, in: *Der Tagesspiegel*, Ausgabe vom 16. Nov. 2013. Markus Decker, *100 Jahre Erster Weltkrieg: Gedenken ohne Plan*, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, Ausgabe vom 10. Jan. 2014. Hans Krump, *Die zögerlichen Deutschen*, in: *Das Parlament*, Ausgabe vom 30. Dez. 2013, S. 13. Constanze von Bullion, *Verspätete Pläne für das Gedenkjahr*, in: *Süddeutsche Zeitung*, Ausgabe vom 4. März 2014. Zuletzt Martin Beyer, *Der Erste Weltkrieg in der internationalen Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Ausg. vom 14. April 2014, S. 47–53.

4 Dossier unter: <http://centenaire.org/fr/commemorations-la-grande-guerre-rapport-joseph-zimet-septembre-2011>. Deutsche Übersetzung unter: <http://f.hypotheses.org/wp-content/blogs.dir/546/files/2012/03/rapport-centenaire-auf-deutsch.pdf>. Vgl. hierzu Arndt Weinrich, *Der Centenaire 2014 und die deutsch-französischen Beziehungen*, in: <http://grandeguerre.hypotheses.org/143>. Eine ähnlich offizielle Denkschrift existiert seit August 2013 auch für Österreich: 1914–2014. Grundlagenpapier österreichischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Anlass des Gedenkens des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, unter: <http://www.bmi.gv.at/cms/cs03documentsbmi1399.pdf>.

5 Zitiert nach der deutschen Übersetzung des Rapport Zimet (wie vorige Anm.), S. 22.

6 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München, 8. Aufl., 2008, S. 21.

7 Franz J. Bauer, *Das ›lange‹ 19. Jahrhundert (1789–1917). Profil einer Epoche*, Stuttgart, 3. durchges. Aufl., 2010, bes. S. 96 ff.

8 Vgl. Marcel Gauchet, *L'avènement de la démocratie, III, à l'épreuve de totalitarisme 1914–1974*, Paris 2010, S. 9, zitiert nach der deutschen Übersetzung des Rapport Zimet (wie Anm. 4), S. 27.

9 Vgl. George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian-Relations 1875–1890*, Princeton 1979, S. 3.

10 Zitat unter: <http://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-christopher-clark-dieser-krieg-hat-das-ganze724.de>.

11 Sarah Judith Hofmann, *»Der Erste Weltkrieg hat Signalcharakter«*. Interview mit Herfried Münkler über den Großen Krieg, unter: <http://www.dw.de/munkler-der-erste-weltkrieg-hat-signalcharakter/a-17460936>.

12 Adam Hochschild, *Der Große Krieg. Der Untergang des alten Europa im Ersten Weltkrieg 1914–1918*, Stuttgart 2013, S. 473.

13 Vgl. hierzu Stéphane Audoin-Rouzeau und Anette Becker, *14–18, Retrouver la Guerre*, Paris 1998, S. 17.

14 Nicolas Offenstadt, *14–18 aujourd'hui. La Grande Guerre dans la France contemporaine*, Paris 2010. Ders./André Loez, *La Grande Guerre. Le carnet du centenaire*, Paris 2013.

15 Übers.: »Die Erinnerung an den Großen Krieg schwebt über Frankreich wie die Asche über den Hängen eines Vulkans«. Die eindrucksvolle Formulierung wird im Vorwort des Rapport Zimet (wie Anm. 4), S. 3 zitiert.

16 Vgl. Basil Liddell Hart, *History of the First World War*, London 1970, S. 416 ff. Vgl. Corelli Barnett, *Anatomie eines Krieges. Eine Studie über Hintergründe und entscheidende Phasen des Ersten Weltkrieges*, München/Esslingen 1963, S. 402 ff. Vgl. John Keegan, *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*. Hamburg, 2. Aufl., 2000, S. 546 ff. Vgl. Hew Strachan, *Der Erste Weltkrieg: Eine neue illustrierte Geschichte*, München 2004, S. 380 ff., Vgl. David Stevenson, *1914–1918. Der Erste Weltkrieg*, Düsseldorf 2006, S. 499 ff. Adam Hochschild, *Der Große Krieg (wie Anm. 12)*, S. 419 ff. Bruno Thof, *Militärische Entscheidung und politisch-gesellschaftlicher Umbruch. Das Jahr 1918 in der neueren Weltkriegsforschung*, in: Jörg Duppler und Gerhard P. Groß (Hg.), *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, München 1999, S. 17–37, bes. S. 24 ff.

17 Zitiert nach der deutschen Übersetzung des Rapport Zimet (wie Anm. 4), hier S. 10.

18 Ebd., S. 24.

19 Ebd.

20 Roland Allender, Douai 1914–1918. Une ville du Nord à l'heure allemande, Saint-Cyr sur Loire, 2008.

21 Zum gesamten Kriegsverlauf am Frontabschnitt westlich von Douai vgl. David Bilton, *The Germans at Arras. Rare Photographs from Wartime Archives*, Barnsley 2008.

22 Ludger Tewes, *Nordfrankreich unter deutscher Besatzung 1914 bis 1918 und 1940 bis 1944. Möglichkeiten und Grenzen von Erkenntnisgewinn über den Besatzungsalltag durch Befragung von Zeitzeugen*, in: Bruno Thof/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegerlebnis Kriegserfahrung in Deutschland*. Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 555–576.

23 Vgl. hierzu Markus Köster, *Fotografien von Front und Heimatfront. Der Erste Weltkrieg in Bildsammlungen aus Westfalen*, in: *Westfälische Forschungen* 63 (2013), S. 242–294, bezüglich Recklinghausen bes. S. 269 ff.

24 Vgl. hierzu Bruno Thof, *Die Zeit der Weltkriege – Epochen als Erfahrungseinheit?*, in: *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg (wie Anm. 22)*, S. 7–30. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Der zweite Dreißigjährige Krieg. Der Erste Weltkrieg als Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg*, in: *SPIEGEL SPECIAL 1/2004*, *Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts*, hier S. 138–143. Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: *Das große Sterben. Urkatastrophe oder Dreißigjähriger Krieg – Der Erste Weltkrieg als Epoche*, in: *Frankfurter Rundschau*, Ausgabe vom 28. Juli 2004, S. 23. Vgl. Jörg Echternkamp, *1914–1945: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells in der Zeitgeschichte*, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 265–279.

25 Vollständiger Wortlaut unter: www.krispeeters.be/sites/krispeeters/files/ffdeclaration_nov_en_pdf.

R

REZENSIONEN

Hirschfeld/Krumeich DEUTSCHLAND IM ERSTEN WELTKRIEG

Heiko Müller
***Kinder müssen Klassen-
kämpfer werden!***

SCHOLLE/SCHWARZ
Wessen Welt ist die Welt?
Eine Geschichte der Jusos

Unverzichtbar für einen wachen Antimilitarismus

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich
Deutschland im Ersten Weltkrieg
Frankfurt 2013, S. Fischer Verlag
331 Seiten · Preis: 24,99 Euro

Den Menschen in Frankreich, Belgien und Großbritannien ist der Erste Weltkrieg auch hundert Jahre nach seinem Beginn immer noch in lebhafter Erinnerung. Der Große Krieg, wie der Erste Weltkrieg dort genannt wird, hat seine Spuren unübersehbar im Gedächtnis der Gesellschaft wie in der Landschaft der umkämpften Regionen hinterlassen: Hunderte Dörfer wurden in den Schlachten im Norden Frankreichs dem Erdboden gleich gemacht und sind bis heute nicht wieder aufgebaut worden. Auf riesigen Soldatenfriedhöfen und in gigantischen Gebeinhäusern ruhen die Knochen zu Hunderttausenden. Zu besichtigen sind die Überreste von Forts und Festungen und der mehr als 700 km langen Schützengräben und Befestigungslinien einer Front, die von 1914 bis 1918 von der flandrischen Küste bis an die Schweizer Grenze reichte. In jedem noch so kleinen Dorf in Frankreich oder Belgien erinnert ein Denkmal an die gefallenen Kinder des Vaterlandes.

In Deutschland hingegen ist bis heute die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg vom Gedenken und der Aufarbeitung des mörderischen und von Nazi-deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs überlagert. Umso wichtiger ist ein Blick auf das Massensterben, auf die unzähligen Opfer, auf die Zerstörungen, auf die Verursacher und die Ursachen, wie auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen dieses Krieges, dessen Ende schon den Keim des folgenden Krieges in sich barg.

Während die von den beiden Großschreibern zur Geschichte des Ersten Weltkrieges Ende 2013 mit umfangreicher medialer Begleitung herausbrachten Weltkriegsbücher (Christopher Clark, *Die Schlafwandler*, München 2013 sowie Herfried Münkler, *Der Große Krieg*, Hamburg 2013) den Blick auf alle handelnden Mächte richten und in Folge dessen die Schuldfrage wieder relativ gleichmäßig auf fast alle Beteiligten – immerhin mit Ausnahme Belgiens und Luxemburgs – verteilen (so Clark) oder aber sich in einer eher traditionellen Militär- und Schlachtengeschichte ergehen (Münkler), bringen in einem nur halb so umfangreichen Buch die renommierten Weltkriegshistoriker Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich die Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg allen interessierten Leserinnen und Lesern nahe. In 12 übersichtlichen und verständlich geschriebenen Kapiteln, an deren

Ende jeweils die wichtigste Literatur angegeben wird, gehen sie der Frage nach den Ursachen des Krieges, den Kriegsschauplätzen in den ersten beiden Kriegsjahren, der Wirkungsweise der deutschen Kriegspropaganda ebenso wie dem Leben und dem Leiden vor allem der Zivilbevölkerung an der Heimatfront, dem Massenmord der Großen Schlachten 1916 und 1917, der Industrialisierung des Krieges bis hin zu einer totalen Kriegsführung sowie dem Ende des Krieges, der Revolution und dem Frieden von Versailles nach.

Illustriert durch zahlreiche Fotos und verknüpft mit vielen Zitaten aus den Dokumenten, aber vor allem den ergreifenden Schilderungen von Soldaten und Zivilisten, gelingt es Ihnen, die Darstellung des Krieges auf die verantwortlichen Täter wie auf das Leid der Opfer zuzuspitzen. Was sich in den Großdarstellungen in der oft komplexen und verwickelten Anhäufung von Fakten verliert, wird hier deutlich: Das Gewaltpotenzial, das sich in den Kriegen und Konflikten um die Kolonien, sowie in Südosteuropa auf dem Balkan um die direkte oder indirekte Vorherrschaft der Großen Mächte aufgebaut hatte, das aus dem imperialistischen und nationalistischen Großmachtstreben Deutschland resultierende Wettrüsten, die Hochrüstung der verfeindeten Machtblöcke in Europa und nicht zuletzt der wahnwitzige Plan des deutschen Generalstabes, zuerst Frankreich durch einen präventiven Angriff zu schlagen und dann Russland zu besiegen.

Erschreckend für die heutigen Leser ist, wie leicht es der deutschen Regierung gelang, ihre aggressiven Absichten zu verbergen und den Krieg als Verteidigungskrieg für das Vaterland darzustellen und sich so der Unterstützung von SPD und Gewerkschaften zu versichern und wie lange es dann dauerte, ehe die Menschen sich aus Hunger, Not und aus Protest gegen den Krieg zur Wehr setzten. Beeindruckend wird das Leid der Soldaten geschildert, aber ebenso eindeutig werden die Kriegsverbrechen des deutschen Militärs an der belgischen Zivilbevölkerung und die gezielte Zerstörung nordfranzösischer Landschaften geschildert.

Wenn im 7. Kapitel die mörderischen Offensiven der alliierten wie der deutschen Armeen in Nordfrankreich 1916 und 1917 skizziert werden, dann

zeigt schon die Überschrift »Die großen Schlachten«, dass Krumeich und Hirschfeld eben keine Militärgeschichte schreiben wollen, sondern mit gebotener wissenschaftlicher Distanz den Krieg als das darstellen, was er ist: ein Massenmorden.

Am Ende des Krieges – und das ist ihre traurige und ebenso eindringliche Bilanz, verlor Deutschland einen Krieg, der gar nicht zu gewinnen war, denn die deutsche Armee zerfiel, erschöpft und ausgeblutet. Aber es gelang den für den Krieg wie seine Niederlage in erster Linie verantwortlichen Heerführern, der obersten Heeresleitung wie den führenden konservativen und nationalistischen Unterstützern, diejenigen dafür verantwortlich zu machen, denen sie im Angesicht der Niederlage die Verantwortung für den Waffenstillstand und einen als Schmach empfundenen Friedensschluss zugeschoben hatten: den demokratischen Parteien, allen voran der Sozialdemokratie. Sie bereiteten den Boden dafür, dass wenige Jahre nachdem die ungeheuren Opfer des Krieges im öffentlichen Bewusstsein verblassten, der Bierkelleragitator und »Weltkriegsgefeyte« Hitler mit seiner antisemitischen und antimarxistischen Hetzparolen öffentliches Gehör und in der Weltwirtschaftskrise millionenfache Unterstützung finden konnte.

So wie heute in der aktuellen Krise um die Vorherrschaft der EU oder Russlands in der Ukraine Politiker und Journalisten im Sinne Clarks vor einer Wiederholung eines unkontrollierbaren Konfliktes in Europa warnen, so liefert die Darstellung von Hirschfeld und Krumeich Hintergründe und Fakten für einen lehrreichen Rückblick auf den Ersten Weltkrieg wie für einen wachen Antimilitarismus der Gegenwart, der sich jeglichen militärischen Drohungen und Eskalationen entgegenstemmen muss. ■



Umso wichtiger ist ein Blick auf das Massenmorden, auf die unzähligen Opfer, auf die Zerstörungen, auf die Verursacher und die Ursachen, wie auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen dieses Krieges, dessen Ende schon den Keim des folgenden Krieges in sich barg.



REZENSIONEN

Jung-Spartakus in der erbarmungslosen Wirklichkeit

Günter Regneri

Heiko Müller

»Kinder müssen Klassenkämpfer werden!«

Der Kommunistische Kinderverband

in der Weimarer Republik (1920 – 1933)

Marburg, Tectum Verlag, 2013 · 308 Seiten,

ISBN: 978-3-8288-3103-2 · Preis: 29,90 Euro

Die kommunistische Kinderbewegung in der Zeit der Weimarer Republik gehörte auch in der DDR-Geschichtsforschung zu den äußerst schwach beleuchteten Bereichen. Daran hat die Öffnung der Archive nach dem Fall der DDR wenig geändert. Diesem Forschungsdesiderat widmet sich eine 2011 von Heiko Müller an der Universität Hamburg vorgelegte Dissertation, die vom Marburger Tectum Verlag unter dem Titel »Kinder müssen Klassenkämpfer werden!« Der kommunistische Kinderverband in der Weimarer Republik (1920–1933) im Jahr 2013 herausgegeben wurde.

Müller gliedert sein 307 Seiten umfassendes Buch in drei etwa gleich starke Hauptteile, in denen er die pädagogischen Grundlagen, die Verbandsentwicklung und den kommunistischen Schulkampf beleuchtet. Letzteres betrachtet er anhand der beiden Fallbeispiele Hamburg und Berlin. Im folgenden soll näher auf die Ausführungen im zweiten Teil des Buches eingegangen werden.

In den Jahren 1920 bis 1921 entstanden überall in Deutschland die Kommunistischen Kindergruppen (KKG). In ihnen sollten sich die Arbeiterkinder unter kommunistischer Führung organisieren und eingliedern in die Gesamtfrente des kämpfenden Proletariats. »So schlossen die Kommunisten formal die Lücke der institutionellen Begleitung des Proletariats von der Wiege bis zur Bahre und bekräftigten den Anspruch auf die alleinige ideologische Vertretung der Arbeiterklasse.« (S. 102). Ihren Anspruch konnte die kommunistische Kinderbewegung jedoch zu keinem Zeitpunkt erfüllen, nicht als KKG, die mit dem KPD-Verbot im November 1923 aufgelöst wurden, nicht als Jung-Spartakus-Bund (JSB), der Nachfolgeorganisation seit 1924 und ebenso wenig als Rote Jungpioniere, wie die Kinderorganisation seit 1930 hieß.

Die Zahl der in den KKG reichsweit organisierten Kindern lag zwischen 14 045 im Jahr 1921 (S. 115) und 30 000 Kindern im Jahr 1923 (S. 121), auch wenn Müller diese letzte Zahl anhand des vorliegenden Aktenmaterials nicht verifizieren konnte und sie für übertrieben hält. Der JSB organisierte zu seinen besten Zeiten nicht einmal 10 000 Kinder (Vgl. Teil III, Kap. 2.3). So beklagt Edwin Hoernle, spiritus rector der kommunistischen Kinderbewegung in Deutschland, im Jahr 1929: »Die Jungpionierverbände der kapitalistischen Länder sind alle noch Zwergverbände mit geringem Einflusradius und Tendenzen zur sektiererischen Abwanderung.«¹ Eine Feststellung, die eben auch auf den Jung-Spartakus-Bund zutraf. Also wurde die Kinderorganisation im Herbst 1930 umgestaltet. Allen der KPD nahestehenden Massenorganisationen wurde verordnet, eine Pionierabteilung zu schaffen. Damit wurde die quantitative Basis auf dem Papier deutlich ausgeweitet. Gleichzeitig wurden Mitgliederkampagnen gestartet, sogenannte »Sturmquartale«. Auf dem Papier organisierten die Roten Jungpioniere im August 1931 nach eigenen Angaben 22 537 Mitglieder während die Reichsbehörden noch im März des Jahres von nur 6 000 Mitgliedern ausgingen. (S. 157) Angesichts der etwa 6 Millionen Arbeiterkinder und Jugendlichen, die theoretisch hätten organisiert werden können, waren aber auch diese Mitgliederstände eher unbedeutend.

Wenig förderlich für die Entwicklung der kommunistischen Kindergruppen waren wohl die häufigen organisatorischen und strukturellen Wechsel. So vollzog sich mit dem Wechsel von den KKG zum JSB auch eine Änderung der Basisorganisation. Waren zuvor die Kinder (wie die Erwachsenen in der KPD) in Wohngebietsgruppen zusammengefasst, wurden sie nun in Schulzellen (analog zu den Betriebszellen der KPD und des KJVD) organisiert. Der neue Organisationsaufbau entsprach somit denen der Partei und der Jugendorganisation, seine Ausgestaltung verunsicherte aber viele Untergliederungen des Kinderverbandes. Die Kindergruppen in den Wohngebieten waren durch nachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen stabilisiert worden, in den vielen Schulzellen gab es oft nicht genug Kinder um dieselben zu konstituieren. (Vgl. Teil II, Kap. 2.2)

Die Klage vom Mangel an qualifizierten Kindergruppenleitern zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklung des Verbandes. Theoretisch hätte der KJVD, dem die Kinderorganisation weisungsgebunden unterstellt war, diese qualifizierten Leiter stellen müssen. In der Praxis jedoch brachte die Arbeit mit Kindern wenig Status und Anerkennung, besonders Anfang der 1920er Jahre. Aufgrund der antizipierten revolutionären Situation waren die meisten Jungkommunisten eher an Aktion interessiert und standen für die Arbeit mit Kindergruppen nicht zur Verfügung. So paraphrasiert Müller aus einem Artikel in der Jungen Garde des Jahrgangs 1920: »Es gäbe aber in seltenen Fällen ›Jugendliche, öfters Mädels, die sich wirklich nur zu dieser Arbeit eignen.« (S. 101) Eine starke Fluktuation der Leiter betraf auch in den Folgejahren den Verband. Gruppenleiter waren oft nur ein oder zwei Jahre in den Kindergruppen aktiv. »Die aktiven Jugendlichen hatten eine andere Vorstellung von kommunistischer Parteiarbeit und engagierten sich innerhalb der männerbündisch geprägten Jugendkultur eher zusätzlich im Roten Frontkämpferbund, als sich pädagogisch mit dem proletarischen Nachwuchs zu befassen.« (S. 147) Verließ dann ein Leiter die Kindergruppe, brach diese meist auseinander.

Leider lässt der fehlende Überlieferungsbestand nur geringe Rückschlüsse auf die Gruppenpraxis zu. »Die Kinderarbeit konstituierte sich in den ersten Jahren ex negativo. Sie sollte keine bürgerliche Klassenerziehung sein, auch sollte sie keine sozialdemokratische, als unpolitisch empfundene Jugendpflege sein.« (S. 98) Viele Eltern und Kindergruppenbetreuer wünschten sich zwar eine auf Freizeitgestaltung ausgerichtete Kinderorganisation. Doch Hoernle fokussierte seine pädagogische Konzeption »auf die politische Kämpferziehung, die im Bereich des Schulwesens stattfinden sollte und eine entsprechende organisatorische Kaderausrichtung erfuhr.« (S. 243) Festzustellen ist aber, dass die Kindergruppenleiter dies nicht durchgängig umsetzten. Immer wieder wurde auf Konferenzen und in den Verbandspublikationen der Freizeitcharakter der Kinderorganisation angeprangert und die Umgestaltung in einen echten Kampfverband gefordert.

Der beschriebene Konflikt zwischen Leitung und Basis war nicht auf die Kinderorganisation beschränkt. Über ähnliche Klagen berichtet auch Barbara Köster in ihrer Untersuchung über den KJVD: »Der offensichtliche Wunsch vieler Verbandsmitglieder nach unterhaltenden Elementen wie Wanderungen, Gesang und Tanz stand im deutlichen Widerspruch zur Verbandslinie. Wann immer möglich, grenzte sich die Zentrale in der Öffentlichkeit von den Jugendorganisationen ab, die sich auf solche Freizeitangebote konzentrierten.«²

Eine stärkere Freizeitorientierung der Kinderorganisation war für Hoernle keine Option: »Unser Weg zu den Massen [...] bedarf eines gründlich durchgearbeiteten Systems taktischer Manöver, organisatorischer Verankerungen und agitatorisch-pädagogischer Methoden, um endlich auch in den kapitalistischen Ländern den Weg zu den Kindermassen zu finden.«³ Dass es gerade die taktischen Manöver und das Agitatorische in den agitatorisch-pädagogischen Methoden sein könnten, die einen entscheidenden Anteil an der fehlenden Massenwirksamkeit der kommunistischen Kinderorganisation hatten, kam Hoernle offensichtlich nicht in den Sinn.

Heiko Müller hat mit seinem lesenswerten Buch einen wichtigen Beitrag geleistet zur Bestimmung des sozialgeschichtlichen Ortes des Kommunismus in der Weimarer Republik. Zusammen mit Barbara Kösters Darstellung zum kommunistischen Jugendverband dieses Zeitabschnitts ergibt sich ein interessanter Einblick in die – allem Anschein nach – massenuntaugliche Nachwuchsarbeit der KPD. ■



Immer wieder wurde auf Konferenzen und in den Verbandspublikationen der Freizeitcharakter der Kinderorganisation angeprangert und die Umgestaltung in einen echten Kampfverband gefordert.

¹ Edwin Hoernle, Die Grundfragen kommunistischer Erziehungsarbeit unter den Kindern der Werktätigen (1929), in: Herbert Flach/Herbert Londershausen, Das Proletarische Kind. Zur Schulpolitik und Pädagogik der KPD in den Jahren der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1958, S. 97.

² Barbara Köster, Die Junge Garde des Proletariats. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Diss., Bielefeld, 2005, S. 195.

³ Hoernle, Die Grundfragen, S. 97.



REZENSIONEN

Das Wiedererleben von Geschichte und Geschichten

Günter Gaus

Thilo Scholle/Jan Schwarz

»Wessen Welt ist die Welt«:

Eine Geschichte der Jusos,

Vorwärts Buch, Berlin 2012

Auf rund 240 Seiten legen die beiden Autoren eine umfangreiche Darstellung der Geschichte der Jungsozialisten dar. Thilo Scholle und Jan Schwarz sehen sich in der Tradition der »JUSO-Linken« (S. 17) und schreiben auch in der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), die im Jahr 2013 einige Beiträge unter dem Titel »150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken« veröffentlichte. Erklärtes Ziel der spw und auch beider Autoren war es, das häufig zu lineare und eindimensionale Geschichtsbild der SPD durch eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie zu erweitern.

Die Geschichte der Jungsozialisten verlief nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Entwicklungstendenzen in der Partei. Deshalb beginnt die Geschichtsbetrachtung auch mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) (S. 22) im Jahr 1863. Die Geburtsstunde der ersten Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung in Gestalt von Lehrlingsvereinen war im Jahr 1904, nachdem der Schlosserlehrling Paul Nähring keine Möglichkeit mehr sah sich den Demütigungen und Misshandlungen seines Dienstherrn zu entziehen und den Selbstmord wählte. Dies war das Ereignis, »worauf sich die Jusos bei ihrer Gründung selbst beziehen«. (S. 27)

Nimmt man allerdings die erste Reichskonferenz der Jungsozialisten in Bielefeld als Gründungstermin, so ist der 29./30. Juni 1921 die Geburtsstunde der Juso-Organisation. »Einladung und Tagesordnung [zur Reichskonferenz] stammten vom SPD-Parteivorstand«. (S. 54) Hier wird deutlich, dass die Autoren an mehreren Stellen im Buch sprachlich und historisch nicht immer einwandfrei gearbeitet haben, indem sie die Bezeichnung SPD und MSPD miteinander vermischen. (S. 53, S. 72, S. 80) Hat sich dieser Fehler einfach eingeschlichen oder war er gewollt? Die Konse-

quenzen aus dieser Form der Geschichtsbetrachtung lassen sich bis heute erkennen. Durch die Bezeichnung der MSPD als SPD, kann schnell der Eindruck entstehen, die USPD stünde außerhalb der SPD bzw. Sozialdemokratie. Selbst die MSPD hat weder sich als Mutterpartei, noch die USPD als abtrünnigen kleinen sektiererischen Verein betrachtet. Wie hätten sich sonst die beiden sozialdemokratischen Parteien gleichberechtigt vereinigen sollen?

Bei den Jusos der 1970er und 1980er Jahre war es undenkbar die MSPD als »Mutterpartei« zu bezeichnen.¹ Selber als Juso im Niederrhein aktiv, kann ich rückblickend feststellen, dass es zwischen Reformsozialisten, Antirevisionisten und Juso-Linken zumindest in diesem Punkt keine Unterschiede gab. Alle bezogen sich historisch auf die USPD, niemand stand auf Seiten der Kriegssozialisten. Bernstein oder Kautsky war die Frage, deren Antwort je nach Strömung unterschiedlich ausfiel.

Mir ist die heutige Position einiger SPD-Mitglieder bekannt, die durch die Umschreibung »kehrte die USPD zur SPD zurück« den Eindruck erwecken wollen, als hätte die SPD eine geradlinige Geschichte und die Linke in der SPD hätte durch die USPD die Spaltung der Sozialdemokratie betrieben. Diese Position ist meines Erachtens jedoch geschichtsverfälschend.

Also die doch sehr eigenwillige Betrachtungsweise der Zeit zwischen 1914 und 1922 in Gedanken richtig gelesen und noch einmal das Buch in die Hand genommen. Da die Jungsozialisten 1920 durch die MSPD aus der Taufe gehoben wurden, fehlte die linke Ergänzung der Unabhängigen zur Vereinigung. »Damit brach sich ein neues Lebensgefühl Bahn, das die »verkrusteten Strukturen« der erwachsenen Arbeiterbewegung ablehnte und mit dem eigenen Habitus bewusst Kontrapunkte legte. »Nicht so sehr Marx, Engels und Bebel, sondern vor allem Goethe und Schiller beflügelten nun die Hoffnungen der jungen Sozialisten.« [...] Mit Habitus und Ausdrucksformen näherten sich die jungen Sozialisten stark der bürgerlichen Jugendbewegung an. Zugleich gab es auch das Gegenbild: Statt kurzer Hose und Schillerkragen wurden Ausgehanzug und Hut vorgeführt.« (S. 49, zit. nach Heinrich Lienker, Geist von Weimar) Die Hauptmotive der hier angesprochenen institutio-



»Nicht so sehr Marx, Engels und Bebel, sondern vor allem Goethe und Schiller beflügelten nun die Hoffnungen der jungen Sozialisten.«

nalisierten Arbeiterbewegung waren sozialistische Ideen, denn »die sozialistische Gesellschaftsordnung bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen.«² Dieser »Habitus« der jungen Sozialisten mag dann die Reaktion der erwachsenen Arbeiterbewegung begründen, dass »die Jugend [...] die Ausbeutung der Lohnarbeit erfahren [sollte], um ein proletarisches Klassenbewusstsein zu entwickeln und sich gehorsam auf Parteilinie einzureihen.« (S.28)

Sehr detailliert beschreiben die Autoren die Auseinandersetzung innerhalb der Weimarer Jusos. Sie gehen auf die Trennung zwischen Nationalismus bzw. Internationalismus ein und widmen sich dem Ringen mit der KPD und deren Sozialismuskonzeptionen, wobei sich »der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten [...] als Gegensatz zwischen demokratischen und diktatorischen Sozialismus formulieren [lassen].« (S. 92) Den Autoren gelingt es diese Auseinandersetzungen mit Zitaten und Ereignissen eindrücklich fassbar zu machen. Das große Verdienst der Autoren an dem vorliegenden Werk besteht in der Tatsache, dass sie vieles zu Tage fördern, was bisher weitestgehend unbekannt war. Über einige Stellen konnte ich vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen sogar lachen, wenn beispielsweise ein schöner Juso-Abend beschrieben wird: »Man stelle zum Beispiel einen Abend aus der bürgerlichen Romantik zusammen: Eine kurze Novelle, zwei charakteristische Gedichte, ein Musikstück aus der reichen Musikkultur der Romantik sowie ein kurzer Vortrag von 15 bis 20 Minuten Länge über die Romantik ergeben ein schönes Abendprogramm. Daran anschließend ein geselliges Spiel, Denksportaufgaben, gemeinsame Lieder.« (S. 95)

Deutlich werden auch Fehler der SPD im Buch benannt. Sei es der »Panzerkreuzer« (S. 96) oder die Absage an eine Zusammenarbeit mit der KPD 1930. (S. 97) Aufschlussreich für die internen Konflikte sind auch die Vorgänge auf dem Leipziger Parteitag von 1931. » Als Wortführer des linken Parteiflügels sich mit Sternberg³ auf der Besuchertribüne unterhielten, nahmen Redner dies zum Anlass, die Parteilinke als von den Kommunisten gesteuert zu denunzieren.« (S. 91) Es hat also Tradition, linke Sozialdemokraten als

Kommunisten zu denunzieren. Somit haben Strömungsauseinandersetzungen auch bei Jungsozialisten eine gewisse Tradition. Es dauerte bis 1986, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass »die verschiedenen Juso-Strömungen als berechnete Teile des politischen Pluralismus der Jungsozialisten zu sehen sind.« (S. 191) Viel zu lange wurden die Kräfte darauf konzentriert, die Organisation auf reformsozialistischer Grundlage zu vereinheitlichen. Angefangen mit Strasser, über die »Barrackengenosse« (S.187), die mit Schriften des Typs: »Wie jungsozialistisch ist der SHB?« Parteiausschlüsse forderten. Bemerkenswert ist die Kritik der Reformsozialisten (Refos) an den Vertretern der Staatsmonopolistischen Kapitalismustheorie (SMK). Dass eben jene SMK-Vertreter im Sozialismus der Opposition, also den reaktionärsten Kapitalisten, vermutlich keinerlei Grundrechte, wie Parteiorganisationen, Medien, Demonstrationen und Blockaden, zugestehen würden. Die Sicherung demokratischer Grundrechte auch für reaktionärste Kreise, die den Faschismus in Deutschland durchsetzten, wurde zur Nagelprobe des jungsozialistischen Demokratieverständnisses.

Während noch ungeklärt war, welche Rechte die Opposition im Sozialismus haben dürfen, so waren bestimmte Refos bereit, den SMK-Vertretern jegliches Recht auf politische Betätigung innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung schon heute abzusprechen. Dies ist bezeichnend für das gelebte Demokratieverständnis. In meinen Erinnerungen an die aktive Zeit bei den Jungsozialisten gab es nicht nur Befürworter von Ausschlussverfahren unter den Refos, ebenso verhielt sich ein Teil der Aktiven auch neutral.

Der Blick auf die Schwierigkeiten, die sich im Umgang der Antifaschistischen Parteien mit- und untereinander zeigten, sowie der Kampf gegen Hitler bedürfen eines eigenen Buches. Die Unklarheit darüber, wie die SPD mit Hitler und der NSDAP umgehen hätten sollen, besaß eine gewaltige Spannweite. Angefangen mit der Annahme, dass Hitler parlamentarisch scheitern und wieder abgewählt würde, über die Diskussion zum Verbot der SPD, um gestärkt wiederkommen, bis hin zu der Hoffnung, dass die SPD durch willfähiges Verhalten, indem man den Juden die Wahl in den SPD-Parteivorstand untersagte, nicht verboten worden wäre.



REZENSIONEN



Wieder ins Bewusstsein zurückgerufene Geschichte an der man teilgenommen hat, heftigste Auseinandersetzungen in der eigenen Organisation, die eigene Entwicklung, die durchlaufen wurde – kurzum ein sentimentales wie auch romantisches Gefühl bei dem Wiedererleben dieses Abschnitts Geschichte und Geschichten

Mit dem endgültigen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 war schließlich die SoPaDe⁴ die einzige deutsche Sozialdemokratische Organisation im Prager und später im Pariser Exil. Die Autoren sparen dieses Stück Geschichtsbetrachtung aus und enthalten sich ebenso einer Einschätzung über den möglichen moralischen und politischen Regierungsanspruch der SPD nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die mit den Faschisten verbündeten bürgerlichen Parteien gründeten sich unter neuen Namen und erhielten die Regierungsverantwortung. Die SPD wurde als regierungsunfähig denunziert.

Es ist für mich schwer fassbar, dass ein Widerstandskämpfer wie Willy Brandt für die Mehrheit der Bevölkerung nicht tragbar war und den meisten Deutschen als Vaterlandsverräter galt, weil er ins Exil emigrierte.

Den Autoren ist die Beschreibung des Zeitraums von 1945 bis hin zur Linkswende 1968 ausgesprochen gut gelungen. Ein Plakat der Jusos zur »Warnung vor der Fremdenlegion 1953« (S.121), das »Haushammer Manifest« (S. 136) oder das Plakat »Wohnen darf keine Ware sein« (S.149) sind einige Beispiele für die eindrückliche Beschreibung der Entwicklung der Jungsozialisten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hier haben die Autoren akribisch genau recherchiert und nahezu eine lückenlose Geschichte dargestellt. Allerdings nur nahezu lückenlos, da auch einige, meiner Meinung nach, wichtige Etappen der Auseinandersetzungen noch zu ergänzen wären. So finden der 1981, aufgrund seiner geäußerten Kritik an der Regierungspolitik der SPD, aus der Partei ausgeschlossene Karl-Heinz Hansen sowie die Kampagne »Solidarität mit Solidarność« keine Erwähnung. Letztere nahm die Debatte Anfang der 1970er Jahre wieder auf, die das Recht der Arbeiter im sowjetisch geprägten Sozialismus auf freie gewerkschaftliche Organisation samt Streikrecht thematisierte. Mit Blick auf die Dichte der beschriebenen Ereignisse und Personen, wäre ein Personenregister eine wünschenswerte Zugabe des Buches. Es könnte zum einen die Zurverfügungstellung solch eines Personenregisters im Internet schnelle Abhilfe schaffen und zum anderen in einer zweiten Auflage nachgebessert werden.

Was bleibt nach dem Lesen? Wieder ins Bewusstsein zurückgerufene Geschichte an der man teilgenommen hat, heftigste Auseinandersetzungen in der eigenen Organisation, die eigene Entwicklung, die durchlaufen wurde – kurzum ein sentimentales wie auch romantisches Gefühl bei dem Wiedererleben dieses Abschnitts Geschichte und Geschichten – und die Erkenntnis, dass ich es noch einmal genau so machen würde: mich bei den Jusos einbringen!

Der heutigen Juso-Generation gestatte ich mir einen Rat: Wenn wir eine bessere, gerechtere und solidarische Gesellschaft erreichen wollen, müssen wir die Eigenschaften der neuen Gesellschaft in unseren eigenen Reihen vorleben. Auseinandersetzungen und Konflikte dürfen nicht in einem Stil geführt werden, die auf der Ebene der Austragung den Auswüchsen des Kapitalismus gleichkommen. Solidarität ist das Gebot, denn dann können wir die Frage »Wessen Welt ist die Welt?« mit **unsere** beantworten. ■

¹ Vgl. Uli Schöler in spw 198, S. 63.

² August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1910, S. 375.

³ Fritz Sternberg war ein sozialistischer Ökonom und marxistischer Theoretiker und Gegner der Kriegskredite im Ersten Weltkrieg. Er wirkte als Mitglied im örtlichen Soldatenrat mit. Als scharfer Kritiker des Stalinismus, hielt er Kontakte zur KPO und linken Sozialdemokraten. Später trat er der SAPD bei.

⁴ Die SoPaDe war die Organisation der vor dem Nazi-Terror geflüchteten SPD-Mitglieder im Exil.

Buchankündigung

KARL KAUTSKY

Wie der Weltkrieg entstand

Neu herausgegeben von Günter Regneri

Berlin (Elektrischer Verlag) 2013

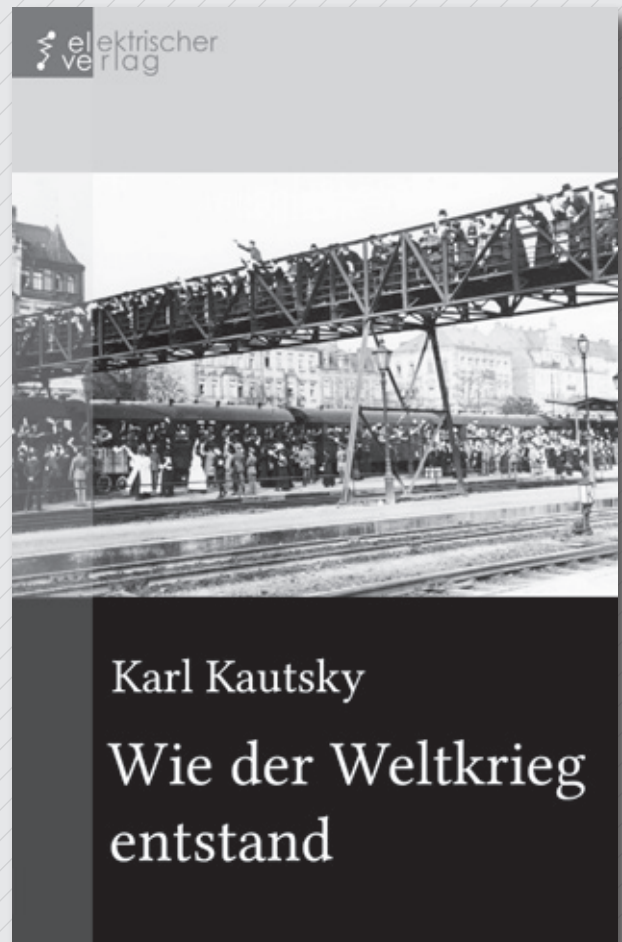
184 Seiten, ISBN 978-3943889338

Preis: 14,90 Euro

Auch als eBook erhältlich

Unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs beauftragte der Rat der Volksbeauftragten Karl Kautsky, die diplomatische Korrespondenz des Deutschen Reiches über den Ausbruch des Krieges zu sichten. Im November 1919 kann Kautsky sein Buch *Wie der Weltkrieg entstand* veröffentlichen. Darin zeigt er, wie die kaiserliche Regierung im Juli 1914 die Krise eskaliert und zum ersten Mal einen Weltkrieg beginnt. Wegen dieser unbequemen Wahrheit wurde das Buch über Jahrzehnte ignoriert. Günter Regneri, Vorstandsmitglied des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«, hat dieses Buch wiederentdeckt, bearbeitet und neu herausgegeben.

Erhältlich in Printversion oder eBook
im (Versand-)Buchhandel oder direkt
beim Verlag unter:
www.elektrischer-verlag.de

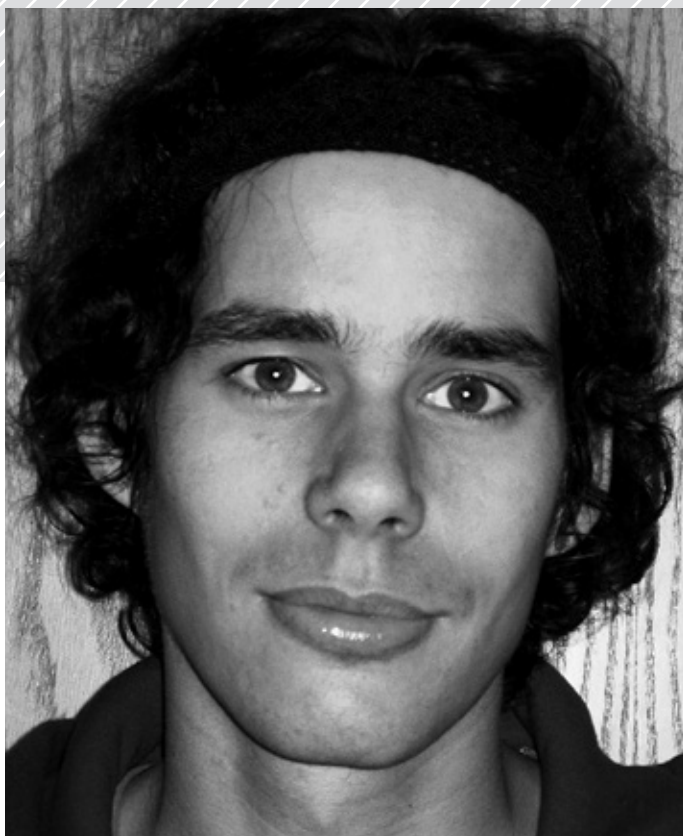


N

ARCHIV- NACHRICHTEN

VINCENT KNOPP – Ein neues Gesicht im Archivteam

Mein Name ist Vincent Knopp. Seit Januar 2014 arbeite ich im Archiv als neuer Archivpädagoge. Nach meinem Studium der Sozialwissenschaften und Jura war ich von 2012 bis Ende 2013 bei den Essener Falken als Bildungsreferent angestellt, wo ich unter anderem ein antifaschistisches Geocaching-Stadtspiel entwickelte. Im Archiv bin ich für die pädagogischen Angebote zuständig. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben.



EIN ARCHIV geht auf Reisen ...

... und kommt zu allen interessierten Gruppen ins Zeltlager oder in die Gruppenstunde. Mit Hilfe von historischen Quellen wie Akten, Zeitschriften, Fotos, Plakaten oder Büchern begeben wir uns zusammen auf die Reise durch die Geschichte der Arbeiter*innenjugendbewegung und nehmen die Quellen genau unter die Lupe.

Dafür haben wir in den vergangenen Monaten zehn pädagogische Angebote entwickelt und diese in einer Übersicht zusammengefasst. Die Workshops behandeln jene Themen, welche in der 110-jährigen Geschichte der organisierten Arbeiter*innenjugend stets eine prägende Rolle spielten und die pädagogisch-politischen Kämpfe der Sozialistischen Jugend und ihrer Vorgängerorganisationen maßgeblich beeinflussten. Die Übersicht (in Form einer PDF-Datei) lassen wir interessierten Gliederungen auf Nachfrage gerne zukommen.

Die folgenden Beispiele illustrieren, in welche Richtung unsere Angebote zielen und welche Schwerpunkte für uns wichtig sind:

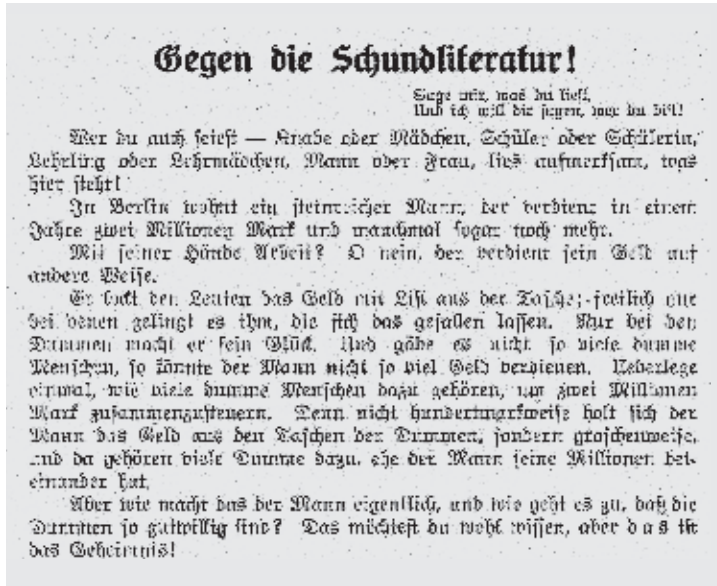


Junge Arbeiterinnen, Essen-Karnap, 1914–1918
AAJB PH-C10/Sammlung Ernst Schmidt, Fotograf unbekannt.
Für proletarische Frauen war es oft selbstverständlich, einer
Beschäftigung nachgehen zu müssen.

VERGESSENE FRAUEN

Im Rahmen des Seminars *Vergessene Frauen* setzen wir uns mit den Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung auseinander. Die Namen jener Aktivistinnen »der ersten Stunde« – Pauline Staegemann, Ottilie Baader und Clara Zetkin – drohen heute dem Vergessen anheim zu fallen. Von Baader etwa erfahren wir, inwiefern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen nur über einen »Steinigen Weg« zu erreichen waren. So lautete auch der Titel der Autobiografie jener Frauenrechtlerin, die 1900 zur Zentralvertrauensperson aller weiblichen Beschäftigten des Deutschen Reiches gewählt wurde. Auch mit dem Blick auf das Hier & Jetzt fragen wir: Wer wird eigentlich vergessen und warum?

EIN ARCHIV geht auf Reisen ...



Artikel in der *Arbeiter-Jugend* 1909 gegen die »Schundliteratur«, die als »Geistesfusel« gebrandmarkt und bekämpft wurde.

AAJB ZB 14.

»NIEDER MIT DEM GEISTESFUSEL« ...?

Unser Angebot »*Nieder mit dem Geistesfusel!*« beschäftigt sich im engeren Sinne mit der sogenannten »Schundliteratur«, jenen bunten Blättchen, die bereits vor knapp 100 Jahren die Gemüter erhitzen und die mensch heute der »Trivialliteratur« zuordnen würde. Im weiteren Sinne geht es um die Frage, ob es legitim ist, künstlerischen Werken einen jeweils verschiedenen Wert beizumessen, sie im Extremfall gar als Gefahr für die Gesellschaft, als »Gedankengift« herabzusetzen. Zudem steht eine Auseinandersetzung mit der Zeitschrift *Arbeiter-Jugend* (AJ) im Mittelpunkt dieses Workshops. Zur Diskussion steht, inwieweit sich ein roter Faden von der damaligen AJ, dem Sprachrohr der Arbeiter*innenjugend, zur heutigen AJ, der Anderen Jugendzeitschrift, spinnen lässt.



Werbefahrt mit LKW nach Neustadt.
»Dass die Arbeit Freude werde« forderte die SAJ Frankenthal am 1. Mai 1930.

AAJB 2/1954, Fotograf unbekannt

SCHUTZ DEN JUNGEN KÖPFEN

Im Verlaufe unseres Workshops *Schutz den jungen Köpfen* werfen wir die Frage auf, inwiefern der Kapitalismus historischen Wandlungen unterworfen ist und welche spezifischen Formen der (Selbst-)Ausbeutung damit einhergehen. Da es vor allem wissenschaftliche Perspektiven sind, die das Fundament dieses Angebots bilden, richtet sich dieses Seminar eher an erfahrene Teilnehmende, die sich bereits mit dem Themenfeld Kapitalismus-Sozialismus auseinandergesetzt haben.



Ein möglicher Geocaching-Ort: Das ehemalige SAJ-Heim in Dortmund-Eving 1930, AAJB 2/15, Fotograf unbekannt.

BEWEGENDE GESCHICHTE(N)

Ergänzend zu den oben geschilderten Workshops steht das Archiv jenen Gliederungen mit Rat & Tat zur Seite, die an der Entwicklung eines historischen Geocaching-Projektes interessiert sind. Unter dem Motto Bewegende Geschichte(n) verbindet ein solches Stadtspiel die Technikaffinität vieler Jugendlicher mit der Vergangenheit ihres Herkunfts- respektive Wohnortes. Spannende Stunden an der frischen Luft und ein neuer Blick auf das nur scheinbar alltägliche Stadtbild sind somit garantiert.

Das Archiv ist bemüht, eine möglichst große Bandbreite an Themen abzudecken, die einen Bezug zur Arbeiter*innenjugend aufweisen. Aus diesem Grund sind uns Vorschläge aus den Gliederungen immer willkommen. Auch können wir den Schwierigkeitsgrad der Workshops variieren, wenn früh genug klar ist, wie viel Vorwissen in einer Gruppe bereits vorhanden ist. In erster Linie richten sich unsere Angebote an Jugendliche zwischen 14–18 Jahren.

Das Archiv-Team freut sich natürlich auch über den Besuch von Gruppen in den Archivräumen. Gerne helfen wir bei der Vorbereitung und Durchführung von Bildungsangeboten bei uns vor Ort. In diesem Fall, wie auch beim »reisenden Archiv« sind frühzeitige Absprachen hinsichtlich des zeitlichen Umfangs und des thematischen Fokus notwendig. Das Archiv-Team freut sich, die politisch-pädagogische Arbeit der Gliederungen der SJD – Die Falken, sowie anderer Kinder- und Jugendverbände und Gruppen zu unterstützen.

Kontakt

Vincent Knopp · Archivpädagogik
Tel.: 02 368.559 93
E-Mail: v.knopp@arbeiterjugend.de

Aktuelle archivpädagogische Angebote

Workshop

- Beweggründe, Mittel & Ziele der frühen Arbeiterjugendbewegung (AJB) und der Kinderfreunde
- Rote in Feldgrau – Kriegs- und Feldpostbriefe junger linker Soldaten des Ersten Weltkriegs
- Schutz den jungen Händen und Köpfen – (Selbst-)Ausbeutung im Hier & Jetzt
- Suchend schreiten wir voran – die Schnitzeljagd durchs Archiv
- Der Workshop mit den Ecken – Themenschwerpunkte aus 110 Jahren Arbeiter*innenjugendbewegung (AJB)
- Vergessene Frauen
- »Nieder mit dem Geistesfusel!« ?
- »Alle Macht den Gruppen!« ...?

Lesung

- Was macht Erziehung »sozialistisch«?

Kooperation

- Bewegende Geschichte(n) – das historische Geocaching

ARCHIVGESPRÄCH IM HERBST

29. November 2014

Luise und Karl Kautsky-Haus

SJD – Die Falken · Bundesverband
Saarstraße 14 · 12161 Berlin

Die Kontakte der SJD – Die Falken und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in den 1960er Jahren



Hinweisschild auf eine Kontaktstelle der SJD – Die Falken in Berlin für Angehörige der FDJ, ca. 1950
AAJB PH-B 14, PB Siegfried Heimann

Im November 2014 jährt sich der Fall der Mauer zum 25. Mal, mit dem der Prozess der deutschen Einheit eingeleitet wurde. Der Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« möchte dieses Ereignis zum Anlass nehmen, um im Rahmen eines Archivgespräches zusammen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen am 29. November dieses Jahres einen Rückblick in die 1960er Jahre zu wagen. Unter dem Titel *Der Beitrag der SJD – Die Falken zur Friedens- und Entspannungspolitik der beiden deutschen Staaten* wird der Frage nachgegangen, welche Rolle den damals noch halblegalen Kontakten zwischen der SJD – Die Falken und der FDJ in der DDR im Vorfeld der Friedens- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt im gesellschaftspolitischen Kontext zukam. Der zeitliche Fokus liegt deshalb auf den Jahren zwischen 1960 und 1969.

Im Rahmen des Archivgespräch sollen persönliche Erinnerungen gesichert und Bild-, Audio- und Textquellen aus dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung dazu vorgestellt und diskutiert werden. Die Tagesveranstaltung richtet sich an alle Interessierten, die sich mit der Geschichte der SJD – Die Falken beschäftigen wollen; gerne können persönliche Unterlagen mit Bezug zum Thema mitgebracht werden. Gleichzeitig wollen wir die Gelegenheit nutzen den Abend in netter Runde ausklingen zu lassen.

Um eine Voranmeldung wird gebeten.

PROGRAMM

Freitag, 29. 11. 2014

11.⁰⁰ – 13.⁰⁰ Uhr

Anreise

13.³⁰ Uhr

Beginn mit einer Einführung in das Thema

14.⁰⁰ Uhr

Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

Besprechung des Quellenmaterials

18.³⁰ Uhr

Ende der Veranstaltung

19.⁰⁰ Uhr

Abendessen – Kaltes Buffet

Anschließend gemütliche Abendgespräche mit Umtrunk

TAGUNGsort

Luise und Karl Kautsky-Haus

SJD – Die Falken · Bundesverband

Saarstraße 14 · 12161 Berlin

ANMELDUNG

ANMELDEBOGEN PER POST Archiv der Arbeiterjugendbewegung
Haardgrenzweg 77 · 45739 Oer-Erkenschwick

PER FAX 023 68.5 92 20 **PER MAIL** archiv@arbeiterjugend.de

ARCHIVGESPRÄCH IM HERBST

SAMSTAG 29. NOVEMBER 2014 · Luise und Karl Kautsky-Haus, Berlin

THEMA:

**»Die Kontakte der SJD – Die Falken
und der Freien Deutschen Jugend (FDJ)
in den 1960er Jahren«**

Ich nehme an der Tagesveranstaltung am 29. November 2014 in Berlin teil:

NAME · VORNAME

ADRESSE

TELEFON · E-MAIL

DATUM · UNTERSCHRIFT

Ich brauche eine Übernachtungs-
möglichkeit.

☐

Ja

☐

Nein

Ich kann eine Übernachtungs-
möglichkeit zur Verfügung stellen.

☐

Ja

☐

Nein

Luise und Karl Kautsky-Haus
SJD – Die Falken · Bundesverband
Saarstraße 14 · 12161 Berlin



Mitteilungen 1/2014

Archiv der Arbeiterjugendbewegung · Oer-Erkenschwick

DAS ARCHIV DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG ...

- sammelt und bewahrt Quellen zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung aus mehr als 100 Jahren.
- stellt sie der Öffentlichkeit zu Forschungszwecken zur Verfügung
- und beteiligt sich selbst an der Aufarbeitung der Geschichte.

**MITGLIED WERDEN –
ARCHIV UNTERSTÜTZEN!**

DER FÖRDERKREIS »DOKUMENTATION DER ARBEITERJUGENDBEWEGUNG« ...

- unterstützt die Arbeit des Archivs finanziell.
- beteiligt sich an der Erforschung der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung durch eigene Tagungen und Veröffentlichungen.

Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung ist auf die Unterstützung des Förderkreises angewiesen – und der Förderkreis auf seine Mitglieder! Jede Mitgliedschaft unterstützt das Archiv!

MITGLIEDSANTRAG Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Haardgrenzweg 77 · 45739 Oer-Erkenschwick

☐ Ja, ich trete dem Förderkreis *Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung* bei.

Ich unterstütze die Arbeit des Archivs der Arbeiterjugendbewegung mit einem jährlichen Beitrag von:

Mindestbeitrag für Personen 25,- €

Institutionen 35,- €

Die Zahlung erfolgt nach Erhalt der Rechnung, sofern keine Einzugsermächtigung (rechts) vorliegt.

€

Datenschutzerklärung Ich bin darüber informiert, dass die oben angegebenen Daten beim Archiv der Arbeiterjugendbewegung elektronisch erfasst und gespeichert werden. Ich bin mit der Speicherung und Nutzung der Daten für Zwecke des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, des Förderkreises »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« und der SJD – Die Falken einverstanden.

Name · Vorname

Geburtsdatum

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon/Fax/E-Mail

Ort/Datum/Unterschrift

SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT

Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Konto: Zeltlagerplatz e.V./Förderkreis · Sparkasse Vest Recklinghausen
Konto-Nr. 701284 · BLZ 42650150
IBAN DE96 4265 0150 0000 7012 84 · BIC WELADED1REK

Ich ermächtige den Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung«, die Beitragszahlung von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Genaue Bezeichnung der kontoführenden Bank

Konto-Nummer

BLZ

IBAN

BIC

Name/Vorname (Kontoinhaber/in)

Beitragshöhe:

€

Ort/Datum/Unterschrift d. Kontoinhabers/in



Mitteilungen 1/2014

Archiv der Arbeiterjugendbewegung · Oer-Erkenschwick

Die »Mitteilungen des Archivs der Arbeiterjugendbewegung« werden vom Förderkreis »Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung« und dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung herausgegeben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion Dörte Hein, Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bodo Brücher

Gestaltung Gerd Beck

Abbildung Umschlag Fotomontage aus *All Quiet*-Filmstill

Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Haardgrenzweg 77 | D-45739 Oer-Erkenschwick
Fon: 02368-55993 | Fax: 02368- 59220
archiv@arbeiterjugend.de | www.arbeiterjugend.de

Bankverbindung Zeltlagerplatz e.V./Förderkreis
Konto-Nr. 701 284 | BLZ 426 501 50 Sparkasse Vest Recklinghausen
IBAN DE96 4265 0150 0000 701284 SWIFT/BIC WELA DED1 REK

ISSN 1866-3818

In einigen Fällen konnten die Inhaber von Rechten an Fotografien nicht ermittelt werden. Etwaige Inhaber von Rechten an in diesem Heft abgebildeten Fotos werden gebeten, Kontakt mit dem Archiv der Arbeiterjugendbewegung aufzunehmen.